

AUSDRUCK

MAGAZIN DER INFORMATIONSTELLE MILITARISIERUNG E.V.

Einzelpreis 3,50 € - ISSN 1612-7366

Ukraine

Jürgen Wagner - Flugzeugabschuss: Steilvorlage für nächsten Eskalationsschritt im Ukraine-Konflikt? - **1**

Mirko Petersen - Feindbildkonstruktion als Offenbarungseid. Was sich aus Teilen der deutschen Russland-Kritik lesen lässt - **7**

Jürgen Wagner - „Ernüchterung, Protest und soziale Unruhen“: EU-Polizeimission in die Ukraine beschlossen - **11**

NATO, Afghanistan und Kosovo

Tobias Pflüger - NATO 2014: Ein Kriegsbündnis vor seinem Gipfeltreffen - **12**

Michael Schulze von Glasfer, Jürgen Wagner - Krachend gescheitert: Demokratisierungsrhetorik und Besatzungsrealität in Afghanistan - **14**

Jonna Schürkes - Kosovo: Eine neue Armee und ein deutlich eingeschränktes Mandat für EULEX - **22**

Deutschland und die Bundeswehr

Thomas Mickan, Kolja Fuchslocher - Bundeswehr und Kita: Militarisierung im Kleinen - **23**

Drohnen

Christoph Marischka - Kampfdrohnen für die Bundeswehr: (K)eine Scheindebatte - **25**

Thomas Mickan - Von Tauben und Drohnen. Über den Zusammenhang von Überwachung und gezielten Tötungen - **27**



Editorial:

Die Gedenkveranstaltungen in Sarajewo und anderswo sind nach dem Beginn des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren noch nicht verklungen, da bahnen sich die Schrecken des Krieges sehr präsent in der Ukraine und in Gaza aufs Neue ihren Weg. In dieser Ausgabe des AUSDRUCKs beschäftigen wir uns schwerpunktmäßig mit dem Thema Ukraine.

Jürgen Wagner widmet sich dabei dem Flugzeugabschuss der MH-17 und den damit verbundenen Anschuldigungen, Beweisen und Indizien. Mirko Petersen untersucht die mediale Berichterstattung und Feindbildkonstruktion Russlands in diesem Konflikt und anschließend geht noch einmal Jürgen Wagner auf die

jüngst beschlossene EU-Polizeimission für die Ukraine ein.

Doch trotz des momentan medial geschärften Blicks auf die Ukraine und Gaza darf nicht vergessen werden, dass sich Deutschland momentan auch immer noch in Kriegen wie in Afghanistan oder in Nach-Kriegssituationen wie im Kosovo befindet. Michael Schulze von Glaßer schreibt dafür in diesem AUSDRUCK über die Wahlen in Afghanistan und Jonna Schürkes über den Aufbau der kosovarischen Armee. Thomas Mickan und Kolja Fuchslocher widmen sich der Kita-Offensive, um die Werbung für Soldat_innen für aktuelle aber auch zukünftige Bundeswehreinätze attraktiver zu gestalten.

Generell befindet sich die NATO derzeit wieder in einer besonders aggressiven Phase, über die Tobias Pflüger näher berichtet.

Den Abschluss bildet das Dauerthema Drohnen. Christoph Marischka bespricht dabei die Rhetorik rund um die Drohnen-debatte, insbesondere mit Bezug auf die öffentliche Anhörung im Bundestag, zu der er als Vertreter von IMI und der Drohnen-Kampagne als Experte geladen war. Thomas Mickan widmet sich zudem dem Zusammenhang von Überwachung und Drohnen und zieht dabei Parallelen zum Ersten Weltkrieg am Beispiel der zur Überwachung eingesetzten Tauben.

Die Redaktion

Impressum

Der AUSDRUCK wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. Tübingen.

Redaktion: Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisation, Jürgen Wagner, Christoph Marischka, Jonna Schürkes, Andreas Seifert, Thomas Mickan.

Erscheinungsweise: Der AUSDRUCK erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

Druck: Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

Bezugsbedingungen: IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den AUSDRUCK kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Einzelpreis 3,50 €. Im Jahresabo (6 Hefte): 25 € bzw. Förderabo 37 €.

Bezugsadresse: Informationsstelle Militarisation e.V., Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen.

Hinweise zu einzelnen Texten: Δ Christoph Marischka, gekürzt in: Zeitung gegen den Krieg (ZgK), Nr. 38; Δ Tobias Pflüger, gekürzt in: ZgK, Nr. 38.

Bildnachweise wie angegeben außer: Titelbild: Titelbilder von Spiegel, IP und Blick, sowie Ausschnitte aus einem Video vom Absturzort (siehe genauer S. 6 in dieser Ausgabe).

Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe: Christoph Marischka, Jürgen Wagner, Tobias Pflüger, Jonna Schürkes sind IMI-Vorstandsmitglieder. Thomas Mickan, Michael Schulze von Glaßer sind IMI-Beiräte. Mirco Petersen war Praktikant bei der IMI. Kolja Fuchslocher ist Referent für Kinder- und Jugendpolitik, Fraktion DIE LINKE. im Bundestag.

Hinweise zu Internetlinks in dieser Ausgabe: Alle enthaltenen Link-Verweise wurden von den jeweiligen Autoren/Autorinnen zum Zeitpunkt der Drucklegung geprüft – für eine darüberhinausgehende Aktualität können wir keine Gewähr geben.

Spendeninformation

Die Informationsstelle Militarisation und der IMI-Förderverein Analyse und Frieden sind eingetragene und als gemeinnützig anerkannte Vereine. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer bei der

Kreissparkasse Tübingen

IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32

BIC: SOLADES1TUB.

Konto des IMI-Fördervereins:

IBAN: DE54 6415 0020 0001 7669 96

BIC: SOLADES1TUB.

Kontakt: Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.

Hechinger Str. 203 (Sudhaus)

72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154

Fax: 07071/49159

e-mail: imi@imi-online.de

web: www.imi-online.de



Kriegslügen haben eine lange Geschichte, wir der Historiker Wolfram Wette ausführte: „Aischylos (525-456 v. Chr.), der griechische Dichter und Schöpfer der griechischen Tragödie, erkannte den Zusammenhang bereits in

voller Klarheit: *„Im Krieg ist die Wahrheit das erste Opfer.“* Diese Erkenntnis ist seitdem in verschiedenen Varianten vieltausendfach wiederholt worden. Das kann kein Zufall sein. Es muss damit zusammen hängen, dass die historische Wirklichkeit den Sachverhalt immer wieder bestätigt hat.¹

Doch auch wenn man nicht gewillt ist, so weit in die Vergangenheit zurückzugehen, findet sich auch in jüngerer Zeit kaum ein Konflikt bzw. eine Militärintervention mit westlicher Beteiligung, in dem Kriegslügen nicht eine wesentliche Rolle gespielt haben, um die augenscheinlich angestrebte Eskalation herbeiführen und legitimieren zu können: Die Brutkasten-Lüge (Irak-Krieg 1990²), das angebliche „Massaker“ von Racak (Jugoslawien-Krieg 1999³), Saddam Husseins angebliche Massenvernichtungswaffen (Irak-Krieg 2003⁴) und die vorgebliche Bombardierung von Zivilisten (Libyen-Krieg 2011⁵) sind hier nur einige „Highlights“ in diesem Zusammenhang.

Selbst der auf den ersten Blick „eindeutigste“ Fall, der Angriff der USA auf Afghanistan (2001) aufgrund der Unterstützung Osama Bin Ladens durch die Taliban, wirft bei näherer Betrachtung eine Menge Fragen auf. Denn in jedem Fall entspricht die Behauptung, die Taliban seien nicht zur Auslieferung Bin Ladens bereit und ein Angriff somit – aus US-Sicht – unumgänglich gewesen, nicht der Wahrheit. Schon vor dem 11. September 2001 kam es mehrfach zu Verhandlungen mit den USA, in denen die Taliban die Auslieferung Bin Ladens angeboten hatten⁶ und auch danach blieb diese Tür durchaus offen, sie wurde jedoch von den USA bewusst zugeschlagen, obwohl – oder wohl besser: weil – hierdurch ein Krieg hätte verhindert werden können.⁷

Zuletzt wurde die syrische Regierung beschuldigt, Chemiewaffen gegen Aufständische eingesetzt zu haben. Doch auch dieser Vorwurf stand mit der Zeit auf immer wackligeren Beinen, während sich die Indizien mehrten, dass tatsächlich die Aufständischen selbst die Urheber waren, um hierdurch eine westliche Militärintervention zu ihren Gunsten herbeizuführen.⁸ Zumindest eines sollten diese Erfahrungen dringend nahe legen: Eindeutige Wahrheiten sind in Kriegssituationen mehr als einmal zu hinterfragen und vorschnelle Verurteilungen sind nichts anderes als verantwortungslose Kriegstreiberei.

Ukrainischer Flugzeugabschuss

Steilvorlage für nächsten Eskalationsschritt?

von Jürgen Wagner

Am 17. Juli 2014 stürzte über dem Osten der Ukraine eine Boeing 777 der Malaysia Airlines (MH-17) mutmaßlich aufgrund eines Raketenbeschusses ab. Obwohl die genaueren Umstände und insbesondere die Urheber der Tragödie, bei der 298 Menschen ums Leben kamen, bis heute vollkommen ungeklärt sind, waren sich interessierte Kreise im Westen – nämlich diejenigen, die ohnehin seit langem einen Eskalationskurs gegenüber Russland befürworten – sicher, dass hierfür Moskau und/oder die von ihm unterstützten separatistischen Kräfte im Osten zur Verantwortung gezogen werden müssten.

So gab US-Präsident Barack Obama bereits kurz nach dem Ereignis bekannt, ihm lägen Erkenntnisse vor, dass die Maschine von Rebellen in der Ost-Ukraine abgeschossen worden sei und Russland eine direkte Mitschuld trage. Selbst nachdem die US-Geheimdienste Tage später einräumen mussten, über keinerlei Informationen zu verfügen, die eine direkte russische Beteiligung nahe legen würden, wird diese Version unverdrossen aufrechterhalten. Auch die deutsche Politik und insbesondere die Medien befeißigen sich eines russophoben Tons, der die Schwelle zur Kriegstreiberei schon lange überschritten hat.

Nichts ist unmöglich, auch nicht, dass der Abschuss tatsächlich auf das Konto der Separatisten oder Russlands geht – nur ob dies wahrscheinlich ist, steht auf einem ganz anderen Blatt. Tatsächlich stützen zahlreiche Indizien Moskaus Sicht, die Tat sei von ukrainischen Regierungstruppen verübt worden. Doch hiervon gänzlich unbeeindruckt, wird hierzulande weiter an der Eskalationsschraube gedreht, obwohl dies angesichts der bislang westlicherseits präsentierten hochgradig widersprüchlichen und in keiner Weise konklusiven „Beweise“ jeglicher Grundlage entbehrt.

Die Frage, weshalb um alles in der Welt Russland eine Tat begehen sollte, die vollkommen vorhersehbar allein seinen Gegnern in die Karten spielen würde, wird überhaupt nicht gestellt. Dies und die Erfahrung, dass wohl nahezu jeder Krieg – insbesondere auch die des Westens in der jüngeren Vergangenheit – mit dreisten Lügenkonstrukten gerechtfertigt wurde, sollte eigentlich eine Warnung vor vorschnellen Vorverurteilungen sein. Was es nun bedarf ist eine genaue Untersuchung und nicht ein militaristisches Säbelrasseln, das genau in die Eskalation führen könnte, die sich viele im Westen scheinbar ohnehin herbeisehen.



Die Boeing 777 der Malaysia Airlines, die später über der Ost-Ukraine abstürzte. Foto: Darren Koch über Wikipedia

Anschuldigungen und Drohungen

Für den ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko ist die Sache eindeutig: Bei dem Flugzeugabschuss handele sich um einen „terroristischen Akt“ der Rebellen, weshalb der Westen ihn bzw. sein Land im Kampf gegen diese Kräfte nun noch stärker unterstützen müsse.⁹ Der ukrainische Parlamentsvorsitzende Alexander Turtschinow forderte ebenfalls, es sei „Zeit für die zivilisierte Welt“, der Ukraine zu helfen, „die Terroristen zu vernichten, wo immer sie sein mögen, durch den Beginn der Lieferung von modernen Waffen und militärischer Ausrüstung an uns“.¹⁰

Auch US-Präsident Barack Obama war sich der Sachlage schnell sicher: „Die Indizien deuten darauf hin, dass das Flugzeug von einer Boden-Luft-Rakete abgeschossen wurde, die von einem Gebiet in der Ukraine gestartet wurde, das sich unter Kontrolle von Russland unterstützter Separatisten befindet.“¹¹ Noch weit über diese Anschuldigung hinaus geht jedoch der Vorwurf, Russland habe die Rebellen mit dem notwendigen Waffensystem ausgerüstet und sei demzufolge direkt zur Verantwortung zu ziehen. Beispielhaft äußerte sich US-Außenminister John Kerry: „Es ist ziemlich klar, dass dieses System von Russland in die Hände der Separatisten gelangte.“¹² Dies wiederum bildet die Grundlage für Forderungen, den bisherigen antirussischen Kurs noch weiter zu verschärfen. Ganz vorne mit dabei einmal mehr der einflussreiche ehemalige republikanische Präsidentschaftskandidat, Senator John McCain: „Sollte sich herausstellen, dass Russland oder die Separatisten hinter dieser Katastrophe stecken, dann blüht ihnen die Hölle auf Erden. Dann hat das schreckliche Konsequenzen.“¹³

Hierzulande meldete sich u.a. Unionsfraktionsvize Andreas Schockenhoff zu Wort, der einen Blauhelmeinsatz mit deutscher Beteiligung forderte: „Wir sind jetzt in einer Phase, in der wir über einen Blauhelmeinsatz unter dem Dach der Vereinten Nationen mit einem entsprechenden Mandat nachdenken müssen. [...] Wenn eine solche Mission zustande kommen sollte, würde auch Deutschland gefragt sein.“¹⁴ Auch in der SPD gibt es Stimmen, die den Vorschlag befürworten. So wird Hans-Peter Bartels, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Bundestags, mit den Worten zitiert: „Zunächst muss eine Lösung für den Frieden in der Ukraine gefunden werden. Wenn es dann darum geht, eine Vereinbarung zu überwachen, wäre ein Blauhelm-Einsatz denkbar.“¹⁵

Dies alles geschieht, wie gesagt, ohne dass die genauen Umstände auch nur im Entferntesten aufgeklärt wären. Ganz vorne mit dabei sind hier vor allem auch die wichtigsten deutschen Leitmedien, die mit der von ihnen gewohnten journalistischen Sorgfaltspflicht betonen, es gäbe noch keine 100 Prozent sicheren Erkenntnisse, wer zu beschuldigen sei, es aber trotzdem eigentlich doch schon ganz genau wissen.

Ganz besonders in die Eskalationskerbe haute Klaus-Dieter Frankenberger, der in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ bereits einen Tag nach dem Absturz die „Indizien“ folgendermaßen zu deuten wusste: „Im Moment kann man sich nur auf Vermutungen stützen [...] Aber es gibt Indizien, die es plausibel erscheinen lassen, dass es ein rücksichtsloser, ruchloser militärischer Akt war, verübt von prorussischen Separatisten in der Ostukraine, die das Flugzeug auf dem Weg von Amsterdam nach Kuala Lumpur mit einer Boden-Luft-Rakete abschossen; möglicherweise haben sie es mit einem ukrainischen Militärflugzeug verwechselt. [...] Die Europäische Union wiederum wird nun entscheiden müssen, ob sie die Sanktionsschraube kräftig anzieht oder ob sie weiterhin Illusionen nachläuft.“¹⁶

Auch der stets interventionsfreudige Stefan Kornelius, Leiter des außenpolitischen Ressorts der „Süddeutschen Zeitung“, warnte am Tag nach dem Ereignis zwar davor, dies als abschlie-

ßende Beweise misszuverstehen, dennoch seien die „Indizien“ aber „erdrückend“: „Der Absturz der malaysischen Maschine wird diesen Krieg entscheidend beeinflussen. Die Ukraine wird alle Unterstützung brauchen, um ihre Grenzen schließen und sichern zu können. Sollte am Ende die Beweiskette gegen die prorussischen Separatisten und die Waffenlieferanten aus Moskau geschlossen sein, dann wird Russland die volle Wucht der Sanktionen treffen müssen – auch und gerade aus Europa.“¹⁷

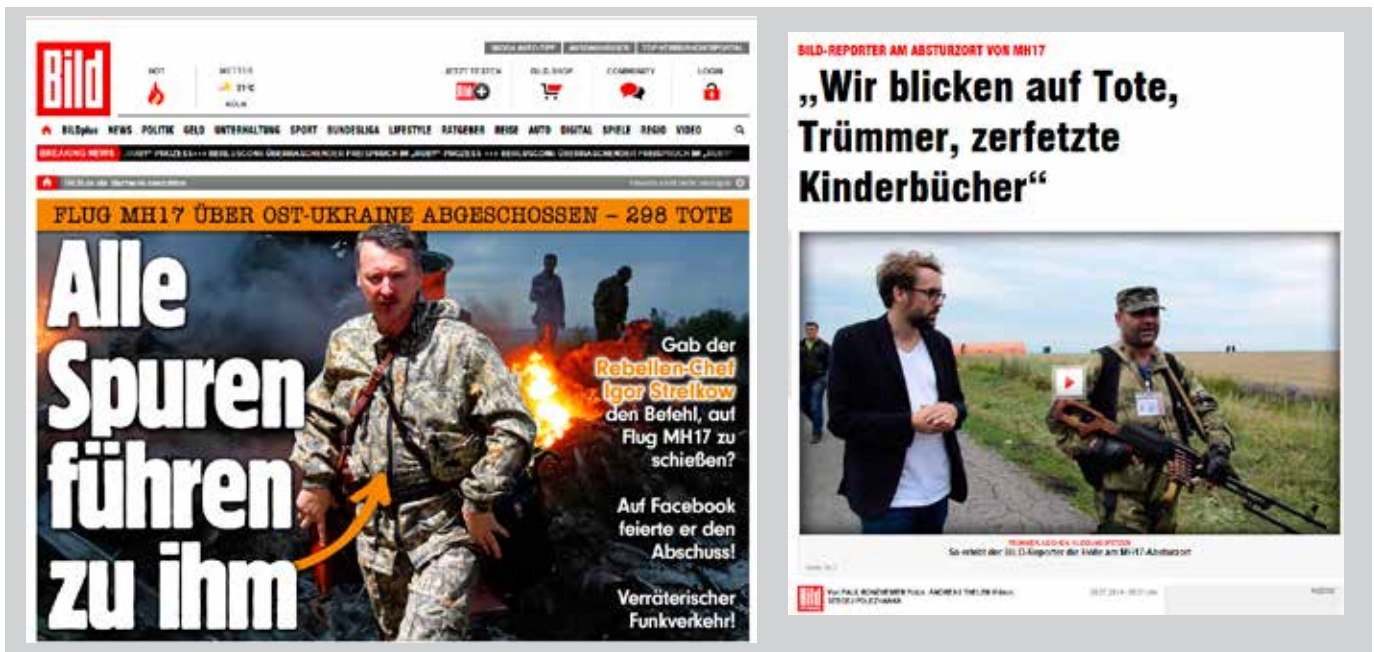
Endgültig den Vogel abgeschossen hat dann schließlich Wolfgang Münchau, Gründer und Co-Chefredakteur der „Financial Times Deutschland“, dem der „Spiegel“ ein Forum für seine antirussischen Ergüsse bot: „Der letzte Beweis steht noch aus, aber Russland scheint politisch für den Tod der Menschen an Bord von MH17 verantwortlich zu sein. Harte Sanktionen im Finanz- und Rohstoffbereich sind die richtige Antwort – auch wenn das deutschen Managern nicht gefällt. [...] Putin-Freunde in Deutschland werden weiterhin formaljuristisch insistieren, dass es keine ‚Beweise‘ dafür gibt, dass Russland irgendetwas mit dem Abschuss von Flug MH17 zu tun hatte. Doch die Anzeichen sind überdeutlich. [...] Die Indizien reichen für ein politisches Urteil der Situation aus. Und um ein politisches Urteil geht es. Hier entscheidet kein Gericht. [...] Wie man es richtig macht, haben die Amerikaner in der letzten Woche demonstriert – noch vor dem Abschuss von MH17. Sie setzen auf Finanzsanktionen. Damit schneiden sie den russischen Firmen die Luft ab. [...] Nicht nur Schröder ist das Problem. Der Bundeswirtschaftsminister sollte den Vorstandschefs deutscher Unternehmen klarmachen, dass Kontakte mit Putin und seiner Umgebung offiziell unerwünscht sind. Russland wird bis auf weiteres als Zielort deutscher Investitionen ausfallen. Der Ostausschuss der deutschen Wirtschaft sollte jetzt helfen, den strategischen Rückzug aus Russland für deutsche Unternehmen zu organisieren.“¹⁸

Angesichts der ultrascharfen Rhetorik verschlägt es einem dann endgültig die Sprache, wenn man einen Blick auf die „Indizien“ wirft, auf die allenthalben so großspurig rekurriert wird, um die anti-russischen Tiraden zu rechtfertigen.

Und die deutlichen Beweise...

Die ukrainische Regierung legte nahezu unmittelbar nach dem Absturz erste „Beweise“ vor, die ihrer Ansicht nach zweifelsfrei die Urheberchaft der Rebellen nachweisen würden. Diese wurden nicht nur von den bereits oben zitierten Leitmedien für bare Münze genommen, auch die „Bild“ sprang hier von Anfang an mit ins Boot und präsentierte sämtliche „Indizien“ bündig auf ihrer Internetseite: „Alle Spuren führen zu ihm“ – „Gab Rebellen-Chef Igor Strelkow den Befehl, auf Flug MH-17 zu schießen?“ – „Auf Facebook feierte er den Abschuss!“ – „Verräterischer Funkverkehr!“¹⁹

Zunächst wurden vor allem zwei „klare Hinweise“²⁰ für eine Urheberchaft der Separatisten genannt: Strelkow, der in den Medien als „Verteidigungsminister“ der „Republik Donezk“²¹ bezeichnet wird, soll auf VKontakte, dem russischen Facebook-Pendant, den Abschuss einer Antonow AN-26 gemeldet haben. Dieser Eintrag – so die gängige Interpretation – sei gelöscht worden, nachdem sich herausgestellt habe, dass es sich stattdessen um die zivile MH-17 gehandelt habe. Strelkow soll also eine 24 Meter lange Antonow mit einer 74 Meter langen Boeing verwechselt haben, deren Flughöhen 5.000 bzw. 10.000 Meter betragen. Dies ist zumindest zweifelhaft, wie weiter unten noch näher ausgeführt wird, da der Betrieb eines Buk-Systems Kenntnisse erfordert, die nahezu zwingend bedeuten, eine zivile von einer militärischen Maschine unterscheiden zu können. Demge-



Internetseite der Bild-Zeitung am 18. Juli 2014

genüber lautet die Version der Rebellen, es habe sich überhaupt nicht um Strelkovs Account gehandelt, sondern um eine „Fake-Seite“ von Unterstützern, die den Absturz fehlgedeutet hätten.²²

Auch die „Beweiskraft“ der – ausgerechnet – vom ukrainischen Geheimdienst SBU abgehörten Telefongespräche, aus denen hervorgehe, dass eine Rebelleneinheit hierfür verantwortlich gewesen sei, lässt zu wünschen übrig. Einer der eher seltenen Fälle, in denen in den Medien versucht wurde, sorgsam abwägend die präsentierten „Fakten“ zu beurteilen, findet sich im „Focus“: „Unklar bleibt, ob diese Funksprüche tatsächlich so stattgefunden haben und ob die Gesprächspartner tatsächlich die genannten sind. In der Krise haben die ukrainische Regierung, proeuropäische Kräfte aber auch Russland und prorussische Kräfte die sozialen Netzwerke und die staatlichen Medien immer wieder für ihre eigenen, propagandistischen Zwecke genutzt. Derzeit gibt es noch keine Anhaltspunkte, die die Funksprüche einerseits verifizieren oder andererseits als gezielte Manipulation entlarven könnten.“²³

So, das war zunächst alles, mehr lag anfangs nicht vor und trotzdem wurde auf Grundlage dieser vollkommen schwammigen und durch nichts verifizierten Indizien allenthalben festgestellt, der Fall sei eindeutig.

Sodann wurde sich der Frage gewidmet, wie die Rebellen in den Besitz einer Waffe, höchstwahrscheinlich ein Buk-System (auch: SA-11), gelangt sein konnten, mit der ein Flugzeug, das Angaben zufolge in etwa 10.000 Meter Höhe flog, abgeschossen werden konnte. Denn gesichert ist lediglich, dass sie über schultergestützte Boden-Luft-Flugabwehrraketensysteme (Manpads) verfügen; mit ihnen können aber „nur“ Ziele bis zu einer Höhe von etwa 4.500 Meter abgeschossen werden.

Von ukrainischer Seite wird dabei betont, aus eigener Kraft seien die Rebellen – entgegen früheren Angaben – nicht an ein solch fortgeschrittenes Buk-System gelangt – was gleichzeitig den Weg freimacht, im selben Atemzug Russland hierfür verantwortlich zu machen: „Die prorussischen Separatisten in der Ostukraine haben nach Kenntnis ukrainischer Behörden keine Raketenflugabwehrsysteme vom Typ ‚Buk‘ für den Abschuss von Flugzeugen in ihrem Besitz gehabt. Die Aufständischen hätten – anders als von ihnen selbst im Juni behauptet – keine einsatzfähigen Waffensysteme dieser Art erobert, sagte der ukrainische Generalstaatsanwalt Witali Jarema am Freitag in Kiew Medien zufolge. Aus Sicht der Ukraine führt die Spur nach Russland.“²⁴

Einigkeit besteht weitestgehend darüber, dass es sich hierbei – im Gegensatz zu Manpads – um ein „kompliziertes und anspruchsvoll zu bedienendes System“ handelt²⁵: „Es bedarf einer Menge Trainings und umfassender Koordination, um so ein Ding abzuschießen und etwas zu treffen. [...] Das ist nicht die Sorte Waffe, die ein paar Typen aus der Garage ziehen und abfeuern können.“, wird etwa der pensionierte Brigadegeneral Kevin Ryan zitiert.²⁶ Die Komplexität des Systems dient dabei wiederum als weiterer „Beweis“ für eine Involvierung Moskaus, die noch über die „bloße“ Lieferung der Systeme hinausreiche. So betonte Samantha Power, die US-Botschafterin bei der UN, dass es „aufgrund der technischen Komplexität der SA-11 unwahrscheinlich ist, dass die Separatisten das System ohne Hilfe von kenntnisreichem Personal betreiben könnten. Deshalb können wir eine technische Unterstützung durch russisches Personal beim Betrieb des Systems nicht ausschließen.“²⁷ Auch andere hochrangige Regierungsvertreter pochten auf diese Interpretation: „US-Vertreter sagen unter der Hand, dass sie von einer tieferen Verstrickung der Russen ausgehen als lediglich der Lieferung von Waffensystemen an die Rebellen. Konteradmiral John Kirby, Pressechef des Pentagon, sagte am Freitag, dass die SA-11 ‚ein anspruchsvolles System‘ sei und ‚man muss schon sehr leichtgläubig sein, wenn man meint, dass die Separatisten dieses ohne eine gewisse russische Unterstützung und technische Hilfe bedienen können.“²⁸

Doch dieses Konstrukt hat einen riesigen Schönheitsfehler – ihm wurde von den US-Geheimdiensten faktisch der Boden unter den Füßen weggezogen. Mutmaßlich unter Druck gesetzt durch Russland, das für seine Sichtweise Belege vorlegte und die USA aufforderte, gefälligst dasselbe zu tun, hielten auch die USA am 22. Juli 2014 eine Pressekonferenz ab, zu der „ausgewählte“ Journalisten geladen wurden. Eigentlich sollten dort drei Geheimdienstler – unter der Bedingung der Anonymität – den Reportern hieb- und stichfest erörtern, weshalb die Regierung zu den jeweiligen Schlussfolgerungen gelangt war. Das Ergebnis war jedoch das genaue Gegenteil: „Der US-Geheimdienst hat nach Regierungsangaben bislang keine Beweise für eine direkte Beteiligung Russlands an dem mutmaßlichen Abschuss eines Passagierflugzeuges in der Ostukraine.“²⁹

Festgehalten wird allerdings weiter daran, die Rebellen für verantwortlich zu halten, da man Erkenntnisse habe, dass die Rakete von einem Gebiet abgeschossen worden sei, das sich unter ihrer



Ein Buk-System, mit dem die Boeing-Maschine MH-17 abgeschossen worden sein soll. Foto: Wikipedia (Ajvol)

Kontrolle befunden habe: „Der US-Geheimdienst geht mittlerweile davon aus, dass pro-russische Separatisten den Flug MH17 aus Versehen abgeschossen haben.“³⁰ Allerdings wurden hierfür erneut keine schlüssigen Beweise vorgelegt. Stattdessen antwortete einer der Geheimdienstler auf die Frage, was über diejenigen bekannt sei, die die Rakete abgefeuert hätten: „wir kennen keine Namen, wir kennen keinen Rang und wir sind nicht einmal 100% sicher, was deren Nationalität anbelangt.“³¹

Einen Tag nach der desaströsen Pressekonferenz machte Reuters einen erneuten Versuch, die bisherige Version des Tathergangs – „Separatisten unter Beteiligung Russlands“ – salonfähig zu machen: „Ein mächtiger Rebellenanführer hat bestätigt, dass pro-russische Separatisten über eine Flugabwehrrakete von der Bauart verfügten, von der Washington behauptet, mit ihr sei der Malaysische Flug MH-17 abgeschossen worden und dass es ursprünglich aus Russland stammt.“³² Doch hier handelt es sich wohl um eine grob aus dem Zusammenhang gerissene Falschmeldung, wie eine russische Nachrichtenagentur glaubhaft argumentiert: „Der Kommandeur des ukrainischen Volkswehr-Bataillons Wostok, Alexander Chodakowski, hat die ihm von Reuters zugeschriebenen Worte, dass die Volkswehr über Boden-Luft-Raketen vom Typ Buk verfügt hat, nie gesagt. Das belegt die Videoaufnahme des Interviews, die nun RIA Novosti vorliegt. [...] ‚Nein, dem Wostok-Bataillon wurden keine Buk übergeben. Das sage ich Ihnen ganz eindeutig. Das ist absolut sicher. Wir haben tragbare Fla-Raketen, die haben jedoch eine beschränkte Schusshöhe‘, so Chodakowski im Wortlaut.“³³

Ein weiteres gewichtiges Argument spricht zusätzlich gegen die Variante „versehentlicher Abschuss unter russischer Beteiligung“, nämlich die Komplexität des Waffensystems, die eine Verwechslung mit einer Antonow-26 oder einen Unfall sehr unwahrscheinlich machen. Denn wer ein solches System überhaupt bedienen kann, für den ist ein ziviles Flugzeug nach Aussagen von Experten von einer feindlichen Maschine relativ problemlos zu unterscheiden: „Die Abwehrstellung kann zivile Flugzeuge normalerweise mit Hilfe der sogenannten Freund-Feind-Erkennung, auch

bekannt als IFF (Identification Friend or Foe), erkennen. ‚Jedes zivile Linienflugzeug hat einen IFF-Transponder‘, sagt Karl-Josef Dahlem, Chefberater für Luftverteidigungssysteme beim europäischen Rüstungskonzern MBDA. [...] Selbst ohne IFF-Antwort hätte es für die Buk-Mannschaft deutliche Anzeichen gegeben, dass es sich um eine zivile Maschine handelte. [...] Ein Unfall durch einen Bedienungsfehler sei deshalb unwahrscheinlich, meint Dahlem.“³⁴

Diese Einschätzung deckt sich mit der von Nicholas Scherrer, Aviation-Experte für Flugzeugvorfälle bei der Schweizerischen Flugsicherung: „Zivile Flugzeuge sind auf einem Radar, auch einem militärischen, ganz klar gekennzeichnet, beschriftet, wenn Sie so wollen. Das Abfeuern einer Boden-Luft-Rakete, um ein Ziel in knapp zwölf Kilometern Höhe zu treffen, braucht ja einiges an Vorbereitung. Wir sprechen hier von Highend-Technik. Sie können da nicht einfach auf einen Knopf drücken. Sie müssen Software programmieren, Einstellungen vornehmen und so weiter, das ist alles nicht so einfach, weil Sie ein Objekt treffen wollen, das sich mit 800 Stundenkilometern vorwärtsbewegt. [...] Ich gehe davon aus, dass jene, die auf den Knopf drückten, um die Rakete abzufeuern, Profis waren. Als Amateur wären Sie gar nicht in der Lage, so ein komplexes System zu bedienen. Also, wenn Sie als Profi eine Militärmaschine abschießen wollen, warum fokussieren Sie als Ziel dann ein ziviles Flugzeug?“³⁵

Wie man es dreht und wendet: Über eine Woche nach dem Absturz von MH-17 liegt nichts vor, was die westlichen Vorwürfe auch nur in Ansätzen hinreichend untermauern könnte. Dass dennoch bereits an Tag eins nach der Tragödie eine seither nicht abreißen lassen anti-russische Propaganda ertönt, ist deshalb ein umso größerer Skandal. Zumal dabei die russischen Bemühungen, gegenläufige Indizien zu präsentieren, zumeist geflissentlich ignoriert werden.

Gegenläufige Indizien

Wie bereits erwähnt, lud Russland noch vor den USA zu einer Pressekonferenz ein und legte dort seine Erkenntnisse vor, die zwar ebenfalls kein glasklares Bild abgeben, aber allemal stichhaltiger sind als das, was vom Westen bislang präsentiert wurde: „Im einzelnen konnten die Russen die Machthaber in Kiew mehrfach der Lüge überführen. Diese hatten behauptet, keines ihrer Kampfflugzeuge habe sich in der Nähe der Absturzstelle befunden. Hier nun wurde nachgewiesen, daß ein üblicherweise mit R-60-Luft-Luft-Raketen bewaffneter Jäger vom Typ SU-25 auf die Flughöhe der Boeing 777 geklettert war, um sich ihr kurz vor ihrem Absturz auf 3500 Meter zu nähern und in diesem Abstand bis zum Absturz verblieb. Unerklärt bleibt vorläufig auch die Tatsache, daß die ukrainischen Buk-Radarstationen ausgerechnet an diesem Tag auf Hochtouren liefen, während sie davor und danach mit ein viertel Last oder nur halber arbeiteten. Moskau konnte mit Hilfe von detaillierten Satellitenaufnahmen den Kiewern eine weitere faustdicke Lüge nachweisen: Am Tag des Absturzes war ein Buk-Luftabwehrsystem direkt an der Front, etwa 50 Kilometer südlich der Hauptstadt des Gebietes, Donezk, im freien Feld, d.h. offensichtlich in Kampfstellung, eingesetzt. Es befand sich in Reichweite zu Flug MH-17 und zur Absturzstelle.“³⁶

Einige Tage darauf präsentiert Moskau ein weiteres Puzzlestück dessen, was aus seiner Sicht am wahrscheinlichsten passiert sein könnte, indem die staatliche Nachrichtenagentur „RIA Novosti“ eine anonyme „Quelle in den bewaffneten Strukturen der Ukraine“ zitierte, derzufolge es sich um einen Unfall im Rahmen eines ukrainischen Manövers gehandelt haben könnte: „Dem Chef des 156. Fla-Raketenregiments war befohlen worden, am

17. Juli eine Übung abzuhalten, bei der es um die Deckung der Bodengruppierung in einem Vorort von Donezk ging“, so die Quelle, die zur Aufgabe der Übung folgendes angibt: „Das Beobachten von Zielen zu trainieren und die ganze Reihenfolge der Begleitung und der Vernichtung von Zielen mit einer Rakete vom Typ Buk-M1 im Trainingsmodus auszuführen.“ Zwar seien keine Raketenstarts vorgesehen gewesen, den Chefs der Batterien wären aber die Schlüssel zu den Startanlagen ausgehändigt worden. Auch zwei Kampfflugzeuge sollen an der Übung beteiligt und möglicherweise der Auslöser der Katastrophe gewesen sein, so die Einschätzung der Quelle: „Zur Teilnahme an der Übung wurden zwei Kampfjets des Typs Su-25 vom Luftwaffenstützpunkt der 229. Brigade der taktischen Fliegerkräfte Kulbakino in Nikolajew nach Dnepropetrowsk geschickt. [...] Als eines dieser Flugzeuge in den Erfassungsbereich des Fla-Raketensystems Buk kam, wurde es von der Batterie in der Nähe des Ortes Sarostschenskoje unter Kontrolle genommen. Der tragische Zufall könnte dazu geführt haben, dass die Flugrouten der malaysischen Boeing und der Su-25, die sich auf unterschiedlichen Höhen befanden, sich überkreuzten und auf dem Bildschirm als ein großer Punkt erschienen, was für die Zivilmaschine fatal wurde, weil sich das Beobachtungssystem in dem Fall automatisch auf das größere Ziel umstellt.“³⁷

In dieses Bild passt ebenfalls, was der Investigativreporter Robert Parry, der u.a. für „Associated Press“ und „Newsweek“ über den Iran-Contra-Skandal berichtet hatte, von einer anderen anonymen Quelle aus US-Kreisen erfahren haben will: „Was mir von einer Quelle, die bei vergleichbaren Themen in der Vergangenheit korrekte Informationen geliefert hat, gesagt wurde, ist, dass die US-Geheimdienste detaillierte Satellitenfotos der Raketenbasis haben, von der die verhängnisvolle Rakete wahrscheinlich abgefeuert wurde, aber dass die Basis den Anschein macht, als sei sie unter Kontrolle ukrainischer Regierungstruppen mit ukrainischen Uniformen gewesen.“³⁸

So besehen würden auch einige verklausulierte Angaben in der Pressekonferenz der US-Geheimdienstler einen Sinn ergeben: „US Offizielle sagten, es sei möglich, dass die SA-11 von einem Überläufer der ukrainischen Armee abgefeuert worden sei, der darauf trainiert gewesen sei, ähnliche Systeme zu benutzen.“³⁹ Robert Parry interpretiert dies folgendermaßen: „Das Statement über mögliche ‚Überläufer‘ könnte erklären, weshalb einige Analysten dachten, sie hätten Soldaten in ukrainischen Uniformen gesehen [...]. Aber es gibt eine andere offensichtliche Erklärung, die die US-Geheimdienste scheinbar aber nicht akzeptieren wollen: dass die Rakete von jemandem abgefeuert worden sein könnte, der für das ukrainische Militär arbeitet. Mit anderen Worten könnte es sich um einen weiteren Fall handeln, bei dem die US-Regierung die Geheimdienstkenntnisse an die gewünschten politischen Ergebnisse ‚anpasst‘, wie es bereits im Vorfeld des Irak-Krieges der Fall war.“⁴⁰

Um es deutlich zu sagen: Eine in einer russischen Nachrichtenagentur zitierte anonyme Quelle ist ebenso wenig ein Beweis wie die Ausführungen Parrys. Aber es handelt sich hierbei um Indizien, die in sich schlüssig sind und mit den von Russland in der Pressekonferenz präsentierten Daten zusammenpassen. Sie sind in jedem Fall allemal schlüssiger als alles, was bislang vom Westen vorgelegt wurde, dessen Geschichte löchriger ist als ein Fischernetz.

Cui bono?

Was in jedem Fall gesagt werden kann ist, dass die Beweislage – vorsichtig formuliert – zum aktuellen Zeitpunkt äußerst lück-

enhaft ist und in jedem Fall die allenthalben stattfindende Vorverurteilung Russlands und/oder separatistischer Kräfte in keiner Weise rechtfertigt. Wenn sich doch herausstellen sollte, dass es sich um einen unbeabsichtigten Abschuss seitens der Rebellen oder Russlands handelte, der nun vertuscht werden soll, sind die Verantwortlichen sicher in der ein oder anderen Weise zur Rechenschaft zu ziehen. Diese Tragödie rechtfertigt es aber in jedem Fall nicht, derart drastische Eskalationsschritte zu ergreifen, wie sie aktuell eifrig westlicherseits diskutiert werden.

Wenn sich allerdings die Vermutungen der oben zitierten Experten Karl-Josef Dahlem und Nicholas Scherrer bestätigen, dass es sich um einen beabsichtigten Abschuss und nicht um ein Versehen handelte, so stellt sich die uralte Frage, wer hiervon eigentlich einen Nutzen hätte, umso dringlicher. Und hier bleibt die Feststellung, dass es kein erdenkliches Szenario gibt, in dem sich Russland und/oder die ukrainischen Rebellen hiervon einen wie auch immer gearteten Vorteil hätten versprechen können. Ganz anders verhält es sich hier mit der Gegenseite, wie der italienische Journalist Tony Cartalucci zu Recht feststellt: „Der Abschuss der malaysischen Boeing 777 hätte für die NATO und ihr Stellvertreter-Regime in Kiew zu keinem günstigeren Zeitpunkt kommen können. Kiews Truppen wurden im Osten der Ukraine auseinandergenommen, einige Einheiten eingekreist und zerstört. Im Westen des Landes mehrte sich der Widerspruch durch Ukrainer, die keine Bereitschaft hatten, in den Kampf zu ziehen. [...] Russland und die Kämpfer im Osten der Ukraine haben nichts durch den Abschuss einer Zivilmaschine zu gewinnen, aber alles zu verlieren.“⁴¹

Anmerkungen

- 1 Wette, Wolfram: Historische Kriegslügen, in: Wissenschaft & Frieden 2013-1 (Dossier Nr. 72).
- 2 „Als Brutkastenlüge wird die Behauptung bezeichnet, irakische Soldaten hätten bei der Invasion Kuwaits im Jahr 1990 kuwaitische Frühgeborene getötet, indem sie sie aus ihren Brutkästen rissen und auf dem Boden sterben ließen. Sie hatte großen Einfluss auf die öffentliche Debatte über die Notwendigkeit eines militärischen Eingreifens zugunsten Kuwaits und wurde unter anderem vom damaligen US-Präsidenten George H. W. Bush und von Menschenrechtsorganisationen vielfach zitiert.“ (Wikipedia: Brutkastenlüge)
- 3 „Die Bilder von 40 Toten in Racak gingen kurz vor dem Kriegseintritt der Nato gegen Serbien um die Welt. Viele sahen in den Bildern den Beweis, dass die Serben planmäßig Albaner umbringen. Doch wie sich jetzt herausstellt, scheint es in Racak kein Massaker gegeben zu haben.“ (Kosovo-Krieg: Keine Beweise für Massaker von Racak, Spiegel Online, 17.2.2001)
- 4 „Als Begründung für den Irakkrieg 2003 gab die angreifende ‚Koalition der Willigen‘ unter der Führung der USA vor allem eine akute Bedrohung durch Massenvernichtungsmittel seitens des irakischen Diktators Saddam Hussein an. Diese und weitere Begründungen waren vor dem Irakkrieg stark umstritten. Daher verweigerte der UN-Sicherheitsrat die Legitimation des Krieges durch ein UN-Mandat, so dass er völkerrechtlich als illegaler Angriffskrieg gilt. Die genannten Kriegsgründe sind historisch widerlegt und werden oft als absichtliche Irreführung der Weltöffentlichkeit bewertet, da im Irak weder Massenvernichtungsmittel noch Beweise akuter Angriffsabsichten gefunden wurden. Stattdessen wird angeführt, die USA habe durch den Krieg lediglich wirtschaftliche Interessen, insbesondere im Zusammenhang mit Erdöl verfolgt.“ (Wikipedia: Begründung für den Irakkrieg)
- 5 In der Antwort auf eine Anfrage der LINKEN wurde eingeräumt: „Der Bundesregierung liegen keine detaillierten Informationen über Angriffe der libyschen Luftwaffe auf Zivilisten vor.“ (Drucksache 17/5666, 26.4.2011)
- 6 Verhandlungen: Taliban wollten angeblich Bin Laden loswerden, Spiegel Online, 29.10.2001.
- 7 Die Taliban stellten bestimmte Bedingungen, die aber alles andere als

- unerfüllbar gewesen wären – hätte ein ernsthaftes Interesse bestanden, den Krieg noch abzuwenden: „Itar-Tass berichtete ohne Quellenangaben aus Islambad, die Taliban verlangten, dass Bin Laden in einem neutralen Land der Prozess gemacht wird und dass die internationalen Strafmaßnahmen gegen Afghanistan aufgehoben werden. Eine weitere Bedingung sei, dass das Ausland keine Waffen mehr an die gegnerische Nord-Allianz liefere und sie auch sonst nicht länger unterstütze, meldete die Agentur.“ (Taliban stellen Bedingungen für Laden-Auslieferung, [Welt Online](#), 18.9.2001)
- 8 Wagner, Jürgen: Syrien: UN-Giftgasbericht als Interventionsvorwand?, [IMI-Standpunkt](#) 2013/052.
 - 9 Poroschenko nennt Flugzeugtragödie „terroristischen Akt“, [Focus Online](#), 18.7.2014.
 - 10 Springstein, Hans: [Nachrichtenmosaik](#) Ukraine Folge 35, 18.7.2014.
 - 11 Obama says Malaysia Airlines plane was shot down in rebel-controlled Ukraine, [Sidney Morning Herald](#), 19.7.2014.
 - 12 USA sehen Verbindung Russlands zum Abschuss von MH17, [Wall Street Journal](#), 20.7.2014.
 - 13 Chaotische Zustände am Wrack von Flug MH17, [shz.de](#), 20.7.2014.
 - 14 BKA schickt Fachleute für Identifizierung in die Ukraine, [FAZ Online](#), 19.7.2014.
 - 15 Ebd.; Einen Tag später zog die Ukraine-Hardlinerin Rebecca Harms, Co-Vorsitzende der Europäischen Grünen Fraktion im Europäischen Parlament, nach: „Ich glaube, man sollte jetzt wirklich als allererstes Russland dahin bringen, dass im Zweifelsfall auch mit Blauhelmen diese Grenze zwischen Russland und der Ukraine dicht gemacht wird. Wichtig für alle Diplomatie ist, man muss die Ukraine als Staat, man muss die ukrainische Regierung in diesem Versuchen, das zu lösen, auch weiter ernst nehmen.“ (Harms fordert Einsatz „notfalls mit Blauhelmen“, [Deutschlandfunk](#), 21.7.2014)
 - 16 Frankenberger, Klaus-Dieter: Massenmord über der Ostukraine, [FAZ Online](#), 18.7.2014.
 - 17 Kornelius, Stefan: Das Monster, das Putin schuf, [SZ Online](#), 18.7.2014; Der SZ-Kollege Stefan Ullrich fordert die EU-Staaten ebenfalls zu weitreichenden Konsequenzen auf: „Sie könnten die ukrainischen Dramen zum Anlass nehmen, ihre Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu überdenken. Die Wehretats dürfen nicht länger sinken. Die EU-Staaten müssen wieder mehr für ihre Sicherheit ausgeben, zumal die USA immer widerwilliger dafür eintreten.“ (Der Krieg ist zurück, [SZ Online](#), 20.7.2014) Eine Zusammenstellung mit den übelsten journalistischen Entgleisungen findet sich etwa auf [Telepolis](#), 21.7.2014.
 - 18 Münchau, Wolfgang: Die Spur des Geldes: Die fatale Ostorientierung der deutschen Wirtschaftselite, [Spiegel Online](#), 21.7.2014. Erstmals auf den Beitrag aufmerksam machte Urteil ohne Gericht, [German-Foreign-Policy.com](#), 23.7.2014.
 - 19 [www.bild.de/](#) (18.7.2014 um 13.46 Uhr)
 - 20 [www.t-online.de/nachrichten/specials/id_70299080/ukraine-flugzeug-mh17-offenbar-aus-versehen-abgeschossen.html](#)
 - 21 „Es waren die Jungs von der Straßensperre Tschernuchin“, [t-online news](#), 18.7.2014.
 - 22 Fisher, Mike: Did Ukrainian rebels really take credit for downing MH17?, [Vox.com](#), 17.7.2014.
 - 23 Separatisten nach Absturz: „Haben 200 Tote gefunden! Es sind Zivilisten!“, [Focus Online](#), 18.7.2014; Auch [Russia Today](#) (Unverified tape released by Kiev presented as ‘proof’ E. Ukraine militia downed MH17, 18.7.2014), das natürlich interessiert ist, die Quelle zu diskreditieren, weist auf eine Reihe Ungereimtheiten der Telefonate hin.
 - 24 Ukraine: Separatisten besitzen keine Flugabwehrsysteme, [dpa](#), 18.7.2014; Wörtlich sagte Jarema: „Die Militärs berichten, dass die Terroristen nicht unsere ‚Buk‘-Raketen haben. Das heißt, dass unsere Militärtechnik in Gestalt der ‚Buk-, und S-300-Komplexe nicht in die Zonen der aktiven Handlungen der Antiterroroperation gelangt ist.“ ([Pravda.com](#), 18.7.2014) Der zweite Teil der Aussage widerspricht offensichtlich den russischen Aussagen, nachdem Buk-Systeme der ukrainischen Armee im Osten der Ukraine stationiert sein sollen.
 - 25 Malaysia Airlines MH17: Hinweise auf Abschuss aus Versehen, [Spiegel Online](#), 18.7.2014.
 - 26 Did surface-to-air missile take down Malaysia Airlines Flight 17? [CNN.com](#), 17.7.2014.
 - 27 US: Russia ‘created the conditions’ for shoot-down, [Associated Press](#), 22.7.2014.
 - 28 USA sehen Verbindung Russlands zum Abschuss von MH17, [Wall Street Journal](#), 20.7.2014.
 - 29 Kein Beleg für Beteiligung Russlands an Abschuss, [Focus Online](#), 23.7.2014.
 - 30 Ebd.
 - 31 US: Russia ‘created the conditions’ for shoot-down, [Associated Press](#), 22.7.2014.
 - 32 Ukraine rebel commander acknowledges fighters had BUK missile, [Reuters](#), 23.7.2014.
 - 33 Video belegt: Reuters entstellt Äußerungen von Rebellenkommandeur über Buk-Raketen, [RIA Novosti](#), 24.7.2014.
 - 34 Malaysia Airlines MH17: Hinweise auf Abschuss aus Versehen, [Spiegel Online](#), 18.7.2014.
 - 35 „Jede Terrorzelle ist in der Lage, sich eine Rakete zu beschaffen“, [Tagesanzeiger.ch](#), 19.7.2014.
 - 36 Politischer Sprengstoff, [junge Welt](#), 23.7.2014.
 - 37 Fehler bei Fla-Übung in Ukraine als Ursache des Boeing-Unglücks?, [RIA Novosti](#), 25.7.2014.
 - 38 Parry, Robert: What Did US Spy Satellites See in Ukraine?, [ConsortiumNews](#), 20.7.2014.
 - 39 U.S. officials believe attack against Malaysian plane was mistake, [Los Angeles Times](#), 22.7.2014.
 - 40 Parry, Robert: The Mystery of a Ukrainian Army ‚Defector‘, [ConsortiumNews](#), 22.7.2014.
 - 41 Cartalucci, Tony: Malaysian Airlines Flight MH17 Downed Over Warzone Ukraine. Who Was Behind It? Cui Bono?, [Globalresearch.ca](#), 17.7.2014.



In den Medien wurde fast nur das linke Bild abgedruckt: Ein böse aussehender Separatist, der scheinbar triumphierend ein Stofftier eines MH-17-Opfers hochhebt. Im Internetvideo sieht man anschließend, wie er sich danach aber erschüttert bekreuzigt.

Feindbildkonstruktion als Offenbarungseid

Was sich aus Teilen der deutschen Russland-Kritik lesen lässt

von Mirko Petersen

„Vielleicht ist das der Beginn der vereinigten Staaten von Europa.“ Dieser optimistische Satz ist schon vielen PolitikerInnen zu verschiedensten Gelegenheiten über die Lippen gekommen, doch die Idee dahinter scheint in den letzten Jahren, in der nachhaltigen Krise der Europäischen Union und ihrer Institutionen, in immer weitere Ferne gerückt zu sein. Doch nachdem sich die weitere Vertiefung der europäischen Integration weder durch Verträge noch Verfassungsentwürfe und schon gar nicht durch Wahlen zu einem einflussarmen Europa-Parlament realisieren ließ, könnte sie nun durch das außen- bzw. militärpolitische Engagement gegen Russland hergestellt werden – zumindest wenn es nach dem ehemaligen deutschen Außenminister Joschka Fischer geht, der den oben zitierten Satz auf einer Veranstaltung zur Krise in der Ukraine aussprach.¹

Die dominante europäische und US-amerikanische Lesart legt schon seit Jahren nahe, dass die anhaltenden Spannungen zwischen Russland und dem Westen auf eine russische Großmachtspolitik zurückzuführen seien, die in allererster Linie durch die Person Wladimir Putin vorangetrieben werde. Dass Russlands Außenpolitik seit der Machtübernahme Putins zu großen Teilen als Reaktion auf das Vordringen von NATO und EU in den ehemaligen Ostblock zu betrachten ist, wird selten erwähnt.² Die Konstruktion eines russischen Feindbildes hat mit dem Sturz des ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowitsch, der Aufnahme der Krim durch Russland und den anhaltenden kriegerischen Auseinandersetzungen in der östlichen Ukraine nun jedoch eine völlig neue Dimension erreicht.

19. vs. 21. Jahrhundert?

Ein beliebtes Gegensatzpaar, das bei der Betrachtung des Konflikts in der Ukraine aufgemacht wird, ist das eines rückwärts gewandten Russland gegenüber dem eines modernen EUropa. Auch der bereits erwähnte Joschka Fischer meint: „Die, die im Kreml an der Macht sind, denken in Supermacht-Kategorien des 19. Jahrhunderts.“³ In einem Kommentar in der „Süddeutschen Zeitung“ fügte er noch hinzu: „Wladimir Putin verfolgt seit seiner ersten Amtszeit als russischer Präsident die Wiedererlangung des Weltmachtstatus für Russland als sein strategisches Ziel. [...] Vor unseren Augen vollzieht sich der Umsturz der postsowjetischen Staatenordnung in Osteuropa, am Kaukasus und in Zentralasien. Großmachtspolitik sowie das Denken in Einflusszonen und den machtpolitischen Spielen des 19. Jahrhunderts drohen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Unverletzlichkeit der Grenzen, die Herrschaft des Rechts und demokratische Grundprinzipien abzulösen. [...] Dieser Umsturz wird tief greifende Auswirkungen auf Europa und die europäisch-russischen Beziehungen haben. Er wird darüber entscheiden, nach welchen Regeln die Staaten und Völker auf dem europäischen Kontinent in Zukunft leben werden: nach denen des 19. oder des 21. Jahrhunderts?“⁴ Der Herausgeber der Wochenzeitung „Die Zeit“, Josef Joffe, äußerte sich ähnlich. Die Aussage von Kanzlerin Angela Merkel, dass „Putin in einer anderen Welt lebe“ ergänzte

er durch den Kommentar: „Nicht in einer Wahnwelt, sondern in der des 18. und 19. Jahrhunderts. In der war Macht gleich Besitz – und Krieg um diese oder jene Provinz, um Meerengen und Handelsrouten die ständige Begleitmusik.“ In seinem Plädoyer für Sanktionen gegen Russland benutzt Joffe zudem den Vergleich zu Figuren

der russischen Geschichte, die aus westlicher Sicht die Inkarnation des Bösen darstellen. Sanktionen gegen Russland könnten ihm zufolge bewirken, dass Putin „der Welt ein anderes Gesicht zeigen [will] als die Visage von Iwan dem Schrecklichen oder Josef Stalin.“⁵

Diejenigen, die sich nicht vorbehaltlos hinter die westliche Ukraine-Politik stellen, werden in den deutschen Diskussionen vermehrt als „Russland-“ oder „Putin-Versteher“ bezeichnet. Der Journalist Richard Herzinger hat auch klare Vorstellungen davon, wer Putin in Deutschland unterstützt: „Der nationalkonservativen Rechten, wie man sie etwa im Milieu der AfD antrifft, imponiert das brachiale Selbstbewusstsein, mit dem Putin die Machtpolitik des 19. Jahrhunderts restauriert – ohne die ‚idealistischen Flausen‘ universalistischer, menschenrechtlicher Prinzipien. [...] Linke Regenbogenaktivisten und libertäre Antikapitalisten mögen Putin eben diese reaktionäre Werte-Agenda verübeln, in seiner Rolle als Stifter einer ‚multipolaren Weltordnung‘ und unbeugsamer Gegenspieler des westlichen ‚Imperialismus‘ applaudieren sie ihm gleichwohl, zumindest insgeheim. Da treffen sie sich mit traditionssozialistischen und ‚antifaschistischen‘ Sowjetnostalgikern, die ihn als Rächer der Schmach von 89/90 wahrnehmen, als die Verlockungen der westlichen Konsumgesellschaft das kommunistische Zukunftsbollwerk zum Einsturz brachten.“⁶ Auch Joseph Joffe ist bemüht, Argumente zur Erklärung der russischen Außenpolitik als Relikte eines überkommenen Denkens darzustellen: „Die Argumente der ‚Russlandversteher‘ mögen plausibel erscheinen: dass Russland sich ‚eingekreist‘ fühle, den Imperiumsverlust nicht verschmerzen könne, die EU mit ihrem Assoziierungsangebot an die Ukraine in altes russisches Kernland vorgestoßen sei, die Krim gar von 1783 bis 1954 russisch gewesen war. Nur sind alte Besitztitel und ‚vorgreifende Verteidigung‘ Klassiker aus vergangenen Jahrhunderten, vorgeschoben von Potentaten, die ihre Reiche arrondieren wollten. Dagegen lebt das neue Europa mit neuen Regeln: Gewaltverzicht, Friedensgrenzen, Verträge, gemeinsamer Gewinn statt Nullsummenspiel.“⁷

Es gibt keine Gründe, Argumente zur Verteidigung des russischen Autoritarismus anzuführen, dessen Ideologiekonstruktion Elemente des Zarismus, der Sowjetunion und eines neuen Nationalismus enthält. Daraus jedoch den Schluss zu ziehen, dass die russische Außenpolitik in Kategorien der Vergangenheit verhaftet sei, während die EU bzw. das transatlantische Bündnis uns in ein neues Zeitalter von Konfliktfreiheit geführt habe, ist absurd – insbesondere mit Blick auf die Politik gegenüber Russland, die eben nicht auf einen „gemeinsamen Gewinn“ abzielt. Während der russischen Seite außenpolitischer Größenwahn attestiert wird, sei der Westen angeblich nicht mehr in einem Denken in Einflussphären verhaftet. Doch es war der westliche Expansionsdrang, der Russlands globalen Einfluss nach dem Ende des Kalten Krieges mit allen Mitteln zu minimieren versuchte. Zudem lässt die Art und Weise, wie die Staaten des ehemaligen Ostblocks peripher – als „verlängerte Werkbank“⁸ in die EU und als strategische Brückenköpfe in die NATO – eingegliedert wurden, die weiterhin bestehende geopolitische und geökonomische



Von den groß angelegten neuen „freundschaftlichen“ Beziehungen („Reset“) ist nicht viel übrig geblieben. Hier noch US-Präsident Barack Obama und sein damaliger Amtskollege Dimitri Medwedew im Jahr 2009. Foto: U.S. Embassy Moscow Press Office über Wikipedia

Machtprojektion der europäischen Zentrumsstaaten und der USA deutlich werden. Der einflussreiche russische Politologe Sergej Karaganow weist darauf hin, dass die Sicht des Kremls auf das westliche Vordringen ein weniger harmonisches Bild vor Augen hat: „Russlands politische Klasse war besonders von der systematischen Täuschung, Heuchelei und den gebrochenen Versprechungen irritiert. Westliche Funktionäre verwarfen das Konzept der Einflussphären an sich als obsolet, während sie ihre ‚nicht existente‘ Einflussphäre ständig ausbauten. Ich weiß, dass viele im Westen ihren Worten glaubten oder glauben wollten. Aber in Russland und dem Rest der Welt, der nach einem anderen Regelwerk lebte, wurde dieser eklatante Widerspruch mit nichts als Hohn und Misstrauen begegnet.“⁹

Die oben angeführten Meinungsäußerungen stellen nur einige von vielen Beispielen der Abgrenzung gegenüber Russland dar, dessen Politik sich vermeintlich so elementar von der eigenen unterscheidet. Umso kurioser ist es, dass dieselben Menschen, die nicht müde werden zu behaupten, Europa hätte dem Denken in Einflussphären und Geopolitik eine Absage erteilt, nun unter Verweis auf Russland, eine Renaissance genau dieses Denkens – und vor allem Handelns – einfordern.

Ruf nach mehr Militarismus

Der Konflikt in der Ukraine ließ Stimmen lauter werden, die die russische Außenpolitik als Legitimation für eine härtere Außenpolitik bis hin zur Militarisierung der EU ansehen und nutzen wollen. Michal Kokot beschwert sich in einem Artikel mit dem Titel „Brüssel zaudert, Moskau lacht“¹⁰ in der „Zeit“ darüber, dass die Sanktionen gegen Russland deutlich zu weich gewesen seien und diese die Machtlosigkeit der EU verdeutlichten. In einer Verdrehung von Ursache und Folge behauptet der Autor: „Putin spielt mit der EU, indem er immer weiter vorrückt und auf die Reaktionen wartet.“ Zudem sei angeblich Russland der Akteur, der sich nicht an Absprachen hielt. Auch Kokot stellt einen Rückbezug zur Vergangenheit her und gibt der EU den

Rat, sich auf eine preußische Formel zu besinnen: „Der Westen wunderte sich darüber [über nicht gehaltene Absprachen], was nicht von großem Realismus zeugte. Schließlich ahnte schon Otto von Bismarck, dass die Vereinbarungen mit Russland nicht das Papier wert sind, auf dem sie gedruckt sind.“ Diese Aussage kann als klare Absage an Verständigung und Diplomatie mit Russland verstanden werden.

Zwei weitere Beiträge in der „Zeit“ werden hier noch deutlicher. Der ehemalige Chefredakteur dieses Blattes, Theo Sommer, fordert in einem Kolumnenbeitrag: „Die Welt sortiert sich gerade neu, daran hat Russland großen Anteil. Deshalb muss Europa wieder Geopolitik lernen, Strategie, Machtdenken. Und es braucht eine Armee.“¹¹ Zunächst gibt Sommer noch zu Papier, dass eine permanente Stationierung von NATO-Truppen in Osteuropa, eine Wiedereinführung der Wehrpflicht und eine Erhöhung des Verteidigungsbudgets Überreaktionen wären. „Aber verstärkte Überwachungsflüge, auch gelegentliche Manöver mit zeitweise eingeflogenen Nato-Einheiten und eine sichtbare Belegung der Nato-Response Force“ seien seiner Meinung nach „vertretbare Vorsichtsmaßnahmen“ und „Europa [sollte] es da nicht bloß den Amerikanern überlassen, einige Warnzeichen zu setzen.“ Sommer möchte diese „Warnzeichen“ jedoch nicht nur Putins Russland gegenüber gesetzt sehen, sondern ordnet dies in den größeren Kontext einer Welt mit sich ändernden Kräfteverhältnissen ein: „In Shanghai hat Putin [...] Obamas Schwenk nach Asien nachvollzogen; der auf 30 Jahre angelegte Milliarden-Gas-Deal mit China läutet eine neue Ära ein. Im Mittleren Osten pendelt sich die Kräftebalance neu ein. In Japan wie in Indien denkt eine neue Führungsgeneration wieder in Kategorien militärischer Stärke. Die Friedensmacht Europa kann davor nicht einfach die Augen verschließen. Es ist höchste Zeit, dass es sich auf eine gemeinsame Strategie, eine koordinierte Beschaffungspolitik und eine ernstzunehmende Truppenaufstellung für alle Fälle verständigt – in anderen Worten: auf eine europäische Armee.“

In einem Gastbeitrag in der „Zeit“¹² betont auch Hans W. Maull von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ (SWP), die Lehre

aus der Krise in der Ukraine müsse eine weniger strikte Trennung zwischen Diplomatie und Militär sein: Dass es keine „militärischen Alternativen“ zu „diplomatischen“ oder „politischen Lösungen“ gäbe, gehört zu den ebenso gängigen wie ärgerlichen Gemeinplätzen der außenpolitischen Debatte um die Ukraine-Krise in Deutschland. Ärgerlich ist dieser Gemeinplatz nicht deshalb, weil er ganz falsch wäre (das sind Gemeinplätze selten), sondern weil er dem ernsthaften Nachdenken über Außenpolitik im Wege steht. Tatsächlich ist die angebliche Alternativlosigkeit der Diplomatie ein Beispiel für mangelhafte analytische Präzision, vulgo: für Denkfaulheit.“ Dieser angeblichen Denkfaulheit setzt Maull das Beispiel der Appeasement-Politik gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland entgegen. Aufgrund der militärischen Überlegenheit des Dritten Reiches gegenüber Frankreich und England sei die Möglichkeit der kriegerischen Expansion Deutschlands möglich gewesen. Ohne weitere Beispiele zu nennen, schließt der Autor daraus: „Dass Diplomatie nichts mit Militär, dass politische Lösungen nichts mit Machtverhältnissen – und damit letztlich auch mit Gewaltpotenzialen – zu tun haben, ist also ein Irrtum, der historisch immer wieder sehr teuer bezahlt werden musste.“ Bei der Übertragung dieses Befundes auf die heutige Situation scheint die Rollenverteilung klar zu sein: „Es hängt von Wertvorstellungen ab, ob und wie Gewalt ins Spiel kommt. Wenn alle Beteiligten sich einig sind, auf Gewalt zu verzichten, dann stehen die Chancen gut, friedliche Lösungen zu finden. In der Ukraine gibt es diese Einigkeit zwischen dem Westen und Russland offensichtlich nicht; es fehlt an den viel beschworenen ‚gemeinsamen Werten‘, zumindest in diesem entscheidenden Punkt.“ Es sei also Russland zuzuschreiben, dass im Konflikt in der Ukraine eine gewaltfreie Lösung in weiter Ferne ist. Die Schlussfolgerung des Autors ist, ebenfalls zu Gewalt zu greifen oder zumindest ein Bedrohungsszenario gegenüber Russland aufzubauen.

Für den Aufbau dieses Bedrohungspotential müssten dann auch die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden, was gleichermaßen konsequent unter Verweis auf die aktuelle Krise eingefordert wird. Wenn auch als Pro-Contra-Artikel angelegt, in dem zwei Taz-Redakteure über das Für und Wider diskutieren, ob die EU nun militärische Stärke gegen Russland zeigen müsse, ist es doch entlarvend, welche Positionen hier mittlerweile als diskussionsfähig erachtet werden. So fordert Klaus-Helge Donath in seinem Beitrag: „Russland huldigt als Staat und Gesellschaft noch immer Gewalt und Macht an erster Stelle. Soft power kennt die ‚russische Welt‘ (Putin) nur als fremde Erzählung. Wer bei Konfliktlösungen nicht auf Gewalt setzt, gilt als Schlappschwanz. Schwächlinge trifft Verachtung und es wird nachgetreten. Moskau will der Welt wieder diesen Umgang aufzwingen. Damit es nicht so weit kommen muss, sind klare Entscheidungen im Westen angesagt. Alle EU-Staaten sollten gemeinsam beschließen, den Verteidigungshaushalt um mindestens ein Drittel anzuheben, parallel zum Aufstocken konventioneller Streitkräfte und technologischer Innovationen. Das würde in Moskau zur Kenntnis genommen werden.“¹³

Was die Konstruktion des russischen Feindbildes offenbart

Bei der Auseinandersetzung mit Russland im Kontext der Ukraine-Krise geht es um mehr als um einen speziellen Ausnahmefall, nämlich um grundlegende Weichenstellungen in der EU-Außenpolitik. Im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte hat sich eine Sammlung an Begriffen (u.a. „Zivilmacht“, „Hard Power“/„Soft Power“/„Smart Power“, „Wertegeleitete Außenpolitik“)¹⁴ gebil-



„Das große Fressen“

det, deren Ziel es ist, die EU als geopolitischen, weltweit handelnden Akteur zu etablieren, ohne das Image eines auf Frieden basierenden Kontinents aufzugeben. Doch die meist ohnehin nur als Begriffskonstrukt existierende EUropäische Zurückhaltung¹⁵ (und in diesem Zusammenhang auch die vermeintliche deutsche Zurückhaltung) soll im Konflikt mit Moskau noch weiter zurückgefahren werden. Wie bereits angedeutet, ergibt sich daraus folgendes Paradox: Unter Verweis auf „verinnerlichte“ EUropäische Werte – Gewaltverzicht, Diplomatie, wirtschaftliche Unterstützung peripherer Länder und eine generelle Absage an eine Einflussphärenpolitik – kommt es zu einer ideologischen Abgrenzung gegenüber Russland; im selben Atemzug werden aber eben jene Werte rücksichtslos geopfert, da dies ein „aufgeklärter Realismus“ nun eben erfordere.

Dass die Bindewirkung der vermeintlich EUropäischen Werte weit weniger verbreitet zu sein scheint als vielfach behauptet, zeigt darüber hinaus auch, mit welcher Inbrunst mittlerweile wieder die Rückkehr zu machtpolitischen Praxen der Vergangenheit eingefordert wird. So pocht etwa der Politikprofessor Christian Hacke in der „Politischen Meinung“, dem „intellektuellen Flaggschiff im christdemokratischen Umfeld“¹⁶, geradezu auf eine Rückkehr zu den Werten des Kalten Krieges: „Inzwischen wird deutlich, dass Brüssel, Washington und andere europäische Hauptstädte zu lange an der Zielsetzung einer „strategischen Partnerschaft“ festgehalten haben. Die Hoffnung auf ein ‚Reset‘ der Beziehungen mit Moskau hat sich als weltfremd erwiesen. [...] Im demokratischen Europa ist man heute offensichtlich immer weniger bereit, für Freiheit und die internationale Ordnung Truppen bereitzustellen und das Leben von Soldaten zu riskieren. Wenn das so ist, dann gehört die Logik der Abschreckung, die im Kalten Krieg die zentrale Voraussetzung für Frieden in Europa gewesen ist, der Vergangenheit an. Welche Konsequenzen hat das?“¹⁷ Laut der hier durch Hacke vertretenen Sichtweise sind die Konsequenzen ausschließlich negativ und daher gelte es nun aktiv und offensiv zu einer „harten“ Außenpolitik zurückzukehren – und zwar nicht nur gegenüber Russland, sondern generell: „Macht und Prestige werden im Westen gern nach der Maßgabe von ‚Soft Power‘ gemessen: Good Governance und zivilisatorische Attraktivität sind hier im postmodernen Selbstverständnis richtungsweisend. Aber im Rest der Welt gehört zum Ansehen eines Landes oder einer Staatengemeinschaft auch die Fähigkeit von ‚Hard Power‘ – politische Entschlossenheit, militärische Stärke und die Bereitschaft, angesichts eklatanter Rechtsbrüche einem Bedrohten oder Schwächeren beizustehen. Rücksichtslose Machtpolitik ist leider Gottes kein Relikt der Steinzeit, sondern bleibt Teil der internationalen Realität. Wer sich nicht auf diese Realitäten einstellt, wird sich weder selbst behaupten noch die Völkerrechtsordnung wahren oder gar wiederherstellen können.“¹⁸

Wie viel bleibt bei solchen Forderungen noch von dem ideologischen Gewand der heutigen Europäischen Union übrig?

Ein kritisches Nachdenken über die Machtpolitik Moskaus ist mehr als notwendig, insbesondere wenn die durchaus berechtigten Sorgen seiner postsowjetischen Nachbarn ernst genommen werden sollen. Doch was dabei nicht aus den Augen verloren werden sollte, ist der Missbrauch der Russland-Kritik zur Durchsetzung der Militarisierung der EU. Ein kritisches Nachdenken über das als Feindbild gezeichnete Russland fängt mit der Dekonstruktion der vom Westen benutzten Distinktionsmerkmale an.

Anmerkungen

- 1 Vgl.: Rothenberg, Christian: Fischer lobt Merkel und schweigt zu Schröder ([nrv.de](#), 21.3.2014).
- 2 Ausführlicher dazu vgl.: Petersen, Mirko: Russland, quo vadis? Pragmatismus und Russophobie in Europa, eurasische und asiatische Orientierung in Russland, IMI Studie 5/2011; Ders.: Überlastung statt Reset. Zunehmende Spannungen zwischen Russland und den USA, Ausdruck 2/2013, S. 22-28.
- 3 Zitiert nach Rothenberg: Fischer lobt Merkel und schweigt zu Schröder, s.o.
- 4 Fischer, Joschka: Europa, bleibe hart! ([sueddeutsche.de](#), 30.3.2014).
- 5 Joffe, Joseph: Putins Meisterstück ([zeit.de](#), 6.3.2014).
- 6 Herzinger, Richard: Das schwärmerische Russland-Bild der Deutschen ([welt.de](#), 8.3.2014).
- 7 Joffe, Joseph: Der Regelbruch. Die Krim – altes Denken im neuen Europa ([zeit.de](#), 13.3.2014).
- 8 Vgl. dazu: Hofbauer, Hannes: EU-Ost-Erweiterung. Historische Basis – ökonomische Triebkräfte – soziale Folgen, Wien: Promedia, 2007, besonders S. 258-262.
- 9 Karaganov, Sergej: Time to End the Cold War in Europe ([Russia in Global Affairs](#), 28.4.2014).

- 10 Vgl.: Kokot, Michal: Brüssel zaudert, Moskau lacht ([zeit.de](#), 13.5.2014).
- 11 Vgl.: Sommer, Theo: Russland lehrt uns Machtprojektion ([zeit.de](#), 27.5.2014).
- 12 Maull, Hans W.: Militärische Reaktionen sind nicht gleich Kriegstreiberei ([zeit.de](#), 23.5.2014).
- 13 Was tun? ([taz.de](#), 29.4.2014).
- 14 Franco Algeri: Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Wien: Facultas, 2010. Darin lassen sich folgende grobe Definitionen für die genannten Beispiele finden: Zivilmacht: „Nicht-militärisches Handeln ist die Handlungsmaxime, wobei der Einsatz von militärischen Mitteln als letzte Möglichkeit nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden kann (S.133)“; Hard Power: „[...]basiert auf Anreizen („carrots“) und Drohungen („sticks“) (S.134)“; Soft Power: „Dahinter steht die Fähigkeit, durch Anziehung und nicht durch Zwang das gewünschte Ziel zu erreichen. [...] Die Anziehungskraft eines Soft Power ausübenden Staates ergibt sich aus dessen Kultur, den politischen Idealen und den Politiken, was sich wiederum in der entsprechenden Außenpolitik niederschlägt (S. 134)“; Smart Power: „Eine idealtypische Kombination von Hard Power und Soft Power [...] (S.135).“ Wertegelitete Außenpolitik: lässt sich von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit leiten (S.158).
- 15 Vgl. z.B. Wagner, Jürgen: A Wolf in Sheep's Clothing: European Security Strategy, in: transform! 12/2013; Ders. & Hantke, Martin: Außenpolitik aus einem Guss. Ein Militärisch-Auswärtiger Dienst zur Maximierung der europäischen Machtprojektion, IMI Studie 8/2011.
- 16 Seitz, Norbert: „Die Politische Meinung“. Intellektuelles Flaggschiff im christdemokratischen Umfeld, Deutschlandfunk, 23.6.2014.
- 17 Hacke, Christian: Revival der Hard Power. Russlands Politik fordert den Westen heraus, in: Die politische Meinung, 59. Jahrgang, Nr. 526, Mai/Juni 2014, S. 107.
- 18 Ebd., S. 112.

„Kurze chirurgische Schläge“

Bericht von einer leider wohl symptomatischen Ukraine-Veranstaltung

Am 3. Juni 2014 richteten Institute der Universität Tübingen unter Beteiligung des SFB 923 „Bedrohte Ordnungen“ und der Landeszentrale für politische Bildung ein Podium zum aktuellen Konflikt in der Ukraine aus. In Übereinstimmung mit der Mainstream-Berichterstattung machten alle Vortragenden die Moskauer Führung für die Krise verantwortlich. Westliche Interessen spielten für die Genese des Konflikts keine Rolle. Faschistische Gefahr und Antisemitismus in der Ukraine würden maßlos von der russischen Propaganda übertrieben. Denn, so meinte Professor Karl Schlögel, es gäbe schließlich ein blühendes jüdisches Leben: Dnepropetrowsk sei das „Brooklyn der Ukraine“. Was in Odessa am 2. Mai 2014 vorgefallen sei, werde von staatlicher Seite sehr genau untersucht, doch solange der Bericht darüber nicht vorläge, sei jedes Urteil verfrüht. Von einem Massaker mochte Schlögel nicht sprechen. Was das EU-Assoziierungsabkommen für die ukrainische Gesellschaft

bedeuten und welche negativen Folgen es zeitigen könnte, wurde nicht analysiert. Dr. Benno Ennker bestritt, dass es einen Staatsstreich gegeben hätte und wollte die Rolle der Oligarchen lediglich als „ambivalent“ charakterisieren. Der – allerdings russische – Oligarch Chodorkowskij habe eine hervorragende Rolle gespielt, um russische und ukrainische Intellektuelle zusammenzubringen. Von den Privatarmeen der ukrainischen Oligarchen war keine Rede. Inzwischen hat das Tübinger Uniradio einen Bericht³ über die Veranstaltung gesendet. Wie problematisch die Sicht des Podiums auf den Konflikt war, wird in dem Audiobeitrag nicht ausreichend deutlich.

Schlögel hat in diesem Jahr die Ukraine zweimal besucht und berief sich in methodischer Hinsicht auf seine langjährige Erfahrung als reisender Beobachter. An sich herrsche im Land Normalität („die Züge fahren pünktlich“). Bloß in der Ostukraine hätten fremde „Terroristen und Banditen“ Städte wie Donezk unter ihre Kontrolle gebracht. Weil die Ukraine selbst nicht dazu in der Lage sei, wünschte (!) er sich „kurze chirurgische Schläge“ des Westens gegen die Aufstän-

dischen in der Ostukraine. Denkbar sei auch der Einsatz westlicher Antiterrorkräfte. In Kiew („the place to be“) entstünde nun eine neue, westlich orientierte russische Zivilisation mit liberalen Verlagen und Intellektuellen, die aus dem repressiven Russland Putins in die Ukraine ›fliehen‹. Es sähe so aus, als ob die Ukraine das „Erbe der Kiewer Rus“ anträte. Da die Putinsche Führung überfordert und unfähig sei, da ihr es leichter gefallen sei, den Konflikt mit der Ukraine zu provozieren und die Krim zu „annektieren“ als eine Autobahn von Moskau nach St. Petersburg zu bauen, dürfe der Westen nicht abwarten, sondern müsse die Ukraine für sich gewinnen, bevor es „zu spät“ wäre.

Eine Diskussion war nicht vorgesehen. Wenige, kurze Nachfragen waren gestattet, Kommentare unerwünscht. Eine Frage aus dem Publikum zur Zusammensetzung und nach der Ausrichtung des Podiums wurde als unzulässige Herabwürdigung der Podiumsteilnehmer gewertet, deren Expertise für die Ukraine über allen Zweifel erhaben sei.

Christian Harde

„Ernüchterung, Protest und soziale Unruhen“

EU-Polizeimission in die Ukraine beschlossen

von Jürgen Wagner

Ende Juni 2014 beschloss der EU-Rat die Entsendung einer EU-Polizeimission in die Ukraine, die zur „Stabilisierung“ (sprich: Kontrolle) des Landes beitragen soll. Dies erscheint aus Brüsseler Sicht dringend notwendig, denn es deutet wenig darauf hin, dass der Konflikt zwischen der ukrainischen Regierung und den separatistischen Kräften im Osten in absehbarer Zeit beigelegt werden dürfte. Doch bei genauerer Betrachtung scheint die EU-Mission auch gegen Sozialproteste in anderen Landesteilen gerichtet zu sein.

Zwar stellte der neue Präsident Petro Poroschenko eine stärkere Föderalisierung in Aussicht (ohne allerdings zu präzisieren, wie dies konkret aussehen soll), ansonsten rückt er aber keinen Meter von seinem dezidiert pro-europäischen Kurs ab. Im Südosten sprechen sich aber lediglich knapp 25% der Bevölkerung für eine Annäherung an die EU aus, während knapp 47% einen Beitritt zur Zollunion (zwischen Russland, Weißrussland und Kasachstan) befürworten.¹ Dennoch unterzeichnete Poroschenko am 27.6.2014 in Brüssel auch die handelspolitischen Teile des Assoziationsabkommens mit der Europäischen Union, wodurch ein Beitritt zur Zollunion dauerhaft ausgeschlossen und die Ukraine (peripher) in die europäische Einflusszone integriert wird.

Erstmals forderte die damalige „Übergangsregierung“ am 20.3.2014 Unterstützung bei der Europäischen Union an. Daraufhin signalisierte der Rat für Auswärtige Angelegenheiten am 14.4.2014 die Bereitschaft, die Entsendung einer EU-Mission im Rahmen der „Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (GSVP) zur Sicherheitssektorreform in der Ukraine zu prüfen. Ziemlich genau einen Monat später wurde der Europäische Auswärtige Dienst damit beauftragt, ein Krisenmanagementkonzept auszuarbeiten, das dann am 19.6.2014 vorgelegt und am 23.6.2014 vom Rat für Auswärtige Angelegenheiten verabschiedet wurde.²

Stabilisierung der Sicherheitslage

Was sich die ukrainischen Machthaber von der Mission versprechen, zeigt ein Brief vom 8.5.2014 des damaligen Außenministers Andrii Deshchytzia an die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton, der dem EU-Krisenmanagementkonzept für die GSVP-Polizeimission als Anhang beiliegt: „Ich würde es sehr begrüßen, wenn es eine dauerhafte Unterstützung der EU geben würde, die darauf abzielt, der russischen Aggression entgegenzutreten und die innere Situation zu stabilisieren.“ Betrachtet man die Details des „Revised Crisis Management Concept for a civilian CSDP mission in support of Security Sector Reform in Ukraine“, das nun beschlossen wurde, so scheint die EU genau diese beiden Ziele im Blick zu haben.³

Als Problemaufriss präsentiert das Krisenmanagementkonzept die Lage im Land folgendermaßen: „Mit wenig Gegenwehr haben pro-russische militante Gruppen in den östlichen Regionen Lugansk und Donezk die Kontrolle über lokale Polizei-, Geheimdienst- und Verwaltungsgebäude übernommen, die Geburt einer selbsternannten unabhängigen Republik erklärt und zunehmend gewalttätige Handlungen gegen ukrainische Sicherheitskräfte verübt. Die ukrainischen Vollzugsbehörden haben sich als unfähig erwiesen, Recht und Ordnung wieder herzustellen.“ (Artikel 5)

Diesem aus EU-Sicht misslichen Zustand, in dem der freundlich gesonnenen Regierung die Kontrolle über wesentliche Teile des Landes entglitten ist, zu beheben, scheint das Kernanliegen der EU-Polizeimission zu sein: „Das strategische Ziel besteht darin, Bedingungen zu schaffen, die eine stabilisierte Sicherheitslage ermöglichen sowie die Wiedereinführung des Primats der Rechtsstaatlichkeit und die Verbesserung der Fähigkeiten der ukrainischen Behörden, die adäquate und demokratische Kontrolle der Institutionen zu gewährleisten, die mit der inneren Sicherheit befasst sind.“ (Absatz 44)

Strategische Beratung und Anleitung

Im Rahmen der Polizeimission sollen „Strategische Berater“ entsendet werden: „Zur Unterstützung der ukrainischen Bereitschaft zur Sicherheitssektorreform wird die nicht-exekutive zivile GSVP-Mission die relevanten Institutionen bei der Ausarbeitung neuer Sicherheitsstrategien und bei der Implementierung wesentlicher, umfassender und schlüssiger Reformanstrengungen beraten und anweisen (mentor and advise).“ (Artikel 48)

Über die Finanzierung der zunächst auf zwei Jahre mandatierten Polizeimission macht das Krisenmanagementkonzept keine Angaben, außer dass das Budget dem GASP-Haushalt entnommen werden soll. Der Umfang wird mit 40 „strategischen Beratern“ angegeben, die zunächst in Kiew stationiert sein werden. Ob weitere hinzukommen werden, sobald auch eine Präsenz in anderen Regionen wie vorgesehen etabliert ist, ist dem Konzept nicht zu entnehmen. Weiter heißt es zwar, „die EU-Mission wird sich nicht auf Bereiche der Reform des Verteidigungssektors erstrecken“ (Artikel 49), andererseits wird allerdings betont, „besonders die Koordination mit Akteuren die sich mit anderen Aspekten des Sicherheitssektors (Verteidigung) befassen, wird von zentraler Bedeutung sein.“ (Artikel 52)

Unter der Überschrift „Mögliche Risiken für die Missionsziele“ findet sich eine Passage, die zeigt, dass nicht nur die Ost-Ukraine im Visier der Mission ist: „Sollten die ukrainischen Behörden nicht in der Lage sein, die legitimen Ansprüche der Bevölkerung, egal ob sie aus dem Westen oder Osten stammen und ob sie diese Regierung unterstützen oder nicht, auf effiziente und rechtsbasierte Fähigkeiten ihrer Strafverfolgungseinrichtungen einzulösen, existiert mittel- bis langfristig die Gefahr von Ernüchterung, Protest und sozialen Unruhen.“ (Artikel 73) Mit dem dezidiert pro-europäischen Kurs, besonders aber mit dem sozialen Kahl-schlag, der der Ukraine nun auf Verlangen des Internationalen Währungsfonds verordnet wurde, werden – mit voller Unterstützung der EU – „Ernüchterung, Protest und soziale Unruhen“ jedoch billigend in Kauf genommen, ja geradezu herbeigeführt. Und genau um den Folgen dieser Politik begegnen zu können, scheint die EU-Polizeimission nun beschlossen worden zu sein.

Anmerkungen

- 1 [The views and opinions of South-Eastern regions residents of Ukraine](#), Kiev International Institute of Sociology, April 2014.
- 2 [EU prepares civilian mission to assist security sector reform in Ukraine](#), Luxembourg, 23.6.2014 (11156/14), Presse 355.
- 3 [European External Action Service: Revised Crisis Management Concept for a civilian CSDP mission in support of Security Sector Reform in Ukraine](#), Brussels, 19.6.2014. Die folgenden Artikelangaben in Klammern beziehen sich auf dieses Dokument.

NATO 2014: Ein Kriegsbündnis vor seinem Gipfeltreffen

von Tobias Pflüger

Der NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen hat die neue Linie der NATO am 14. Juni 2014 gegenüber der spanischen Zeitung „El País“ auf den Punkt gebracht: Es sei „deutlich, dass Russland uns als seinen Feind ansieht.“ Diese Feindwahrnehmung untermauert die NATO derzeit auf allen Ebenen. Der Ukraine-Konflikt ist dazu willkommen Anlass. Es werden verstärkt Manöver an den Grenzen zu Russland abgehalten. Gleichzeitig ruft der NATO-Generalsekretär dazu auf, die Militärausgaben zu erhöhen. Die NATO befindet sich auf Aufrüstungs- und Kriegskurs. Rasmussen meinte, die NATO-Minister seien sich einig, „dass es mehr Patrouillen auf See und in der Luft geben müsse sowie mehr Manöver und Ausbildung“. Und all dies „von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer und zum Mittelmeer“. Die schnelle Eingreiftruppe „Nato Response Force“ (NRF) solle „rascher einsetzbar sein“, die Aufklärung müsse „verbessert werden und Militärmaterial sowie Versorgungsgüter“ müssten „für den Fall des Falles bereitgehalten werden“. Dazu gehöre „auch das Vorbereiten möglicher Stützpunkte.“ So heißt es in einem Bericht über das Brüsseler Vorbereitungstreffen der NATO-Militärminister in Vorbereitung auf den NATO-Gipfel im September.

Mehr Manöver – mehr Kriegsübungen

Die Regierungen der östlichen NATO-Staaten, allen voran die der baltischen Staaten, fordern eine langfristige Stationierung von NATO-Truppen an den Grenzen zu Russland. Die deutsche Ministerin Ursula von der Leyen ist da nicht abgeneigt. Sie forderte schon im März: „Jetzt ist für die Bündnispartner an den Außengrenzen wichtig, dass die Nato Präsenz zeigt.“ Kurze Zeit



An der NATO-Übung „Breeze 2014“ beteiligte Schiffe.
Foto: NATO

später wurde die Stationierung von sechs Eurofightern der Bundeswehr zugesagt. Ab September werden sie aus Lagerlechfeld kommend in den baltischen Staaten „Patrouille fliegen“. Der viermonatige Einsatz sei eine „Antwort der Nato auf die Krise in der Ukraine und die Verstärkung der

russischen Truppen in der Grenzregion.“ Da nach Angaben der NATO derzeit keine „permanente Stationierung von Nato-Kräften in Osteuropa beabsichtigt ist“, soll es „längere und größere Manöver und regelmäßig multinationale Trainingsmaßnahmen mit rotierender Beteiligung im Osten geben. Außerdem soll die Aufklärung durch Flugzeuge und Schiffe verbessert werden.“

Mitte Mai 2014 berichtete darüber hinaus der Spiegel über ein internes NATO-Papier, in dem Russland mehr oder minder offen als Gegner beschrieben wird: „Russlands Fähigkeit und Absicht, ohne große Vorwarnung bedeutsame Militäraktionen zu unternehmen, stellt eine weitreichende Bedrohung für den Erhalt von Sicherheit und Stabilität in der Euro-Atlantischen Zone dar“, heißt es demnach in einem Entwurf des Nato-Verteidigungsplanungsausschusses. „Russland ist fähig, kurzfristig und an beliebigem Ort eine militärische Bedrohung von lokaler oder regionaler Größe aufzubauen“, so der vorläufige Bericht weiter.“

Die USA haben Anfang Juni 2014 bereits eine „European Reassurance Initiative“ im Gesamtumfang von bis zu 1. Mrd. Dollar ins Leben gerufen, um „Alliierte und Partner der NATO“ zu unterstützen. Zu den hiervon finanzierten Maßnahmen sollen gehören: Verstärktes Training und größere Präsenz vor allem in Osteuropa; Entsendung von „US-Planern“ nach Osteuropa; Ausbau vorwärtsstationierten Materials in Osteuropa zur Verkürzung von Reaktionszeiten; höhere Beteiligung der US Navy im NATO-Rahmen; und der Ausbau der Kapazitäten von „Partnern“, damit sie besser im Einklang mit der NATO operieren können.

Wie das konkret aussehen kann, hat die NATO Anfang Juli 2014 mit ihrem Manöver „Brise 2014“ im Schwarzen Meer gezeigt. An dem Seemanöver waren Kriegsschiffe aus der Türkei, den USA, Großbritannien, Italien, Griechenland, Bulgarien und Rumänien beteiligt. Die NATO gibt offen zu, dass das lange geplante Manöver „im Lichte der aktuellen Ereignisse umso bedeutsamer geworden“ sei. Dem Neuen Deutschland wurde auf Nachfrage darüber hinaus bestätigt, dass sich auch die Bundeswehr an dem NATO-Manöver „Rapid Trident“ beteiligen wird, das vom 11. bis zum 28. September 2014 im Westen der Ukraine stattfinden soll. Teilnehmen werden nach Auskunft 16 Länder mit zusammen 1300 Soldaten. Doch es bleibt nicht bei NATO-Manövern.

Ausstattung der Ukraine – Aufrüstung der NATO

Die Ukraine wird von den NATO- und EU-Staaten mit „Militärtechnik“ und Waffen ausgestattet. Dazu war vom damaligen Außenminister Andrej Deschtschiza im März eine Bedarfsliste vorgelegt worden. Doch es sollen vor allem die NATO-Mitgliedsstaaten aufrüsten. Zum kommenden NATO-Gipfel, der am 4. und 5. September 2014 in Newport in Wales stattfindet, kündigte der NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen an, dass bei diesem Treffen die Erhöhung der Militärausgaben in allen NATO-Staaten „ein wichtiger [Tagesordnungs-] Punkt“ sein würde. Rasmussen wörtlich: „Ich erwarte, dass beim Gipfel Entscheidungen getroffen werden, dass es Selbstverpflichtungen beim Gipfel geben wird.“

Im bereits erwähnten und im Spiegel zitierten Papier des Nato-Verteidigungsplanungs-Ausschusses wird beklagt, das Bündnis hätte den falschen Schluss gezogen, „dass jene Fähigkeiten reduziert werden könnten, die dazu benötigt werden, in konventionellen, großangelegten, hochintensiven Konflikten in Europa zu kämpfen“. In einigen Fällen seien „ganze Fähigkeitsbereiche aufgegeben oder umfangreich reduziert worden“. Einer Rückkehr zum Rüstungswetlauf des Kalten Krieges scheinen auch deutsche Politiker nicht abgeneigt zu sein. So beklagt etwa Rainer Arnold, der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, ganz im Sinne der NATO: „Wir müssen darüber nachdenken, ob das unkontrollierte Absenken der Panzerflotte innerhalb der Nato richtig war.“

Interessant dabei: Die Mitgliedsstaaten sollen zwei Prozent ihres jeweiligen Bruttoinlandsprodukts für Militär und Rüstung ausgeben – Deutschland liegt bei 1,3 Prozent. Polen, Lettland, Litauen und Rumänien hätten – so der NATO-Generalsekretär – bereits politische Entscheidungen getroffen, um das Ziel von zwei Prozent zu erreichen. „Alle Mitglieder müssen ihre Prämien zahlen. Und die Prämien sind gerade gestiegen.“ Doch für was soll das neue Geld ausgegeben werden?

Ausbau der schnellen Eingreiftruppe der NATO-Armee

Unter anderem soll – das sagt der militärische Oberbefehlshaber der NATO, der US-General Philip Breedlove – „die Reaktionsfähigkeit und die Bereitschaft der Nato-Truppen“ erhöht werden. „Es kann sein, dass wir von einer Reaktionsfähigkeit von Tagen anstatt von Wochen oder Monaten reden müssen“. Eine Stationierung im Osten der NATO wird angedacht, um – so wörtlich – „im Ernstfall schnell genug antworten können.“ Weiter: „Wir müssen überlegen, ob wir Kräfte im Osten haben wollen“. Zentral ist aber der Ausbau der schnellen Eingreiftruppe der NATO (Nato Response Force) von derzeit rund 25.000 Mann, die als Stand-By-Truppe jahresweise rotierend aus verschiedenen Nato-Ländern zusammengesetzt ist. Breedlove: „Wir brauchen eine Eingreiftruppe, die sehr reaktionsfähig ist. Vielleicht muss nicht die gesamte Eingreiftruppe darüber verfügen, aber einige Teile sollten eine sehr hohe Bereitschaft und Reaktionsfähigkeit haben.“

Offen: NATO-Beitritt der Ukraine und Georgiens

2008 hatte die NATO noch einen Beitritt Georgien und der Ukraine versprochen. Zumindest für die Ukraine ist das in weiterer Ferne. Hier wird nun mit dem EU-Assoziationsabkommen der Weg der Annäherung – nicht der Mitgliedschaft (!) – an die EU gegangen. Wobei dieses Abkommen ausdrücklich auch eine militärische Zusammenarbeit vorsieht. Mit dem „Membership Action Plan“ werden neue Mitglieder auf den Beitritt zur NATO vorbereitet. Georgien ist da eifrig dabei. Und nun soll eine enge Kooperation Georgiens mit der NATO vereinbart werden. Es geht um ein ganzes Maßnahmenpaket. Der stellvertretende Vorsitzende des Verteidigungsausschusses Karl A. Lamers von der CDU berichtet von einer Verbesserung der „Interoperabilität der georgischen Streitkräfte mit der NATO“, einem Ausbau des NATO-Verbindungsbüros in Tiflis und einem gesonderten Gremium zwischen Georgien und der NATO. Auch soll Georgien mit neuen NATO-kompatiblen Waffen ausgerüstet werden.

Auch die Heranführung, möglicherweise sogar die Aufnahme weiterer Länder der Region wird augenscheinlich ernsthaft erwogen. So fasste der Spiegel Anfang April den Kerngehalt eines weiteren vertraulichen NATO-Dokuments folgendermaßen zusammen: „Die Nato öffnet sich noch stärker gen Osteuropa.

Ein vertrauliches Papier sieht Armeeübungen mit Staaten wie Moldau oder Armenien vor. Am Ende könnte sogar der Beitritt zu dem Verteidigungsbündnis stehen – ein klares Signal an Moskau.“

Probleme: Afghanistan – das Debakel der NATO

Offiziell soll der NATO-Einsatz ISAF in Afghanistan 2014 – also in diesem Jahr – beendet werden. Die zwischendurch mal weit über 100.000 Soldaten sollen offiziell abgezogen werden. Nach 13 Jahren Krieg, so die NATO, sei alles besser in Afghanistan. Neben ungezählten afghanischen Zivilisten – darunter die Opfer von Kunduz – sind in Afghanistan 3500 Nato-Soldaten – darunter 54 Bundeswehrsoldaten – ums Leben gekommen. Zehntausende der Soldaten sind traumatisiert. 900 Milliarden Dollar hat der Afghanistan-Einsatz gekostet, der wohl kostspieligste „asymmetrische Krieg der Neuzeit“. Interessant: Selbst ein Bundesminister – der Entwicklungshilfeminister Gerd Müller – beklagt das krasse „Missverhältnis zwischen militärischen Ausgaben und Aufwendungen für einen zivilen Wiederaufbau“. Die Sicherheitslage in Afghanistan ist desolat. Dazu kommt, der Ausgang der Präsidentschaftswahlen ist unklar. Es gibt offen Streit, wer gewonnen hat. Die NATO und die Bundeswehr werden Soldaten in Afghanistan lassen – beendet ist das Debakel nicht.

Bundeswehr als führende NATO-Armee

Deutschland war (und ist) als drittgrößter Truppensteller maßgeblich am Afghanistankrieg beteiligt. Mehr noch: In diesem Krieg ist die Bundeswehr „erwachsen“ geworden, sie hat sich als kriegsführungsfähig und -willig erwiesen und somit für weitere Aufgaben empfohlen, wie Martin Zapfe von der „Eidgenössischen Hochschule Zürich“ konstatiert: „Seit dem Ende der territorialen Bedrohung der Bundesrepublik und der Bündnisgebiete richtete sich die Bundeswehr Schritt für Schritt auf Auslandseinsätze aus. In den 1990er-Jahren waren dies primär die Operationen auf dem Balkan, gipfelnd im Luftkrieg um den Kosovo, an dem Bundeswehrflugzeuge massgeblich beteiligt waren. Nach 2001 standen die Operationen in Afghanistan im Mittelpunkt. Die ISAF-Mission am Hindukusch stellt nicht nur den längsten Einsatz der Bundeswehr dar; sie sah auch die intensivsten Gefechte deutscher Streitkräfte seit dem Zweiten Weltkrieg. Kurz gefasst: In Afghanistan hat die Bundeswehr das Kämpfen gelernt.“

Die Bundeswehr spielt ganz generell innerhalb der NATO eine führende Rolle: US-General Philip Breedlove äußerte sich lobend über Deutschland. Die Bundeswehr habe sich „großartig“ an den Nato-Operationen im Kosovo und in Afghanistan beteiligt. Breedlove: „Dafür gebührt Deutschland unser Dank.“ Die Bundeswehr verfüge über ausgesprochen fähige Landtruppen: „Sie werden auch in Zukunft einen sehr wichtigen Teil der Nato-Bodentruppen bilden.“ Ob deutsche Truppen künftig auch in Osteuropa zum Einsatz gelangen, ließ der General offen.

Aktivitäten gegen den NATO-Gipfel

In dieser Situation wollen sich die Staats- und Regierungschefs am 4./5. September bei Newport in Wales zum NATO-Aufrüstungs-Gipfel treffen. Dagegen wird es natürlich internationalen Protest und Widerstand geben, mit einem Gegengipfel, mit einer Großdemonstration, einem Camp und Aktionen zivilen Ungehorsams vom 31. August bis 5. September. In Deutschland findet zur gleichen Zeit der Antikriegstag bzw. der Weltfriedenstag statt. Der NATO-Aufrüstungs-Gipfel wird dort Thema sein.

Krachend gescheitert

Demokratisierungsrhetorik und Besatzungsrealität in Afghanistan

von Michael Schulze von Glasfer und Jürgen Wagner

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist nicht vollkommen sicher, ob sich die westlichen Truppen Ende 2014 tatsächlich wie zuletzt angekündigt vollständig aus Afghanistan zurückziehen werden.¹ Dennoch ist eine – wenn auch vorläufige – Bilanz des 13jährigen Krieges dringend erforderlich. Allein die bisherigen finanziellen und menschlichen Kosten des Einsatzes waren für den Westen enorm: So starben bislang über 3.500 westliche Soldaten² in einem Krieg, für den die USA einschließlich des Haushaltsjahres 2014 insgesamt 707 Mrd. Dollar³ und Deutschland über 8. Mrd. Euro⁴ aufgewendet haben, wobei es sich hier nur um die direkten Kosten handelt, während die indirekten Ausgaben bei weitem höher liegen.⁵

Ungleich fataler wirkt sich der Krieg allerdings auf Afghanistan und vor allem seine Bevölkerung aus. Doch glaubt man dem regelmäßig erscheinenden „Fortschrittsbericht Afghanistan“ der Bundesregierung, war es das alles „wert“. Obwohl es teils natürlich noch Verbesserungsspielraum gäbe, seien in allen relevanten Bereichen große Fortschritte erzielt worden, so auch der Tenor des jüngsten Berichts vom Januar 2014. In ihm werden vier „Hauptziele“ genannt, die es zu verwirklichen gelte: „(1) Herstellung von Sicherheit, (2) Stärkung demokratischer Strukturen, (3) Förderung von Wirtschaftswachstum und (4) Förderung von Rechtsstaatlichkeit sowie Stärkung von Menschenrechten, insbesondere Frauenrechten.“⁶

Natürlich ließe sich zu Recht fragen, ob es sich bei diesen offiziellen Zielen um die tatsächlichen Motive hinter dem Einsatz handelte, was getrost bezweifelt werden darf.⁷ Auch ist es durchaus diskussionswürdig, woraus eigentlich das „Recht“ abgeleitet wird, einem Land und seiner Bevölkerung die eigenen Ordnungsvorstellungen aufdrücken zu wollen, so richtig diese einem selbst auch erscheinen mögen. Im Folgenden soll aber vor allem dargelegt werden, dass der Einsatz auch gemäß der offiziell formulierten Ziele nur als krachend gescheitert bezeichnet werden kann. Dies soll zunächst cursorisch für die Bereiche „Sicherheit“, „Wirtschaftswachstum“ und „Stärkung von Menschenrechten“ aufgezeigt werden.

Alle drei Aspekte bilden wichtige Fundamente, ob die „Stärkung demokratischer Strukturen“ gelingen kann, auf die im anschließenden Hauptteil des Textes ausführlich eingegangen wird. Dabei wird zunächst herausgearbeitet, dass die Demokratisierung Afghanistans ohnehin zu keinem Zeitpunkt ein vorrangiges Ziel der westlichen Besatzung war. Dies spiegelte sich auch früh in der Art und Weise, welche Prioritäten beim Aufbau des politischen Systems gesetzt wurden. Afghanistans „defekte Demokratie“ zeigt sich nicht nur in den Strukturen, sondern auch ganz konkret bei den beiden Parlamentswahlen (2005 und 2010) sowie den bisher drei Präsidentschaftswahlen (2004, 2009 und 2014).

Aus diesen Betrachtungen ergibt sich ein abschließendes Fazit, das überaus negativ ausfällt und – wie auch für die anderen Bereiche – ein weitgehendes Scheitern der offiziellen Einsatzziele offenbart. So dies je ernsthaft beabsichtigt wurde, hat die westliche Besatzung in ihrem Bestreben, eine „Stärkung demokratischer Strukturen“ zu erreichen, vollkommen versagt, wie etwa auch der Afghanistan-Experte Thomas Ruttig kritisiert:

„Afghanistans staatliche Institutionen sind weiterhin schwach. Nach dem massiven Wahlbetrug 2009 und 2010 erlitten Präsident Karzai und seine Regierung erhebliche Legitimitätsdefizite. Die Gewaltenteilung funktioniert nicht, der Rechtsstaat ist schwach. Die Regierungsführung ist von

Patronage bestimmt und ineffizient. [...] Demokratische Kräfte haben es praktisch aufgegeben, am gegenwärtigen politischen System teilzunehmen. So war unter den ursprünglich 27 Präsidentschaftskandidaten für die Wahl 2014 nur ein einziger Vertreter einer demokratischen Partei, doch er gehört zu den 17, die bereits disqualifiziert wurden.“⁸

Afghanistan: Arm, unsicher, unmenschlich

Liest man die Zusammenfassung des Auswärtigen Amtes zur wirtschaftlichen Lage in Afghanistan, so wird allein hieraus bereits deutlich, dass dort keine „blühenden Landschaften“ entstanden sind: „Afghanistan ist nach wie vor eines der ärmsten Länder der Welt und belegte 2012 im ‚Human Development Index‘ (HDI) den 175. Platz unter 187 Staaten. Die wirtschaftliche Entwicklung Afghanistans wird trotz hoher jährlicher Wachstumsraten weiterhin nicht durch ein selbsttragendes Wirtschaftswachstum, sondern durch die Zuflüsse aus der internationalen Gebergemeinschaft stimuliert. Industrieproduktion ist kaum vorhanden, 80% der Bevölkerung sind im landwirtschaftlichen Bereich tätig.“⁹

Tatsächlich wird das afghanische Wirtschaftswachstum häufig als Erfolgsmeldung gehandelt. Das Auswärtige Amt weist zwar in diesem Zusammenhang wenigstens darauf hin, dass es sich hier nicht um selbsttragende Steigerungen handelt, unerwähnt bleibt aber, dass das BIP-Wachstum stark rückläufig ist (2013: 3,6%; 2014 geschätzt 3,2%) und deutlich hinter der Inflationsrate zurückbleibt (2013: 7,4%; 2014 geschätzt 6,1%).¹⁰ Die „kaum vorhandene Industrieproduktion“ ist nicht zuletzt ein Ergebnis der von den westlichen Staaten verordneten radikal-neoliberalen Wirtschaftsgesetzgebung, die wenig bis nichts zu einer eigenständigen Wirtschaftsentwicklung beiträgt – im Gegenteil. Hierdurch wird der Aufbau einer eigenständigen Industrie massiv erschwert wenn nicht gar unmöglich gemacht.¹¹ Außerdem haben die im Zuge des neoliberalen Staatsaufbaus zudem eingeführten niedrigen Zollsätze und Steuern zur Folge, dass der afghanische Haushalt extrem eng bemessen ist (2,333 Mrd. Dollar im Jahr 2012), zumal ihm ungleich höhere Ausgaben gegenüberstehen (4,122 Mrd. Dollar im Jahr 2012).¹²

Ferner verblissen die Entwicklungshilfegelder schon für sich betrachtet gegenüber den enormen Summen, die für den Krieg aufgewendet wurden – im Falle der USA beziffert sich dies konkret auf ein Verhältnis von 707 Mrd. Dollar zu 37 Mrd. Dollar. Noch schwerer wiegt, dass der Großteil dieser „Hilfsgelder“ nicht etwa der wirtschaftlichen (geschweige denn der sozialen) Entwicklung des Landes zugutekam, sondern entweder direkt in den Sicherheitssektor oder in die Taschen westlicher „Aufbauunternehmen“ floss, die sich hieran schamlos bereicherten¹³: „Allerdings verweist die Weltbank darauf, dass ‚Ausgaben ‚für‘ Afghanistan nicht Ausgaben ‚in‘ Afghanistan‘ sind. ‚Die meisten Hilfsgelder (sowohl zivile Hilfe als auch Sicherheitsunterstützung), einschließlich jener, die im Land kontraktiert werden, haben einen niedrigen einheimischen Wirtschaftsanteil. Vieles kommt entweder niemals herein oder es fließt, [über] internationale Bereitsteller von Gütern und Dienstleistungen, Importe und



Auch im „Verantwortungsbereich“ der deutschen Truppen im Norden Afghanistans hat die Intensität der Kampfhandlungen in jüngster Zeit eher zu- als abgenommen. Foto: Ryan Tabios, ISAF über Wikipedia

Profitabflüsse direkt wieder heraus und limitiert so den Einfluss auf die [einheimische] Wirtschaft. [...] Nur 38 Cent jedes Dollars erreichen die lokale Wirtschaft.“¹⁴

Dies alles trägt dazu bei, dass die soziale Situation der Mehrheit der afghanischen Bevölkerung nur als verheerend bezeichnet werden kann: „Ca. 7,4 Millionen der offiziell etwa 26 Mio. Einwohner leiden unter akutem Nahrungsmangel, weitere 8,5 Mio. sind davon bedroht. 60 Prozent der Kinder sind mangelhaft ernährt. Nur 27 Prozent der Bevölkerung haben Zugang zu sauberem Trinkwasser, fünf Prozent zu hygienischen Sanitäreinrichtungen.“¹⁵

Vor diesem Hintergrund ist es umso problematischer, dass vollkommen unklar ist, wie sich diese Situation unter den – zumindest vom Westen angestrebten – Bedingungen zum Besseren ändern soll. Ein wesentlicher Grund hierfür ist, dass die afghanischen Regierungstruppen (Armee und Polizei, ANSF), die künftig den Kampf gegen regierungsfeindliche Kräfte ganz oder wenigstens zu große Teilen übernehmen sollen, aus dem afghanischen Budget nicht zu finanzieren ist. Obwohl der Löwenanteil von westlicher Seite übernommen wird, fressen sie schon heute knapp ein Viertel des ohnehin nicht ausreichenden jährlichen Haushaltes auf: „Internationale Geber und Afghanistan selbst haben nach aktuellem Stand insgesamt über 3,3 Mrd. US-Dollar pro Jahr bis Ende 2017 in Aussicht gestellt, davon mindestens 500 Mio. US-Dollar aus dem afghanischen Staatshaushalt. Die USA werden voraussichtlich rund 2 Mrd. US-Dollar pro Jahr beitragen. Zudem haben die USA in Aussicht gestellt, die Differenz auszugleichen, so dass das ANSF-Jahresbudget von voraussichtlich 5,5 Mrd. US-Dollar zunächst bis 2017 in voller Höhe zur Verfügung steht.“¹⁶

Was die Bilanz der Sicherheitslage anbelangt, sieht es leider keinen Deut besser aus: Schockierend ist zunächst einmal die ungeheure Zahl an afghanischen – und pakistanischen, weil die Kriegsschauplätze (AFPAK) nicht voneinander zu trennen sind – Menschen, die dem westlichen Kriegseinsatz zum Opfer fielen. Ein Versuch von Lühr Henken vom Bundesausschuss Friedensratschlag, die verschiedenen Studien zum Thema auszuwerten, ergab folgende erschreckende Ergebnisse: „Addieren wir die für den Bereich AFPAK bestimmten Schätzungen ergibt sich eine Gesamtbilanz von 265.000 bis 330.000 Kriegstoten.“¹⁷ Auffällig ist dabei auch die unglaublich hohe Zahl an Zivilopfern, die der vermeintlich an der Vermeidung von „Kollateralschäden“ orientierten westlichen Kriegspolitik Hohn spricht: „Der Zahl von 108.000 getöteten Kombattanten steht die größere Zahl von

157.000 bis 221.000 getöteten Nichtkombattanten gegenüber. Die Zahl der getöteten Unbeteiligten liegt also um 50 bis 100 Prozent über der Zahl der getöteten Kombattanten.“¹⁸

Auch die Intensität der Kampfhandlungen ist, wenn überhaupt, nur wenig zurückgegangen – auch dies steht im Widerspruch zu dem sorgsam im Westen gepflegten Bild. Wichtigste Bezugsgröße hierfür ist die Zahl der bewaffneten Zusammenstöße zwischen dem afghanischen Widerstand und westlichen oder afghanischen Pro-Regierungs-Truppen („Sicherheitsvorfälle“). Laut UN-Angaben stiegen diese von 1750 im Jahr 2005 auf knapp 20.000 im Jahr 2010 und erreichten mit 24.940 Vorfällen 2011 ihren Höhepunkt. 2012 und 2013 hatte die Intensität der Kampfhandlungen mit etwa 20.000 Sicherheitsvorfällen nur wenig abgenommen und für den ersten Teil des Jahres 2014 vermelden die Vereinten Nationen sogar einen neuerlichen Anstieg um etwa ein Viertel.¹⁹ Dem vernichtenden Fazit Hamid Karzais zur Sicherheitslage in seinem Land ist vor dem Hintergrund dieser Zahlen wenig hinzuzufügen: „An der Sicherheitsfront hat das ganze NATO-Unternehmen Afghanistan eine Menge Leiden gekostet, eine Menge an menschlichem Leben und keinen Zugewinn, denn das Land ist nicht sicher.“²⁰

Ganz generell ist die Menschenrechtssituation, deren Verbesserung sich die Bundesregierung ebenfalls auf die Fahnen geschrieben hat, überaus problematisch. So heißt es im aktuellen Afghanistan-Bericht von Human Rights Watch: „Innerhalb des letzten Jahres ist ein labiler und abnehmender Respekt vor Menschenrechten im Land zu beobachten. Dies äußert sich in Angriffen auf Frauenrechte, zunehmende Vertreibungen und Migrationsbewegungen sowie der schwächeren Effizienz der Afghanistan Independent Human Rights Commission (AIHRC). Strafflosigkeit für Menschenrechtsverletzungen sind für Sicherheitskräfte der Regierung und andere bewaffnete Gruppen die Regel.“²¹

Dies betrifft besonders die Lage der Frauen in Afghanistan: „2010 hatte Afghanistan laut UNESCO-Angaben den weltweit niedrigsten Wert in der Geschlechtergleichheit; in den Berichten für 2011 und 2012 gibt es keine Angaben mehr dazu.“²² Laut AIHRC sind im Jahr 2013 die Gewalttaten gegenüber Frauen gegenüber dem Vorjahr um 25 Prozent angestiegen.²³ Bezeichnend ist zudem, wie mit Initiativen umgegangen wird, die eine Verbesserung der Lage anstreben: „Das sogenannte ‚Gesetz zur Eliminierung von Gewalt gegen Frauen‘ sollte afghanischen Frauen Schutz gegen Gewalt einräumen und kriminelle Vergehen, wie Zwangsheirat und sexuelle Gewalt bestrafen. Im Vor-



Kommissionschef Barroso und Hamid Karzai bei dessen erster Wahl 2005. Foto: Europäische Union

jahr [2013] lag es dem afghanischen Parlament zur endgültigen Verabschiedung vor. Die Mehrheit der Abgeordneten stimmte dagegen.“²⁴

Auf der Verbesserung der Frauenrechte lag allerdings ohnehin nie – abseits rhetorischer Floskeln in Richtung westlicher Zielgruppe – irgendeine Priorität des westlichen Einsatzes. So kritisierte die afghanische Parlamentarierin und Frauenrechtlerin Malalai Joya: „Die USA und ihre Verbündeten nahmen die Not der afghanischen Frauen als Begründung für ihren Angriff gegen Afghanistan, behauptete den afghanischen Frauen Freiheit gebracht zu haben. Aber das ist nichts als eine Lüge. Das Land ist in den Händen von Warlords und Drogenbaronen, die bis auf die Knochen frauenfeindlich sind. [...] Die Frauen leiden mehr denn je. Die Selbstmordrate unter Frauen war noch nie so hoch.“²⁵

All diese Aspekte – die Sicherheit im Land, die soziale Situation sowie die Achtung der Menschenrechte – spielen eine wichtige Rolle bei der Frage, ob in einem Land ein funktionierendes demokratisches System Fuß fassen kann.²⁶ Und angesichts der diesbezüglichen Bilanz sollte es nicht verwundern, dass dies in Afghanistan bislang allenfalls in kleinsten Ansätzen der Fall ist.

Demokratisierung: Ungewollt und (deshalb) schlecht gemacht

Am 11. September 2001 steuerten Flugzeuge in die Gebäude des „World Trade Centers“ in New York und in das Gebäude des US-Verteidigungsministeriums, das „Pentagon“, eine weitere entführte Maschine stürzte in Pennsylvania ab. Verantwortlich gemacht wurde für diese Taten die islamistische Terrororganisation „Al Kaida“, woraufhin die NATO erstmals in ihrer Geschichte den „Bündnisfall“ laut Artikel 5 des NATO-Vertrags von 1949 ausrief.²⁷ Obwohl die Taliban-Regierung sowohl vor²⁸ als auch noch unmittelbar nach den Anschlägen die Auslieferung von Al Kaida-Chef Osama Bin Laden angeboten hatte²⁹, zielte der unter Führung der USA am 7. Oktober 2001 begonnene Krieg gegen Afghanistan von Anfang an auch auf die Beseitigung der Machthaber in Kabul ab. Da die Taliban kaum Widerstand leisten konnten, fielen die afghanische Hauptstadt und die Provinzhauptstädte Kandahar und Kunduz im November und Dezember 2001 in die Hände der westlich-geführten Militärintervention, womit die Hauptkampfhandlungen beendet waren. Am 20.

Dezember 2001 beschloss der UN-Sicherheitsrat die später von der NATO übernommene ISAF-Mission, um zunächst Kabul und anschließend das ganze Land militärisch unter Kontrolle zu halten.

Von „Demokratieförderung“ als Missionsziel war dabei lange Zeit keine Rede: In der Resolution 1368 des UN-Sicherheitsrats vom 12. September 2001 mit dem Titel „Durch terroristische Handlungen verursachte Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit“ sowie der ergänzenden Resolution 1373 vom 28. September 2001, die zur westlichen Intervention in Afghanistan führten, wird eine Verbesserung der Sicherheitslage des Westens als Begründung angeführt, nicht aber eine Demokratisierung des Landes am Hindukusch.³⁰ Auch der Diplomat Michael McFaul, bis Anfang 2014 US-Botschafter in Russland, machte in seinem Buch „Advancing Democracy Abroad“ darauf aufmerksam, dass nicht die Förderung von Demokratie bei der westlichen Intervention in Afghanistan im Fokus stand, sondern vielmehr kurzfristige Sicherheitsinteressen des Westens das Motiv für den Einmarsch waren.³¹

Erst nach dem Sturz des Taliban-Regimes schrieben sich die Besatzungsmächte, die zeitweise mit über 130.000 vornehmlich westlichen Soldaten präsent waren, das Ziel auf die Fahnen, in Afghanistan ein funktionierendes demokratisches System aufbauen zu wollen. Die Motive hierfür können entweder darin bestanden haben, dies ernsthaft beabsichtigt zu haben oder darin – angesichts wachsender Kritik an der „Heimatfront“ –, eine von der Öffentlichkeit eher akzeptierte Legitimation der militärischen Dauerpräsenz präsentieren zu können. Doch an der „Ehrbarkeit“ der westlichen Motive bestehen erhebliche Zweifel, da sich in der Praxis von Anfang an zeigte, dass Demokratieförderung in Afghanistan wenn überhaupt nur eine vollkommen untergeordnete Rolle spielte.

Das heutige politische System Afghanistans kann mit Fug und Recht als „Kind der Besatzung“ bezeichnet werden. Seine Ursprünge liegen im „Übereinkommen über vorläufige Regelungen in Afghanistan“, das im November und Dezember 2001 – kurz nach der Entmachtung des Taliban-Regimes – auf der auf dem Petersberg bei Bonn stattfindenden „Afghanistan-Konferenz“ verabschiedet wurde. Der Beschluss regelte den Aufbau staatlicher Strukturen am Hindukusch. Wie detailliert das Übereinkommen war, soll hier auszugsweise der Abschnitt über die

Das afghanische Parlament.
Foto: Wikipedia, public domain



Zusammensetzung der Interimsregierung zeigen, der zudem deutlich macht, wie die westlichen Staaten in Form von Personal direkten Einfluss auf die afghanische Übergangsregierung nahmen: „Der Vorsitzende, die stellvertretenden Vorsitzenden und die anderen Mitglieder der Interimsregierung wurden von den Teilnehmern an den Gesprächen der VN [Vereinten Nationen, d. A.] über Afghanistan, wie in Anlage IV zu diesem Übereinkommen niedergelegt, ausgewählt. Die Auswahl erfolgte auf der Grundlage fachlicher Kompetenz und persönlicher Integrität sowie unter gebührender Berücksichtigung der ethnischen, geographischen und religiösen Zusammensetzung Afghanistans sowie der Bedeutung der Beteiligung von Frauen aus Listen, die von den Teilnehmern an den Gesprächen der VN über Afghanistan vorgelegt wurden.“³²

Die USA hatten bereits zuvor beschlossen, Hamid Karzai zum Chef einer Interimsregierung zu machen, die am 20. Dezember 2001 ihre Arbeit aufnahm. Die Zusammensetzung dieser neuen „Regierung“ war hochgradig fragwürdig, vor allem, weil die paschtunische Bevölkerungsmehrheit nahezu komplett ausgeschlossen wurde.³³ Somit wurden bereits zu diesem frühen Zeitpunkt wichtige Entscheidungen festgezurr – und zwar von Seiten der Besatzer: „Nicht in Afghanistan, sondern auf dem Petersberg wurde über die Zukunft des Landes entschieden und eine Regierung auf massiven Druck der über zwanzig anwesenden US-Vertreter gebildet.“³⁴ Diese „Choreografie“ sollte sich im weiteren Verlauf der Ereignisse als überaus fatal herausstellen. So schreibt der afghanische Politikwissenschaftler Matin Baraki: „Die afghanische Zivilgesellschaft, die 2001 parallel am Fuße des Petersberg tagte, wurde von niemandem zur Kenntnis genommen. Die Teilnahme säkular orientierter Kräfte und selbst bürgerlicher Technokraten an den Verhandlungen war von fast allen Konferenzteilnehmern unerwünscht. Dies rächt sich nun. Ein afghanisches Sprichwort bringt das Dilemma so auf den Punkt: ‚Wenn das Wasser an der Quelle dreckig ist, wird der ganze Fluß schmutzig.‘“³⁵

Die nächste Episode in der afghanischen Demokratieposse war eine „Große Ratsversammlung“ (Loya Jirga) im Juni 2002, die den Prozess zur Legitimierung der „Regierung“ einleitete, der dann in mehreren „Wahlen“ seinen Fortgang nahm: „Auf der Grundlage des Petersberg-Abkommens wurden zwischen 2002 und 2005 mehrere Wahlprozeduren durchgeführt. Im Dezember 2001 war Karzai in das Amt des Ministerpräsidenten eingeführt

und im Juni 2002 auf einer Loya Jirga (Ratsversammlung) zum Präsidenten gewählt worden, wobei 24 Stimmen mehr abgegeben wurden als Abgeordnete anwesend waren. Am Eingang zum Wahlzelt wurden Abgeordnete durch Minister und Gouverneure per Unterschrift verpflichtet, für Karzai zu stimmen. Im Vorfeld dieser Wahlen hatten die USA 10 Millionen US-Dollar ausgegeben, um für ihn Stimmen zu kaufen.“³⁶

Mit der Verabschiedung einer Verfassung – geschrieben vom US-Außenministerium und dem deutschen Bundesamt für Außenwirtschaft (heute: Germany Trade & Invest) – und der gleichzeitigen Ausrufung Afghanistans zur Islamischen Republik war dann schließlich die grundlegende Ausrichtung des neuen Staatswesens mehr oder weniger unveränderlich festgelegt worden. Zumindest auf dem Papier gibt es in Afghanistan seither ein funktionierendes politisches System: Die Verfassung sieht ein Präsidialsystem nach US-Amerikanischem Vorbild vor – der Vorschlag ein föderales System einzuführen konnte sich nicht durchsetzen.³⁷ Präsident Hamid Karzai sicherte sich damit viel Macht: Als Staatsoberhaupt ist er auch Oberbefehlshaber der Streitkräfte, er ernennt – mit Zustimmung des Parlaments – die Mitglieder des Kabinetts, des Obersten Gerichts sowie die Provinzgouverneure, die Polizeichefs der Provinzen, den Leiter des Nationalen Sicherheitsdienstes, der Nationalbank und Distriktverwalter.³⁸

Das Parlament besteht aus zwei Kammern. Die 249 Mitglieder des Unterhauses (Wolesi Dschirga) werden von der Bevölkerung direkt gewählt. Für Frauen und Minderheiten gibt es dabei gemäß Verfassung reservierte Sitze.³⁹ Die Mitglieder des Oberhauses bzw. Senats (Meschrano Dschirga) werden zu zwei Dritteln von den Distrikt- und Provinzräten gewählt und zu einem Drittel vom Präsidenten ernannt. Das Parlament wird wie auch der Präsident alle fünf Jahre gewählt. So kann festgehalten werden, dass es in dem Land ein politisches System nach westlichem Modell gibt, das formell als „demokratisch“ bezeichnet werden kann.⁴⁰

Die Praxis sah und sieht allerdings ganz anders aus, wie die afghanische Parlamentarierin Malalai Joya kritisierte: „Die US-Regierung hat das ultrareaktionäre und brutale Regime der Taliban beseitigt. Statt sich aber auf das afghanische Volk zu stützen, hat sie uns vom Regen in die Traufe gestürzt und ihre Freunde unter den schmutzigsten und berüchtigtsten Kriminellen der ‚Nordallianz‘ gesucht, in der sich eingeschworene Feinde der Demokratie und der Menschenrechte versammelt haben, die



*Angeschlagen:
Die unabhängige afghanische
Wahlkommission. Foto: Todd
Huffman über Wikipedia*

nicht weniger übelgesinnt, böse und grausam sind als die Taliban. [...] Jetzt sind die Führer der Nordallianz die entscheidenden Machthaber, und unser Volk ist eine Geisel in den Händen dieser rücksichtslosen Killerbande. Viele von ihnen sind verantwortlich für das Abschichten von Zehntausenden unschuldiger Menschen in den vergangenen zwei Jahrzehnten. Trotzdem nehmen sie wichtige Regierungsgämter ein.⁴¹

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Afghanistan zwar auf dem Papier ein politisches System hat, welches man als „demokratisch“ bezeichnen kann. Die Praxis weicht aber weit davon ab: die Politik wird bisweilen von zwielichtigen Personen beherrscht, Vetternwirtschaft und Korruption regieren. Auf dem Korruptions-Index der NGO „Transparency International“ belegt Afghanistan den 175. und damit allerletzten Platz.⁴² Das Fazit einer Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung fällt in diesem Zusammenhang deshalb verheerend aus: „Afghanistan [entspricht] einer ‚defekten Demokratie‘. Eine solche ‚defekte Demokratie‘ weist zwar Merkmale einer repräsentativen Demokratie auf beziehungsweise lassen sich die Herrschenden durch Wahlen legitimieren. Es existieren jedoch schwerwiegende Mängel in der Umsetzung rechtsstaatlicher Strukturen, horizontaler und vertikaler Kontrollmechanismen und der staatlichen Machtausübung in vielen Bereichen. Auch kann eine Achtung der Menschenrechte oder gar Rechtsstaatlichkeit nicht garantiert werden. Kurzum: Nicht überall, wo Demokratie drauf steht, ist auch Demokratie drin.“⁴³

Die westlichen Staaten sind am Zustand der afghanischen Demokratie alles andere als unschuldig – schon beim Aufbau wurden Fehler gemacht. Im Lichte der Intervention, die – wie bereits ausführlich geschildert – keine Demokratieförderung zum eigentlichen Ziel hatte, wundert das Gebaren der westlichen Staaten nicht. Auch beim Aufbau des politischen Systems in Afghanistan scheint mehr auf die eigenen Interessen – nämlich sicherzustellen, dass pro-westliche Akteure an die Macht kamen – denn auf demokratische Legitimation gesetzt worden zu sein.

Wahlen in der „Defekten Demokratie“

Wie aus den vorherigen Abschnitten bereits ersichtlich geworden sein sollte, wurden dem „demokratischen System“ Afghanistans von Anfang an beträchtliche Mängel eingeschrieben. Ein weiteres Zeichen für die „defekte Demokratie“ sind die bisher-

gen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, wie im Folgenden näher beschrieben werden soll.

Präsidentschaftswahl 2004

Am 9. Oktober 2004 wurden in Afghanistan erstmals Präsidentschaftswahlen durchgeführt. 23 Kandidaten traten zur Wahl an.⁴⁴ Der bisherige Interimspräsident Hamid Karzai ging aus der Wahl mit einem Stimmanteil von 55,4 Prozent als Sieger hervor.⁴⁵

Die Wahl wurde von gewaltsamen Vorfällen überschattet. So verübten die Taliban etwa Anschläge auf Wähler.⁴⁶ Der in Kabul geborene Politikwissenschaftler Matin Baraki nannte die Wahl in einem Aufsatz in der Fachzeitschrift „Wissenschaft & Frieden“ eine „Farce“. Dafür führte er gleich mehrere Gründe auf: die vom Westen unterstützten afghanischen Medien hätten massiv im Wahlkampf zu Gunsten Karzais Partei ergriffen; Wähler seien zur Stimmabgabe für bestimmte Personen gezwungen worden; die Wahl sei kaum von der OSZE beobachtet worden und die Registrierung der Wähler sei unzureichend kontrolliert gewesen, so dass hunderttausende gefälschte Wahlkarten in Umlauf gewesen seien. Baraki urteilt daher: „Karzai war nicht nur der Wunschkandidat der USA, sie haben auch alles unternommen, um ihm zu diesem Wahlsieg zu verhelfen.“⁴⁷

International wurde die Wahl dennoch anerkannt. Auch der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder gratulierte Karzai zu seinem Sieg, „auch im Namen des deutschen Volkes“.⁴⁸

Parlamentswahl 2005

Bei der ersten Parlamentswahl nach 36 Jahren waren über zwölf Millionen Afghanen aufgerufen, aus mehr als 2.500 Kandidaten für die 249 Parlamentssitze auszuwählen.⁴⁹ Weitere 3.000 Kandidaten bewarben sich für die ebenfalls zu wählenden Provinzparlamente. Babak Khalatbari vom Afghanistan-Büro der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung zeigte sich vor der Wahl besorgt: „Die Kluft zwischen der erwünschten Demokratie und dem vorhandenen Spannungsfeld aus politischer Macht, gewinnbringender Drogenökonomie, ausufernder Kriminalität und der im Endstadium befindlichen Korruption lässt es nicht zu, eine Brücke in eine bessere Zukunft zu schlagen. Die Parlamentswahlen scheinen schon im Vorfeld von schrecklichen Ereignissen und Ungereimtheiten konfrontiert, und dem kritischen Betrachter drängen sich Ersatzworte für das Schlagwort Demokratie auf. Demodiktur und Diktatorkratie sind zwei Wortschöpfungen, die versinnbildlichen, dass zum einen die demokratischen Wahlen bezüglich der Kandidatenauswahl bei Personen [...], die allesamt

politische Schwergewichte mit teilweise unrühmlicher Vergangenheit sind, einen diktatorischen Anstrich erhalten. Und zum anderen, dass durch die Unklarheiten vieler Umstände diktatorisch bestimmt wird, wie und wer gewählt wird.⁴⁵⁰

Conrad Schetter, damals beim „Zentrum für Entwicklungsforschung“ in Bonn, warnte davor, zu viel Hoffnungen in die Wahlen zu setzen: „Diese Wahlen kann man nicht mit Demokratie gleichsetzen. Sie werden in vielen Bereichen nicht demokratisch ablaufen. Es wird zu Gewalt kommen, wo die herrschenden Machtstrukturen herausgefordert werden.“⁴⁵¹ Wie es die Wissenschaftler voraussagten, kam es dann auch: zwar hielt sich die Gewalt in Grenzen, Mehrfachregistrierungen und Stimmkauf soll es aber häufig gegeben haben – mit nur 50 Prozent lag die Wahlbeteiligung weit unter der bei der Präsidentschaftswahl 2004.⁴⁵²

Präsidentschaftswahl 2009

Im Vorfeld der Wahlen zeigte sich die Abhängigkeit Afghanistans von den westlichen Besatzern: die USA überlegten bei den Präsidentschaftswahlen 2009 den bisherigen Favoriten Hamid Karzai durch einen genehmeren Kandidaten ablösen zu lassen.⁴⁵³ Karzai hatte zuvor Kritik an der westlichen Kriegsführung mit zahlreichen toten afghanischen Zivilisten geäußert.⁴⁵⁴

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, die als nahe Stiftung einer Partei, die maßgeblich für das deutsche Afghanistan-Engagement verantwortlich ist, wenig im Verdacht steht, die Lage in Afghanistan zu negativ zu beschreiben, untersuchte die politische Stimmung in der afghanischen Bevölkerung im Vorfeld der Wahlen. Der schon zitierte Babak Khalatbari mahnte in seinem Bericht: „Da in Afghanistan ohne eine fortschreitende Demokratisierung keine nachhaltige Stabilität einziehen kann, kommt den anstehenden Wahlen eine strategische Bedeutsamkeit zu. Sollten die Wahlen nicht stattfinden oder nicht frei und fair durchgeführt werden, kann dieser Sachverhalt enorme gesellschaftliche Rückwirkungen erzeugen, die zu einer weiteren Destabilisierung des Landes beitragen könnten.“⁴⁵⁵

Die Wahl fand am 20. August 2009 statt und war abermals von Gewalt überschattet – es soll 73 Anschläge in 15 Provinzen gegeben haben.⁴⁵⁶ Während die EU die Wahl zunächst als „gut und fair“ bezeichnete, klagten lokale Wahlbeobachter über eine niedrige Wahlbeteiligung und die schon von den vorherigen Wahlen bekannten Unregelmäßigkeiten.⁴⁵⁷ Im Laufe der Stimmenausschüttung wurden massive Wahlfälschungsvorwürfe gegen Karzai, für den sich eine absolute Mehrheit abzeichnete, laut.⁴⁵⁸ Zwei Monate nach der Wahl – die Auszählung lief noch – sprach der UN-Sondergesandte in dem Land, der Norweger Kai Eide, erstmals offiziell von einem „bedeutenden“ und „weitreichenden“ Wahlbetrug, dessen genaues Ausmaß untersucht werde.⁴⁵⁹ Mehrere hunderttausend Stimmen aus 210 Wahllokalen wurden für ungültig erklärt.⁴⁶⁰ Durch den Abzug der ungültigen Stimmen fiel Karzais Stimmanteil unter die nötigen 50 Prozent, womit es im November 2009 zu einer Stichwahl um das Präsidentenamt gegen den früheren Außenminister Abdullah Abdullah kommen sollte.⁴⁶¹ Vor der Stichwahl stellte der Herausforderer einige Forderungen: so sollten alle an dem versuchten Wahlbetrug beteiligten Regierungsmitarbeiter entlassen werden und mehrere Minister, die in der ersten Wahlrunde für Karzai geworben hatten, suspendiert werden.⁴⁶² Da Karzai den Forderungen Abdullahs nicht nachkam, boykottierte der Herausforderer die Wahl, die schließlich von der Wahlkommission abgesagt wurde, da es mit Karzai nur noch einen Kandidaten gab.⁴⁶³

Zwar wurden die Wahlen westlicherseits teils durchaus kritisiert,⁴⁶⁴ dennoch nahmen an Karzais Verteidigungs-Feierlichkeiten die damaligen Außenminister Guido Westerwelle, Hillary Clinton, David Miliband und Bernard Kouchner teil.⁴⁶⁵

Parlamentswahl 2010

Auch bei der Wahl des Parlaments 2010 kam es zu massiven Unregelmäßigkeiten. Wahlbeobachter meldeten in 389 von 4.600 Wahllokalen Vorkommnisse.⁴⁶⁶ Zudem kam es in der Wahlzeit laut ISAF zu 479 gewaltsamen Zwischenfällen.

Wahlberechtigt waren nur 10,5 Millionen Menschen, 7 Millionen weniger als bei den Präsidentschaftswahlen im Vorjahr. Zudem erklärte die Wahlkommission wegen des Verdachts auf Betrug 1,3 Millionen der insgesamt rund 5,6 Millionen abgegebenen Stimmen für ungültig.⁴⁶⁷ Zwar richtete Präsident Karzai ein Sondertribunal ein, das die Betrugsvorwürfe prüfen sollte, gleichzeitig erklärte er aber, dass die Einberufung des Parlaments wie geplant stattfinden solle.⁴⁶⁸

Präsidentschaftswahl 2014

Nach zwei gewählten Amtsperioden durfte Hamid Karzai bei dieser Wahl nicht mehr antreten. Dass er weder die Verfassung änderte noch die Wahl auf unbestimmte Zeit verschob, um seine Macht zu sichern, überraschte bereits einige Beobachter.⁴⁶⁹ Trotzdem soll Karzai für sich gesorgt und etwa einen Schutz vor „Strafverfolgung“ mit den Kandidaten vereinbart haben. Zudem soll er sich bereits einflussreiche Posten in einer neuen Regierung zugesichert haben lassen.⁴⁷⁰ Karzais Vertrauter Zalmay Rassoul erreichte die Stichwahl allerdings nicht. Stattdessen traten dort der schon mal erwähnte Abdullah Abdullah und der frühere Finanzminister und Weltbank-Experte Aschraf Ghani Ahmadsai gegeneinander an.⁴⁷¹

Schon vor den Wahlen wurde bekannt, dass 30 Prozent mehr Wählerkarten im Umlauf waren als es in dem Land Wahlberechtigte gibt.⁴⁷² Beim zweiten Wahlgang Mitte Juni 2014 kamen laut afghanischem Verteidigungsministerium 33 Zivilisten, 18 Angehörige der Sicherheitskräfte und 176 Aufständische bei Störversuchen ums Leben.⁴⁷³ Die Wahlbeteiligung soll laut afghanischer Wahlbehörde bei 58 Prozent gelegen haben – die Richtigkeit der Zahl darf angesichts der übermäßigen Wählerkarten aber getrost angezweifelt werden.⁴⁷⁴

Angezweifelt werden muss auch das gesamte Ergebnis. Während Abdullah im ersten Wahlgang noch 45 Prozent, sein Kontrahent dagegen nur 31,56 Prozent der Stimmen erringen konnte, kam es bei der Stichwahl zu einer spektakulären Kehrtwende, die eine Menge Fragen aufwirft. Denn aus ihr ging Aschraf Ghani mit 56 Prozent als Sieger hervor, während Abdullah lediglich 43 Prozent erreichte. Gleichzeitig wurden mit 8,2 Millionen deutlich mehr Stimmen als im ersten Wahlgang abgegeben (6,8 Millionen). Abdullah kündigte zunächst an, das Ergebnis nicht anerkennen zu wollen und sprach von einem „Putsch gegen die Stimmen des Volkes“.⁴⁷⁵ Auch die USA sprachen von „ernsthaften Betrugsvorwürfen“ und vermittelten eine Neuauszählung der Stimmen.⁴⁷⁶ Die Neuauszählung wurde aber wieder abgebrochen, weil zwischen beiden Präsidentschaftskandidaten Uneinigkeit darüber herrschte, nach welchen Kriterien die Annullierung von Stimmen vorgenommen werden soll.⁴⁷⁷ Dabei droht sogar eine Spaltung des Landes: Drei Provinzen erklärten bereits, sich von Kabul zu lösen und Abdullah folgen zu wollen, sollte es keine Klärung der Wahlfälschung geben.⁴⁷⁸

Egal wer aus den Wahlen schlussendlich als Sieger hervorgehen wird, der ganze Prozess dürfte das Vertrauen der Bevölkerung in die Institutionen des Landes weiter erschüttert haben. Unabhängig davon wird eine Partei sich wohl in jedem Fall auf der Siegerseite wiederfinden: „Der Westen kann auf Ashraf Ghani als verlässlichen Partner ebenso bauen, wie es mit Abdullah Abdullah der Fall gewesen wäre. Ihre Programme und Ziele unterschieden sich ohnehin nur in der einen oder anderen Akzentsetzung. Und beide wollen das Sicherheitsabkommen mit den USA unter-

schreiben, das auch nach dem NATO-Abzug Ende des Jahres die Stationierung von US-Soldaten vorsieht. Afghanistans bisheriger Präsident Karzai hat das bisher abgelehnt. Insofern kann der Westen in jedem Fall mit einem verlässlichen Partner rechnen“, kommentiert Florian Weigand, Leiter der „Deutsche Welle-Redaktion“ Pashtu/Dari das Wahlgesehen.⁷⁹

Fazit

Dreizehn Jahre Krieg und westliche Besetzung haben sich für Afghanistan in allen relevanten Bereichen – Sicherheit, Wohlstand, Demokratie – als schwere Hypothek erwiesen. Ob der Einsatz aus westlicher Sicht als Fehlschlag gewertet werden muss, hängt trotzdem in gewisser Weise vom Auge des Betrachters ab. Denn scheitern kann man nur an etwas, das auch wirklich ernsthaft beabsichtigt wurde. Dies ist im Sicherheitsbereich definitiv der Fall, da die NATO zweifellos das Ziel hatte, das Land unter ihre Kontrolle zu bringen und die feindlichen Kräfte zu besiegen, was ihr in keiner Weise gelungen ist. Ob aber die Verbesserung der Lebensbedingungen der afghanischen Bevölkerung und der Aufbau einer Demokratie je wirklich ernsthafte Interessen waren, darf bezweifelt werden.

Misst man die Besatzer aber an ihrer Rhetorik, so ergibt sich eindeutig, dass sie ihren hochtrabenden Ansprüchen nicht einmal im Ansatz gerecht werden konnten. Der Westen ist für das Land ein Teil des Problems, nicht der Lösung, er hat eine erhebliche Mitverantwortung an den vielen Konflikten, die dazu führen, dass kein vernünftiger Mensch ausschließen kann, dass es nach dem Abzug der westlichen Truppen nicht zu einer Intensivierung des Bürgerkrieges kommen könnte. Allerdings sollte nicht vergessen werden, dass in Afghanistan schon heute ein Krieg herrscht, dem unzählige Menschen zum Opfer fallen und die Präsenz westlicher Soldaten die Lage eher verschlimmert als verbessert. Lösungen für seine Probleme müssen das Land und seine Bevölkerung selber finden, denn es hat sich gezeigt, dass der Westen hierbei keine Hilfe ist beziehungsweise sein will.

Gerade wegen der katastrophalen Bilanz nicht nur des Krieges in Afghanistan, sondern auch der anderen westlichen Einsätze ist es eine Ungeheuerlichkeit, wenn der Großteil der deutschen politischen Eliten, angeführt von Bundespräsident Joachim Gauck, unter dem Rubrum, Deutschland müsse mehr Verantwortung in der Welt übernehmen, lautstark häufigere Militäreinsätze fordert: „In der Tat weist der ‚Gauckismus‘, dieses Amalgam aus geopolitischen Prämissen und protestantisch geprägter Moral, kaum zu verleugnende Parallelen zum Sendungsbewusstsein der neokonservativen Bush-Ära in den USA auf. In seinem jüngsten Interview mit dem Deutschlandfunk bemühte der Bundespräsident sogar die abgeschmackte Metapher einer Weltpolizei, die überall auf der Welt die eigenen Ordnungsvorstellungen durchsetzen soll. Die zunehmend chaotischen Zustände im Nahen Osten sind vor diesem Hintergrund flott mit dem Mangel der Übernahme von Verantwortung erklärt. Ein beherztes Eingreifen in Syrien zum richtigen Moment, das hätte die Katastrophen im Nahen Osten doch verhindert, so mehren sich nun die Stimmen. Aber was, wenn das nicht stimmt? Welche Art von Verantwortung ist es dann, der wir gerecht werden? Die Pathologien liberaler Hybris sind derzeit im Irak und in Afghanistan, aber auch in Libyen zu beobachten.“⁸⁰

Anmerkungen

1 Die USA hatten ursprünglich ohnehin beabsichtigt, mit 8.000 bis 12.000 Soldaten plus Kontingente „befreundeter“ Länder (Deutschland 600-800) über 2014 hinaus im Land zu bleiben. Zwingend notwendig hierfür ist aber aus US-Sicht ein „Bilaterales Sicherheitsabkommen“, das besagte Zahlen festschreibt und vor allem

den US-Soldaten Immunität vor lokalen Strafverfolgungsbehörden garantiert. Zwar weigerte sich Hamid Karzai das Abkommen vor den Präsidentschaftswahlen 2014 zu unterzeichnen, seine möglichen Nachfolger haben aber angedeutet, hierzu bereit zu sein.

- 2 Im Einzelnen: USA: 2316; Großbritannien: 453; Kanada: 158; Frankreich: 86; Deutschland: 54. Siehe Livingston, Ian S./O’Hanlon, Michael: Afghanistan Index, Brookings Institution, 14.5.2014, S. 10.
- 3 Hinzu kommen noch 37,4 Mrd. Dollar für Entwicklungshilfe, die zu großen Teilen aber ebenfalls für militär- und sicherheitsrelevante Ausgaben aufgewendet wurden. Siehe Ebd., S. 15.
- 4 Hinzu kommen noch etwa eine Milliarde vom Auswärtigen Amt und zwei Milliarden vom Entwicklungsministerium. Siehe Wiegand, Thomas: Zahlen, Zahlen, Zahlen: Elf Milliarden Euro fürs Afghanistan-Engagement, augengeradeaus.net, 28.12.2014.
- 5 Dass die „offiziellen“ Kriegskosten nur einen kleinen Teil der tatsächlichen Ausgaben abdecken, gilt sowohl für die USA als auch für Deutschland, wie folgende Studien nachgewiesen haben: Bilmer, Linda J./Stiglitz, Joseph E.: The Three Trillion Dollar War: The True Cost of the Iraq Conflict, New York 2008; Tilman Brück, Olaf J. de Groot, Friedrich Schneider: Eine erste Schätzung der wirtschaftlichen Kosten der deutschen Beteiligung am Krieg in Afghanistan. DIW Berlin, Wochenbericht 21/2010, S. 2-11.
- 6 Die Bundesregierung: Fortschrittsbericht Afghanistan zur Unterrichtung des Deutschen Bundestags, Januar 2014, S. 6.
- 7 Vgl. Haid, Michael u.a.: Experimentierfeld Afghanistan – Zehn Jahre Krieg und kein Ende in Sicht, Tübingen 2011, S. 4ff.
- 8 Thomas Ruttig: Einiges besser, nichts wirklich gut. Afghanistan nach 34 Jahren Krieg – eine Bilanz, in: WeltTrends 94 (2014): 1, S. 27-39, S. 32.
- 9 Auswärtiges Amt: Länderinfos Afghanistan, www.auswaertiges-amt.de (Stand: November 2013). Zyniker behaupten, das Einzige, was in Afghanistan floriert, sei der Drogenhandel: „Nach Angaben des UN-Büros für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) bauten Bauern im Jahr 2012 in Afghanistan auf Feldern im Umfang von 154.000 Hektar Opium an. Im Jahr 2013 wuchs diese Fläche im weltgrößten Erzeugerland für Opium demnach auf 209.000 Hektar. Die Vergrößerung der Anbaufläche um mehr als ein Drittel sei ein herber Rückschlag im Kampf gegen die internationale Drogenkriminalität, erklärte UNODC-Direktor Juri Fedotow bei der Vorstellung des Weltrogenberichts 2014 in Wien.“ Siehe N.N.: Weltrogenbericht: Noch mehr Opium in Afghanistan, Deutschlandradio, 26.6.2014.
- 10 Germany Trade & Invest: Wirtschaftsdaten kompakt: Afghanistan, Stand: April 2013, S. 2.
- 11 Vgl. Haid 2011, S. 32f.
- 12 Cia World Fact Book: Afghanistan, www.cia.gov.
- 13 Mit dem „Wiederaufbauunwesen“ in Afghanistan beschäftigte sich schon eine überaus lesenswerte Studie aus dem Jahr 2006: Nawa, Fariba: Afghanistan, Inc., Oakland 2006,
- 14 Ruttig 2014, S. 38.
- 15 Ebd., S. 36.
- 16 „Deutschland beabsichtigt, ab 2015 etwa 150 Mio. Euro (ca. 200 Mio. US-Dollar) pro Jahr zur Verfügung zu stellen und wäre damit nach den USA der zweitgrößte internationale Geber. Nach derzeitigem Stand sind davon etwa 80 Mio. Euro für die Finanzierung der afghanischen Armee und etwa 70 Mio. Euro für die Polizei vorgesehen.“ Siehe Fortschrittsbericht Afghanistan 2014, S. 13.
- 17 Henken, Lühr: Vergessene Tote, junge Welt, 7.7.2014.
- 18 Ebd.
- 19 Die Zahlen lassen sich den jeweiligen Berichten des Generalsekretärs an die UN-Generalversammlung entnehmen, die hier zu finden sind: unama.unmissions.org; Auffälligerweise weichen die deutschen Angaben stark von denen der UN ab: „Die Anzahl der sicherheitsrelevanten Zwischenfälle (SRZ) als quantitativer Indikator sank in den ersten elf Monaten 2013 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum landesweit leicht von rund 29.400 auf rund 27.800. Die Erfassung der SRZ erfolgt mittlerweile im Wesentlichen durch die ANSF. Ihre Verlässlichkeit kann von der Bundesregierung nicht überprüft werden. Die reine SRZ-Statistik hat daher nur eine geringe Aussagekraft bei der Bewertung der Sicherheitslage.“ Siehe Fortschrittsbericht Afghanistan 2014, S. 9.

- 20 Ruttig, Thomas: Nichts ist gut in Afghanistan, Neues Deutschland, 24.2.2014 (zit. als Ruttig 2014a).
- 21 Human Rights Watch: World Report 2014: Afghanistan: www.hrw.org.
- 22 Ruttig 2014a.
- 23 Wiegold, Thomas: Afghanistan: 25 Prozent mehr Gewalttaten gegen Frauen – und die Rückkehr der Steinigung, 25.11.2014, augengeradeaus.net.
- 24 Afghanisches Gesetz hebt Frauenrechte aus, Deutschlandradio, 9.2.2014.
- 25 Die Linke im Bundestag: Den Krieg beenden – Frieden für Afghanistan!, 19.5.2008, S. 17.
- 26 Grimm, Sonja: External Democratization after War: Success and Failure, in: Grimm, Sonja/Merkel, Wolfgang (Hrsg.): External Democratization After War: Success and Failure, Democratization, Special Issue 2008, Vol. 15, No. 3, S. 525-549.
- 27 Cremer, Uli: Neue NATO: die ersten Kriege – vom Militär- zum Kriegspakt, Hamburg 2009, S. 73-78.
- 28 Verhandlungen: Taliban wollten angeblich Bin Laden loswerden, Spiegel Online, 29.10.2001.
- 29 Die Taliban stellten bestimmte Bedingungen, die aber alles andere als unerfüllbar gewesen wären – hätte ein ernsthaftes Interesse bestanden, den Krieg noch abzuwenden: „Itar-Tass berichtete ohne Quellenangaben aus Islamabad, die Taliban verlangten, dass Bin Laden in einem neutralen Land der Prozess gemacht wird und dass die internationalen Strafmaßnahmen gegen Afghanistan aufgehoben werden. Eine weitere Bedingung sei, dass das Ausland keine Waffen mehr an die gegnerische Nord-Allianz liefere und sie auch sonst nicht länger unterstütze, meldete die Agentur.“ Siehe Taliban stellen Bedingungen für Laden-Auslieferung, Welt Online, 18.9.2001.
- 30 Security Council resolution 1369 – sowie – Security Council resolution 1373, www.un.org.
- 31 McFaul, Michael: Advancing Democracy Abroad: Why We Should and how We Can, Stanford 2010, S. 155. Darüber hinaus spielten wohl auch geostrategische und ökonomische Motive eine wichtige Rolle. Vgl hierzu Haid u.a. 2011, S. 4ff.
- 32 Übereinkommen über vorläufige Regelungen in Afghanistan bis zur Wiederherstellung dauerhafter staatlicher Institutionen (Übersetzung), in: www.auswaertiges-amt.de.
- 33 „Obwohl Karzai ein Paschtune ist, mangelt es ihm an Unterstützung in der paschtunischen Gemeinschaft, da er als ein ‚machtloser Strohhalm‘ gesehen wird, der von Ausländern und Nicht-Paschtunen beeinflusst wird, ein Frontmann für die Vereinigte Front [auch Nordallianz genannt] und als die Person, die verantwortlich ist für den Aufstieg der Nicht-Paschtunen zur politischen Macht.“ Siehe Qazi, Shehzad H.: The Neo-Taliban, Counterinsurgency, & the American Endgame in Afghanistan, Institute for Social Policy and Understanding, Report, April 2011, S. 12.
- 34 Baraki, Matin: Nation-building in Afghanistan, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 39/2007, S. 11-17, S. 11.
- 35 Baraki, Matin: Im Innern des Protektorats. In Afghanistan haben Demokratie und Menschenrechte noch immer wenig Chancen, in: iz3w, Nr. 275, März 2004, S. 6-9.
- 36 Baraki 2007, S. 11f.
- 37 Ehrhardt, Christoph: Afghanistan – Das System Karzai, FAZ Online, 21.8.2009.
- 38 Afghanistan – Innenpolitik, in: www.auswaertiges-amt.de, Dezember 2013.
- 39 Ebd.
- 40 Khalatbari, Babak: Demokratieentwicklung in Afghanistan – Demokratie? Ja, bitte – Aber nicht mit den gegenwärtigen Akteuren, Konrad Adenauer Stiftung, 5.8.2008.
- 41 Joya, Malalai: „Die afghanische Regierung ist die korrupteste und unpopulärste der Welt“, in: www.ag-friedensforschung.de, 13.4.2007.
- 42 Es teilt sich den Platz mit Somalia und Nordkorea. Siehe Transparency International: Corruption Perceptions Index 2013, in: www.transparency.de.
- 43 Khalatbari, Babak: Parlamentswahlen in Afghanistan – Demokratie ohne Parteien?, in: www.kas.de, 17.9.2010.
- 44 Afghan candidate list published, BBC Online, 27.7.2004.
- 45 Präsidentenwahl – Karzai zum Wahlsieger in Afghanistan erklärt, FAZ Online, 3.11.2004.
- 46 Whitaker, Brian: Taliban murders voters to derail election, Guardian Online, 28.6.2004.
- 47 Baraki, Matin: Der programmierte Sieg – Präsidentschaftswahl in Afghanistan, in: Wissenschaft & Frieden 2005/1.
- 48 Präsidentenwahl – Karzai zum Wahlsieger in Afghanistan erklärt, FAZ Online, 3.11.2004.
- 49 Demokratisierung: Afghanistan-Wahl von Gewalt überschattet, Spiegel Online, 18.9.2005.
- 50 Khalatbari, Babak: Wahlen in Afghanistan – Entscheidung zwischen Diktatur und Demokratie?, www.kas.de, 4.9.2005.
- 51 Wahlen in Afghanistan – Demokratische Taliban? Über die Freunde von Präsident Karzai und die Tricks der Warlords, WOZ – Die Wochenzeitung, 15.9.2005.
- 52 Politischer Jahresbericht – Pakistan/Afghanistan Juli 2005 – Oktober 2006, in: www.boell.de, 2006.
- 53 Graham-Harrison, Emma: US ‚tried to oust Hamid Karazi by manipulating Afghan elections‘, Guardian Online, 10.1.2014.
- 54 Koch-Laugwitz, Ursula: Afghanistan „rüstet“ sich für die kommenden Wahlen, in: www.fes-afghanistan.org, 1.8.2008.
- 55 Khalatbari, Babak: Demokratieentwicklung in Afghanistan – Demokratie? Ja, bitte – Aber nicht mit den gegenwärtigen Akteuren, in: www.kas.de, 5.8.2008.
- 56 In Afghanistan trotzten Millionen Wähler der Gewalt, Welt Online, 21.8.2009.
- 57 Spalinger, Andrea: Wahlbetrug in Afghanistan – EU lobt die Wahlen, wider besseres Wissen, NZZ Online, 23.8.2009.
- 58 Keil, Lars-Broder: Absolute Mehrheit für Karzai – vorläufig, Welt Online, 17.9.2009.
- 59 Uni: „Bedeutender“ Wahlbetrug in Afghanistan, Abendblatt Online, 12.10.2009.
- 60 Afghanistan-Wahl: Hunderttausende Stimmen ungültig, Die Presse Online, 19.10.2009.
- 61 Afghanistan – Präsident Karzai muss in die Stichwahl, Zeit Online, 20.10.2009.
- 62 Afghanistan – Abdullah Abdullah stellt Bedingungen, Focus Online, 26.10.2009.
- 63 Kabul: Wahlkommission erklärt Karzai zum Präsidenten von Afghanistan, Spiegel Online, 2.11.2009.
- 64 Afghanistan – Westertelle und Kouchner ermahnen Karzai, Focus Online, 2.11.2009.
- 65 Afghanistans Präsident – Hamid Karzai für zweite Amtszeit vereidigt, Welt Online, 19.11.2009.
- 66 Germund, Willi: Afghanistan – Wahlen unter Lebensgefahr, Frankfurter Rundschau Online, 19.10.2010.
- 67 Afghanistan – Fast ein Viertel der Stimmen bei Parlamentswahl ungültig, FAZ Online, 20.10.2010.
- 68 Karzai richtet Sondertribunal für Wahlbeschwerden ein, NZZ Online, 27.10.2010.
- 69 Böge, Friederike: Afghanistan – Karzais Wahlpoker, FAZ Online, 3.4.2014.
- 70 Ebd.
- 71 Afghanistan: Stichwahl entscheidet über Präsidentenamt, Spiegel Online, 26.4.2014.
- 72 Böge 2014.
- 73 Böge, Friederike: Abgeschnittene Finger in Afghanistan – Der hohe Preis der Wahl, FAZ Online, 15.6.2014.
- 74 Petersmann, Sandra: Afghanen trotzten Taliban-Drohungen, www.tagesschau.de, 15.6.2014.
- 75 Stichwahl in Afghanistan: Ex-Minister Ghani zieht an Favorit Abdullah vorbei, Spiegel Online, 7.7.2014.
- 76 Ebd.
- 77 Neuer Streit um Wahl in Afghanistan, Deutsche Welle, 20.7.2014.
- 78 Ebd.
- 79 Afghanistans holprige Präsidentenwahl, Deutsche Welle, 7.7.2014.
- 80 Spandler, Kilian/Pfeifer, Hanna: Komplexität aufbauen statt abbauen – Wider eine Politik der neuen deutschen Verantwortung, Beitrag zum Review 2014-Essaywettbewerb, www.review2014.de.

Kosovo

Eine neue Armee und ein deutlich eingeschränktes Mandat für EULEX

von Jonna Schürkes

Bis heute erkennen viele Staaten, darunter auch einige EU-Mitglieder, die Unabhängigkeit des Kosovo nicht an. Dennoch unternimmt die Regierung des Kosovo immer mehr Schritte, um die Unabhängigkeit des Landes voranzutreiben. Dies geschieht nicht immer im Sinne derjenigen im Westen, die einst die Abspaltung der Provinz von Serbien betrieben. Der Aufstellung einer kosovarischen Armee – wohl der Inbegriff von Souveränität – steht kaum noch etwas im Wege. Anfang Mai 2014 sollte das kosovarische Parlament dem Vorschlag der Regierung, eine Armee aufzustellen, zustimmen. Sie soll aus 5000 aktiven Soldaten und 3000 Reservisten bestehen und bis 2019 aufgestellt sein. Da allerdings die Abgeordneten der serbischen Minderheit im Kosovo nicht zur Abstimmung erschienen waren, konnte das Parlament nicht entscheiden. Es wurde daraufhin aufgelöst, am 8. Juni 2014 fanden Wahlen statt.

Die serbische Minderheit im Nordkosovo kritisiert die Aufstellung einer Armee, weil sie einerseits die Unabhängigkeit von Serbien verfestigt und weil sie andererseits befürchtet, dass eben jene Armee bei Protesten gegen sie eingesetzt werden könnte. Eine der Hauptaufgaben der NATO-Truppen ist derzeit, im Nordkosovo Proteste einzudämmen und die Herrschaft der Regierung in Pristina durchzusetzen. Sobald die neue Armee aufgestellt ist, soll sie zunächst gemeinsam mit der KFOR eingesetzt werden und sie langfristig ersetzen. Angesichts dessen und der Tatsache, dass die provisorische „Kosovo Security Force“, die in der neuen Armee aufgehen soll, bisher vor allem Aufgaben im Innern wahrnimmt, sind die Befürchtungen der Serben im Kosovo nicht von der Hand zu weisen. Deutschland unterstützt die Aufstellung der neuen Armee ausdrücklich. In der Debatte im Bundestag um die Verlängerung des KFOR-Mandates der Bundeswehr am 22. Mai 2014 kündigte der CDU-Abgeordnete Florian Hahn an, die Bundeswehr werde sich an der „geplanten Umwandlung der kosovarischen Sicherheitskräfte in reguläre, defensiv ausgerichtete Streitkräfte“ beteiligen. Auch hat die Bundesregierung schon Ausbildungs- und Ausstattungshilfe angekündigt. Sowohl die NATO als auch die EU halten sich bisher hingegen auffallend zurück. Hashim Thaci, Ministerpräsident des Kosovo, behauptet zwar, er habe ihre volle Unterstützung, weder die NATO noch die EU haben allerdings bisher die Pläne öffentlich kommentiert.

Dies erscheint zunächst erstaunlich, schließlich hat die NATO seit der (von ihr tatkräftig unterstützten) Abspaltung des Kosovo von Serbien in vielerlei Hinsicht die Aufstellung von Sicherheitskräften – der „Kosovo Security Force“ (KSF) – unterstützt. Bei der KSF handelt es sich nicht um eine Armee im eigentlichen Sinne. Ihre Funktion war lange Zeit wohl vor allem, den Kämpfer der UCK, die 1999 die Bodentruppen der NATO im Krieg gegen Serbien waren, ein Auskommen zu sichern. Sie konnten nach dem Krieg nicht demobilisiert werden und wurden daher größtenteils in das „Kosovarische Schutzkorps“ (TMK) übernommen, das 2009 schließlich zur KSF (Forca e Sigurisë së Kosovës – FSK) umbenannt wurde. Bei ihr handelt es sich dem Ahtisaari-Plan von 2007 zufolge um eine Katastrophenschutztruppe, die über keine schweren Waffen, wie „Panzer, schwere Artillerie oder offensive



Luftwaffenkapazitäten“ verfügen soll. Die Hauptaufgaben der KSF sind der Einsatz bei Naturkatastrophen und anderen Notfällen, zur Minenräumung und zur Bombenentschärfung. Ausgebildet wurde die KSF in diesen Bereichen vor allem von den NATO-Truppen. Offenbar beschränkte sich die Ausbildung in letzter Zeit aber nicht nur darauf, es wurden auch klassisch militärische Fertigkeiten vermittelt. Der Balkan Trust for Democracy, ein Projekt des German Marshall Fund, schrieb schon im Juni 2013: „Es wurden weitere Trainings organisiert, [...] Übungen für Peacekeeping Einsätze, Krisenreaktionsoperationen, Kurse für militärisches Führungspersonal, militärische Schießübungen etc. In einigen der Übungen wurde schwere Artillerie eingesetzt und einige KSF-Angehörige wurden als Piloten ausgebildet, ein deutliches Indiz dafür, dass die Aufgaben der KSF sich wandeln werden“.

Angesichts dieser jahrelangen Bemühungen, verwundert die geringe Euphorie im Westen über die jüngsten Schritte hin zu einer Armee. Diese Zurückhaltung lässt sich nur verstehen, wenn man die Spannungen betrachtet, die zwischen der kosovarischen Regierung auf der einen, der NATO und der EU auf der anderen Seite bestehen. Das Kosovo wird den internationalen Bewachern schlicht zu selbstständig. Der Plan, das Kosovo so lange unter Kontrolle zu halten, bis ein Staat ganz im Sinne des Westens entstanden ist, droht zu scheitern. Besonders deutlich wird dies bei der Verlängerung des EULEX-Einsatzes. Die Mission lief Mitte Juni 2014 aus, erst am 12. Juni – also buchstäblich in letzter Minute – wurde das Mandat um zwei weitere Jahre verlängert. Das neue Mandat ist damit nicht nur deutlich kürzer als das vorherige, auch die Befugnisse von EULEX, die bei ihrer Entsendung 2008 weitgehende Exekutivrechte wie die Verhaftung und Verurteilung von Personen umfassten, wurden massiv eingeschränkt. So schreibt EULEX selbst zum Mandat: „die Mission gibt seine exekutiven Funktionen im Justizsektor ab: Vorbehaltlich werden die EULEX Ermittler keine neuen Fälle mehr annehmen, sondern nur noch die laufenden Fälle abschließen“.

Dabei handelt es sich offensichtlich um einen lang verhandelten Kompromiss. Die Regierung des Kosovo hatte zunächst angedroht, EULEX nach Beendigung des Mandats 2014 nicht erneut einzuladen, viele EULEX-Beamte hingegen halten auch die angepeilte Frist 2016 für zu früh, um EULEX zu beenden. Die EU versucht nun auf anderem Wege die Kontrolle über das Land zu behalten: die Integration des Kosovo in die EU soll nun – auch mithilfe der neuen Mission – schneller vorangetrieben werden.

Während der Westen also auf der einen Seite mit der Unterstützung für die Aufstellung einer Armee die Unabhängigkeit des Kosovo stärkt, versucht die EU andererseits die Kontrolle über das Kosovo zu behalten. Dies erscheint zunächst widersprüchlich. Aber schließlich ist die künftige Armee von Beginn an in die NATO-Strukturen eingebunden. Auf diese Art und Weise soll die Abspaltung des Kosovo von Serbien zementiert und die eigene Kontrolle über das Land erhalten werden. Ob allerdings die Regierung in Pristina dieses Spiel mitspielen wird, ist fraglich.

Oben: Mitglieder der „Kosovo Security Force“. Foto: Wikipedia, Suhejo

Bundeswehr und Kita

Militarisierung im Kleinen

von Thomas Mickan und Kolja Fuchslocher

Das Dampfgeplauder von Bundespräsident Gauck für ein Mehr an militärischer Verantwortung und der Vorstoß von Verteidigungsministerin von der Leyen für das Leasing von bewaffnungsfähigen Drohnen sind leicht als Militarisierung zu verstehen. Beide wollen dem Militär eine präzisere Rolle in der Außenpolitik einräumen und durch mehr Geld und neues Material á la Drohne dem neuerwachten Großmachtstreben Ausdruck verleihen. Schnell gerät dabei jedoch in Vergessenheit, dass auch im Alltag eine oftmals banale aber fortschreitende Militarisierung des öffentlichen Raumes stattfindet, seien das die neu aufgestellten RSU-Kompanien an der Heimatfront, zehntausende Schulbesuche der Jugendoffiziere/Karriereberater_innen oder die Belegrechtepraxis der Bundeswehr in Kindertagesstätten (Kita). Insbesondere Letztere war bisher jedoch kaum im Fokus der Öffentlichkeit. Die Bundestagsfraktion der Linken hat nun dazu eine Kleine Anfrage (BT-Drucksache 18/1709) gestellt und die soeben erschienene Antwort zeigt, wie die Militarisierung der Gesellschaft im Banalen und Kleinen vorangetrieben wird und dabei auf Kosten der Allgemeinheit Soldat_innen bevorzugt behandelt werden.

Was sind Belegrechte?

Das Thema Kita-Betreuung war im vergangenen Jahr durch den geschaffenen Rechtsanspruch für unter Dreijährige (U3) und in diesem Jahr mit der Bundeswehr-„Attraktivitätsoffensive“ der Verteidigungsministerin in aller Munde. Ganz allgemein führten die mangelnden Kita-Plätze und die zunehmende Verschlechterung der Qualität durch einen überhasteten Ausbau zu Kritik etwa der Gewerkschaften ver.di und GEW. Aber auch von der Leyen erntet bis heute von allen Seiten Kritik, entweder weil sie sich nicht mit den „echten“ Problemen der Bundeswehr beschäftigt oder weil die Bundeswehr eben keine familienfreundliche Organisation sein könne. Wie die Bundeswehr ihre eigene Kita-Offensive vorantrieb, blieb bis auf wenige öffentlichkeitswirksam inszenierte Kita-Eröffnungen im Detail unbeachtet – zu gering scheint der Schaden zu sein, der ein solches Eingreifen in das öffentliche, zivile Leben bedeutet. Doch wer so denkt, täuscht sich, und verkennt, wie Angehörige der Bundeswehr unter anderem zur Nachwuchswerbung mit immer mehr und immer neuen Privilegien ausgestattet werden (beispielsweise auch in Fragen der Rente). Aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit und der Chancengleichheit ist dringend Aufklärung und Widerstand geboten.

Wer im Bekanntenkreis frisch gebackene Eltern kennt, wird wissen, dass die Suche und Anmeldung eines Kita-Platzes hohe Priorität besitzt, hängt doch davon nicht weniger als das zukünftige Berufsleben und ein schneller beruflicher Wiedereinstieg ab. Von Region zu Region sehr unterschiedlich kann dabei der Aufwand sein, den Eltern betreiben müssen, einen solchen Platz möglichst wohnortnah zu ergattern. Lange Wartezeiten und bei Erfolg lange Anfahrzeiten bei voll ausgelasteten Kitas mit schlecht bezahlten Angestellten sind dann nicht selten das Ergebnis.

Das Verteidigungsministerium glaubt nun für die Bundeswehr in Fragen der Kita-Plätze die gleichen Wege, wie sie große

Unternehmen mit dem Kauf von Belegrechten beschreiten, gehen zu können. Dabei wenden sich die finanzkräftigen Unternehmen an die meist in kommunaler oder kirchlicher Hand befindlichen Kitas und reservieren sich durch einmalige oder monatliche Zahlungen Plätze für ihre Ange-

stellten. In der Theorie klingt dies plausibel, wenn lokale Unternehmen kommunale Verantwortung übernehmen und mit ihrer Finanzspritze helfen, weitere Plätze auch zum Vorteil der anderen Kinder zu schaffen; die Praxis sieht jedoch anderes aus. Neben betrieblichen Lösungen können es sich insbesondere finanzstarke Unternehmen leisten, bei den zumeist klammen Kommunen auf Plätzefang zu gehen. Die Kommunen sind dabei durch den Rechtsanspruch für U3 noch weiter in Zugzwang geraten. Für die Unternehmen ist es dann ein Leichtes, wohnortnahe Plätze auszuhandeln. Falls dann tatsächlich mit dem Geld neue Plätze geschaffen werden sollten, ziehen diese mitunter auf die Grüne Wiese in Kita-Container, wie es sie in mehreren Städten wie beispielsweise in Stuttgart gibt. Die Kinder von Arbeitssuchenden, Selbstständigen und Arbeiter_innen und Angestellten, für die ihre Unternehmen keine Gelder bereitstellen (können), sind dann die Leidtragenden dieser Belegrechtepraxis. Sie müssen sich in der Warteschlange hinten anstellen, haben lange Anfahrtswege und verlieren schlimmstenfalls ihre berufliche Perspektive. Jeder einzelne Fall ist ein sozialpolitischer Skandal. Abgemildert wird dies jedoch durch die Möglichkeit, dass durch die Unternehmensgelder in der Summe neue Plätze geschaffen werden, die im Ergebnis allen zugute kommen – genaue Zahlen dazu sind allerdings kaum zu erheben. Bei der Belegrechtepraxis der Bundeswehr gilt dieses Argument in mehrfacher Weise jedoch nicht.

Umfang und Kosten der Bundeswehrbelegrechte

Vorab jedoch zu den Fakten, über die die Kleine Anfrage der Linken erstmals für mehr Klarheit gesorgt hat. Die Bundeswehr verfügt demnach aktuell über 277 Belegrechte in Kitas, die sie in den letzten fünf Jahren erworben hat, Plätze also, die zuerst an Kinder von Bundeswehrangehörigen verteilt werden. Die meisten Belegrechte hat die Bundeswehr in Niedersachsen erworben (91 Plätze in Faßberg, Nienburg, Seedorf, Westerstede und Wunstorf), einem Bundesland, das große Defizite beim Kitaausbau aufweist. Bis zu 5.000 Euro pro Platz und Jahr lässt sich die Bundeswehr dieses Privileg in Niedersachsen kosten. Aber auch in Köln, das den Kitaausbau bis vor kurzem verschlafen hat, war die Bundeswehr groß einkaufen und sicherte sich 55 Plätze. Weitere Anschaffungen sind in Planung, vor allem in Niedersachsen (Holzminden und Wilhelmshaven). Gemessen an der Gesamtanzahl an Kitaplätzen in Deutschland (ca. 662.000 für U3) ist das lediglich ein Promilleanteil, am Problem des Kitaplatzmangel ändert dies allerdings wenig. Außerdem gaukelt das Verteidigungsministerium der Bevölkerung und den eigenen Soldat_innen vor, es verfüge über 9.000 Belegrechte an 353 Standorten – eine entsprechende Liste hält das Kinderbetreuungsportal der Bundeswehr für die Soldat_innen online bereit. Eine Dunkelziffer über die Nutzung der 9.000 Altbelegrechte aus den 60er und 70er Jahren ist nach den diesbezüglich ungenauen Angaben in der Antwort auf die Kleine Anfrage der Linken anzunehmen, allerdings bleibt offen, wie viele genutzt werden. Finanzielle Kosten entstehen dem Bund hierdurch allerdings nicht. Selbiges gilt jedoch nicht für die neuerworbenen und in

Planung stehenden Belegrechte. Diese verursachen für die Steuerzahler_innen jedes Jahr an laufenden Kosten knapp eine halbe Million Euro, Tendenz steigend. Zusätzlich hat die Bundeswehr für 40 Plätze eine Einmalzahlung in Höhe von 420.000 Euro geleistet – für Verträge, die bis ins Jahr 2024 bzw. 2039 gelten. Im Haushalt des Verteidigungsministeriums sind diese „kleinen“ Beträge im Posten „Vermischte Verwaltungsausgaben“ (Kapitel 1403 Titel 53999) gelistet. Die Kosten von Kitaplätzen in der Neuschaffung und im Unterhalt sind nur schwer zu berechnen, Expert_innen gehen von durchschnittlich 25.000 Euro Neubaukosten pro Platz und weiteren 1.000 Euro Betriebskosten pro Platz pro Monat aus. Ein Blick auf die Beschaffungskosten für Belegrechte der Bundeswehr zeigt, dass die Kommunen auf den Kosten sitzen bleiben und die Bundeswehr keineswegs kostendeckend und vergleichsweise billig davonkommt – auch wenn das von Fall zu Fall schwierig zu bewerten ist.

Fadenscheinige Rechtfertigungen

Worin liegt jedoch genau das Problem der Belegrechte und was unterscheidet die Bundeswehr von einem privaten Unternehmen? In der Antwort auf die Kleine Anfrage verkennt die Bundesregierung das Problem der Belegrechte vollkommen, wenn sie schreibt, es entstünden keine Privilegierung für Bundeswehrangehörigen. Sie begründet diese Einschätzung mit drei Argumenten. Erstens müssten die Bundeswehreltern ebenso Kita-Gebühren zahlen. Mit der Reservierung von Kitaplätzen über Belegrechte hat dies allerdings nichts zu tun, da es bei diesen ja um den *Zugang* zu Kitaplätzen geht, nicht um die anfallende Kitagebühr. Zweitens hätten die Soldat_innen einen „bundeswehrspezifischen Bedarf“ (der anscheinend doch eine Privilegierung rechtfertigt) – namentlich Schichtzeiten, Arbeitsplatznähe und Versetzungen im Kitajahr. Doch auch dieses Argument geht am Problem vorbei: Schichtzeiten und Arbeitsplatznähe sind kein bundeswehrspezifisches Problem, ähnliches trifft für die Versetzungen zu, die aber auch auf anderem Wege intern geregelt werden könnten ohne die Allgemeinheit damit zu belasten. Drittens schließlich argumentiert die Bundesregierung, dass auch andere Ressorts über Belegrechte verfügten. Doch wenn dem so ist, gehört auch dieses auf den Prüfstand. Bei der Bundeswehr kommt jedoch erschwe-

rend hinzu, dass sie die Belegrechte nicht als Selbstzweck für ihre Angehörigen versteht, sondern zur „Sicherung der personellen Einsatzfähigkeit“, wie es in der Antwort auf die Kleine Anfrage heißt. Die vermeintliche Fürsorge wird so zur wehrpolitischen Maßnahme reduziert.

Kernproblem: Privilegierter Zugang

Für die Bundesregierung soll abschließend das Kernproblem der Belegrechte deshalb mangels fehlenden Problembewusstseins zusammengefasst werden: Die Bundeswehr erwirbt zu Werbezwecken und zum Erhalt der Einsatzfähigkeit Belegrechte aus Bundesmitteln, sprich Steuergeldern. Diese Belegrechte kauft sie zum günstigen Preis von klammen Kommunen insbesondere dort, wo es zu wenig Kitaplätze gibt. Belegrechte führen dazu, dass ein für alle benötigtes und aus Steuergeldern bezahltes Gut nicht mehr gleich verfügbar ist. Während jedoch private Unternehmen ihr eigenes Geld in die Hand nehmen und unter Umständen ein Mehr an Kitaplätzen schaffen, benutzt das Verteidigungsministerium Steuergelder. Diese wären besser in den allgemeinen Ausbau von Kitaplätzen investiert – stattdessen privilegiert der Staat seine eigenen Angestellten. Definitionsgemäß muss dies als Militarisierung verstanden werden, wenn hier vor allem Militärangehörige per Gesetz, Verordnung oder Regierungshandeln Privilegien gegenüber der Allgemeinheit erhalten. Erschwerend kommt hinzu, dass es sich bei Kitaplätzen in guter Qualität und wohnortsnah um ein besonders knappes Gut handelt, bei denen der Staat eine besondere Sorgfalt walten lassen muss, um Chancengleichheit für alle Bürger_innen zu gewährleisten. Dies scheint dem Bundesverteidigungsministerium und Ursula von der Leyen jedoch egal zu sein, und so wird die Praxis der Belegrechte, bei der Eltern zugunsten von Bundeswehrangehörigen womöglich ihren Arbeitsplatz aufgeben müssen, weiter auf Kosten der Allgemeinheit vorangetrieben. Das Kernproblem des privilegierten Zuganges für Bundeswehrangehörige zu wohnortnahen Kitaplätzen hat die Bundesregierung bisher jedoch nicht verstanden oder verstehen wollen. Sie prüft daher weiterhin im Rahmen von Standortanalysen den jeweiligen Bedarf an weiteren Betreuungsplätzen und Belegrechten und wird diese auf Kosten der Allgemeinheit wohl auch in Zukunft vermehrt kaufen.



„Einsatzspezifische Belastung“? – Heeresübung in Hammelburg. Foto: Bundeswehr, über Flickr, Bundeswehr/Venemann

Kampfdrohnen für die Bundeswehr: (K)eine Scheindebatte

von Christoph Marischka

Drohnen längst im Einsatz

Nach eher zaghaften Andeutungen des damaligen Bundesverteidigungsministers De Maizière im Jahr 2012 legte sich dieser Anfang 2013 auf den Kauf bewaffneter Drohnen fest. Vorangegangen waren zu diesem Zeitpunkt schon umfangreiche Vorarbeiten des Ministeriums: Eine Studie zur Wirksamkeit von unbemannten Luftangriffsflugzeugen, Konzeptionelle Grundvorstellungen zu ihrem Einsatz und eine „Technikfolgenabschätzung“. Bereits seit 2004 forscht die Universität der Bundeswehr in München an unbemannten Kampfflugzeugen mit Tarnkappeneigenschaften und einem hohen Grad an Autonomie, die in ganzen Schwärmen von einer einzelnen Person überwacht verschiedene Ziele angreifen und gegnerischen Stellungen ausweichen können. Seit mehreren Jahren wird außerdem die Entwicklung eines „Wirkmittels zur abstandsfähigen Bekämpfung von Einzel- und Punktzielen“ (Wabep) aus dem Bundeshaushalt querfinanziert, das aus einem Verbund zwischen Aufklärungsdrohne und Rakete bzw. Kamikazedrohne besteht.

Mit Unterstützung der Bundesregierung hat parallel die Europäische Union verstärkt ab 2007 umfangreich die Entwicklung von unbemannten Flugzeugen insbesondere für die Bekämpfung „illegaler Migration“ und den Katastrophenschutz finanziert und kam damit der Forderung der sich formierenden EU-Rüstungsindustrie entgegen, die diesen Trend bis dahin weitgehend „verschlafen“ und dann um den Komplex Drohnen herum intensiven Lobbyismus entwickelt hatte. Dass es dabei ganz konkret auch um die Förderung militärischer Fähigkeiten und die Schaffung entsprechender Industrieverbünde ging, hat die Europäische Rüstungsagentur EDA offen eingeräumt, die zeitgleich konzeptionelle Grundlagen für den gemeinsamen Einsatz militärischer Drohnen erarbeitete. Gegenüber der NATO hat sich die Bundesregierung außerdem verpflichtet, hochfliegende Drohnen von der Größe herkömmlicher Passagierflugzeuge für die abbildende Aufklärung anzuschaffen und mit dem US-Drohnenhersteller Northrop Grumman den später geplatzten Auftrag über die Anschaffung des „Euro Hawk“ zur signalerfassenden Aufklärung abgeschlossen. Aufklärungsdrohnen mit kleinerer Größe und Reichweite waren da bei der Bundeswehr jedoch schon seit über einem Jahrzehnt, u.a. im Kosovo und in Afghanistan im Einsatz.

Kampagne und Rahmenbedingungen

Trotzdem verursachte die Ankündigung der Anschaffung bewaffneter Drohnen für die Bundeswehr große Aufregung und stieß eine intensive, überwiegend von Ablehnung geprägte Debatte an. Die Gegner aus Friedensbewegung und Überwachungskritischer Bewegung organisierten sich u.a. in der „Kampagne gegen die Etablierung von Drohnentechnologie für Krieg, Überwachung und Unterdrückung“ (drohnen-kampagne.de), die schnell über 150 Organisationen und 20.000 Unterschriften hinter ihrem Appell „Keine Kampfdrohnen“ versammeln konnte. Zwar wurde ihr bislang eher wenig öffentliche Aufmerksamkeit zuteil, es gelang ihr jedoch u.a. mit ihren „Wahlprüfsteinen“, die damaligen Oppositionsparteien im Wahlkampf auf eher droh-

nenkritische Standpunkte zu verpflichten, außerdem sorgte sie für einen hohen Grad an Informiertheit und Vernetzung zwischen Kritiker_innen der Nutzung von Drohnen im In- und Ausland und zwischen den entsprechenden Bewegungen weltweit.

Denn die internationale Dimension war und ist von größter Bedeutung: Sowohl in den Einsatzgebieten (u.a. Jemen und Pakistan) als auch in den USA selbst wuchs der Widerstand gegen die US-Drohnenkriegsführung, die in engem Zusammenhang mit den von Edward Snowden aufgedeckten Praktiken westlicher Geheimdienste steht. Ein engagierter Journalismus, wie er zuvor Jahre lang gefehlt hatte, deckte zudem die Bedeutung der US-Basen AfriCom und Ramstein in Deutschland für diese Kriegsführung auf. Ansonsten gegenüber der eigenen Regierung eher unkritische Thinktanks in den USA warnten zugleich vor der Tendenz der wachsenden Autonomie von Waffensystemen, wobei sie sich allerdings stark auf die Entkoppelung des Einsatzes tödlicher Gewalt von menschlicher Entscheidung und Verantwortung fokussierten. Trotzdem führten all diese Tendenzen gemeinsam mit dem spektakulären, millionenschweren Scheitern der Euro-Hawk-Anschaffung für eine belebte und im besten Sinne aufgeregte Debatte in Deutschland.

Vom Schutz der Soldaten und der Ausweitung der Kampffzone

Entsprechend wurden für die Bundeswehr vor der Wahl im Herbst 2013 keine bewaffneten Drohnen mehr gekauft und die neue Verteidigungsministerin Von der Leyen mied das Thema zunächst auffallend. Stattdessen überließ sie es Vertretern der Rüstungsindustrie und der Bundeswehr selbst, auf die Entscheidung zur Anschaffung zu drängen. Die Befürworter_innen hatten zuvor intensiv zwei diskursive Strategien verfolgt: einerseits eine vehemente Abgrenzung von der US-amerikanischen Praxis „gezielter Tötungen“ durch die Beteuerung einer Eingrenzung des Einsatzes auf den unscharfen Begriff des Gefechtsfeldes; andererseits durch die wiederholte, aber durch nichts substantiierte Behauptung, man werde sich einer weiteren Autonomisierung entgegenzusetzen. Entsprechende Formulierungen wurden auch in den Koalitionsvertrag aufgenommen, zusammen mit der Ankündigung, vor der möglichen Anschaffung bewaffneter Drohnen eine Debatte zu führen. An anderer Stelle jedoch wird darin die Entwicklung einer EU-Drohne explizit begrüßt, obwohl damals schon klar (wenn auch nicht klar formuliert) war, dass diese bewaffnungsfähig sein wird.

Es ist v.a. die SPD-Position, die hierin zum Ausdruck kommt. Deren Basis und Jugendorganisationen unterstützen teilweise aktiv den Appell „Keine Kampfdrohnen“, hinzu kommt eine Ablehnung von Kampfdrohnen bei einzelnen Abgeordneten und insbesondere die Absicht, diese lieber selbst, in Deutschland und Europa zu produzieren, als – wie für eine kurzfristige Anschaffung notwendig und vorgesehen – in den USA oder Israel zu leasen.

Zwischenzeitlich führten die Befürworter_innen von Kampfdrohnen für die Bundeswehr zwei weitere Argumentationsstränge in die Diskussion ein. Das war einerseits – sehr vehement und wirkmächtig – die vermeintliche Notwendigkeit bewaffneter Drohnen für „den Schutz“ deutscher Soldatinnen und Soldaten und andererseits – mit deutlich weniger öffentlicher Relevanz – die parlamentarische Kontrolle, der ja alle Auslandseinsätze und zukünftig auch der Einsatz von Drohnen unterliegen sollten.

Gemeinsam ergaben sie (sicher nicht zufällig) die Vorlage für die Entscheidungsfindung für Von der Leyen: Aus Verantwortung gegenüber den Soldaten müssen diese neuen Waffen angeschafft werden, die Verantwortung für ihren Einsatz wird ja dann im Einzelfall dem Parlament obliegen. Diese Entscheidung deutete die Ministerin dann just einen Tag vor einer „öffentlichen“ (Journalist_innen waren zugelassen, eine Video-Übertragung nicht) Anhörung des Verteidigungsausschusses mit Sachverständigen an. Diese von Regierungsseite als Höhepunkt und Abschluss der Debatte gedachte, tatsächlich kontroverse Anhörung entsprach weitgehend den genannten Rahmenbedingungen:¹ Vertreter des Militärs widerholten in abwechslungsweise rührseliger (wenn es um die eigenen Soldaten ging) und martialischer Sprache (wenn es um den zu neutralisierenden Feind ging) das einzige Argument des Schutzes der Soldaten, wiesen alle Argumente der Kritiker_innen pauschal zurück und wurden darin von den Unionsfraktionen bestärkt. Diese Argumente waren jedoch durchaus substanzhaltig. Marcel Dickow von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) beschrieb ausführlich die längst entfaltete Dynamik hin zu mehr Autonomie, Niklas Schörning von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) betonte die drohende Entgrenzung und Beschleunigung des Schlachtfeldes und die Transformation von Doktrin, Strategie und Taktik (auch aufseiten der Gegner). In eine ähnliche Richtung argumentierte ich als Mitglied der Drohnen-Kampagne und Vertreter der Informationsstelle Militarisierung: Der Wunsch nach bewaffneten Drohnen sei Ausdruck einer bereits stattgefundenen Entgrenzung und Enthemmung bei der Mandatierung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr ohne nennenswerte Risiken eigener Verluste, klare Ziele und damit auch die Gefahr des Scheiterns. Über den konkreten Verlauf dieser Missionen und etwa die Zahl getöteter Zivilisten werde das Parlament nicht unterrichtet und es interessiere sich auch nicht sonderlich dafür. Allein die Debatte um den Schutz der Soldat_innen und die Sprache der Militärs offenbare außerdem eine zunehmend offensivere taktische Ausrichtung, die sich alleine durch die Diskussion um bewaffnete Drohnen entfalte. Erstaunlicher Weise knüpften insbesondere die Abgeordneten der SPD hieran an und fragten mehrmals, in welcher der aktuellen Missionen ein solches Waffensystem gebraucht werde und weshalb die Militärs davon ausgingen, dass sich Szenarien wie in Afghanistan wiederholen würden. Auch die Abgeordneten der Grünen und der LINKEN brachten durch ihre Fragen ihre tendenzielle bis entschiedene Ablehnung bewaffneter Drohnen zum Ausdruck.

Keine Scheindebatte

Mittlerweile ist klar, dass mittelfristig auf europäischer Ebene eine bewaffnungsfähige Drohne entwickelt werden und kurzfristig durch Deutschland eine bewaffnungsfähige Drohne für die Luftwaffe gemietet werden soll. Die anderen Teilstreitkräfte werden nachziehen wollen und die anstehende tatsächliche Bewaffnung und konkrete Einsätze die Diskussion weiter am Laufen halten. Denn trotz umfangreicher und strategischer Inszenierung handelt es sich hier um keine Scheindebatte. Vielmehr entzündet sich an den Drohnen als expliziter Offensivwaffe eine breite Diskussion um die Militarisierung der deutschen Außenpolitik, an den Standorten der US- und der zukünftigen deutschen Drohnenkriegführung formiert sich Protest. In ihrem Kommentar zur Anhörung schrieb etwa die Südwestpresse: „Die Bundeswehr ist eine Verteidigungsarmee. Passen zu diesem Auftrag bewaffnete Drohnen?“ Während die Eliten verstärkt eine neue Großmachtrolle für Deutschland einfordern – für die die

Anschaffung von Kampfdrohnen folgerichtig wäre –, zeigt sich in der breiten Ablehnung der Bevölkerung gegen Kampfdrohnen die Ablehnung der aggressiven, militaristischen, teuren und gefährlichen Entgrenzung der herrschenden Außenpolitik. Jedes neue Waffensystem ist ein Ausdruck und befördert eine neue Strategie, aber wann wurde zuletzt so heftig um die Einführung eines neuen Waffensystems gestritten?

Anmerkung

- 1 Die schriftlichen Stellungnahmen, die einige der Sachverständigen (der Autor, Marcel Dickow von der Stiftung Wissenschaft und Politik, Niklas Schörning von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung und Hellmut Königshaus, Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages) zuvor eingereicht hatten, finden sich unter: www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse18/a12/oeffentliche_anhoerung.



Drohne Mikado im Einsatz: ILA 2012. Foto: Bundeswehr, über Flickr, Bundeswehr/Schulze

Von Tauben und Drohnen

Über den Zusammenhang von Überwachung und gezielten Tötungen

von Thomas Mickan

In der Anhörung des Verteidigungsausschusses im Juli 2014 zum Thema bewaffnete Drohnen war ein Hauptargument der Militärs oder militärnahen Expert_innen, dass mit bewaffneten Drohnen der Schutz von Soldat_innen besser gewährleistet werden könne. Dieses Argument beruht auf der Annahme, dass Drohnen eine unbemannte Weiterentwicklung von Kampfflugzeugen seien, und es deshalb auf den ersten Blick einleuchten müsse, besser keine als eine Pilot_in im Cockpit zu gefährden. So einfach das Argument ist, so verkürzt gibt es auch die neue Qualität und Funktion von Drohnen wieder – eben deshalb, weil es auf einer zu engen Analogie zu bemannten Flugzeugen beruht, die den Blick auf die neue Qualität von Drohnen verstellt. Im Folgenden wird versucht zu zeigen, dass die bessere Analogie zum Verständnis der neuen Qualität von Drohnen nicht das Flugzeug, sondern die Brieftaube ist, die vor 100 Jahren im Ersten Weltkrieg eingesetzt wurde.

Brieftauben im Ersten Weltkrieg

Allein auf der Seite des deutschen Militärs wurden etwa 100.000 Brieftauben im ersten Weltkrieg verwendet.¹ Ihre Züchter sahen es als ihre patriotische Pflicht, ihre Aufgabe an der Heimatfront zu erfüllen und neues „Kriegsmaterial“ zu produzieren. Die Brieftauben hatten dabei zwei Verwendungen: Erstens übermittelten sie, wie es auch namensgebend war, Briefe und Nachrichten. Sie retteten damit mitunter Soldaten vor einem feindlichen Einschuss oder verrietten feindliche Stellungen an die Artillerie, die dann das Feuer eröffnete und Tod und Leid brachte. Die zweite weniger bekannte Verwendung betrifft Brieftauben als mobile Aufklärer. An ihren Körpern waren Fotoapparate angebracht, die mit einem Zeitmechanismus ausgestattet überraschend scharfe Bilder schossen. Die entwickelten Abzüge führten etwa zu Artilleriebeschuss von Festungen, wenn durch die Fotos der Tauben bekannt wurde, wo Munition oder Truppen lagerten. Nach dem Weltkrieg setzten zahlreiche Länder ihren Brieftauben Denkmäler.

Veränderung von Kommunikation

100 Jahre sind seitdem vergangen und die Kommunikation hat sich rasant entwickelt, und mit dieser Entwicklung bekam der Drohnenkrieg ganz neue Möglichkeiten, die die Brieftauben noch nicht zu bieten hatten. Kommunikation ist jedoch das zentrale Merkmal für Tauben wie Drohnen und mit ihrer Entwicklung lässt sich gut die neue Qualität der Drohnen begreifen. Drei Dinge, die sich änderten, will ich beschreiben.

Erstens: Während die Brieftaube ihre geschossenen Bilder zuerst zurückbringen musste, dass diese entwickelt und ausgewertet werden konnten bevor sie einen militärischen Vorteil gewährten, erfolgt heutige Kommunikation bei Drohnen via Satellit und Glasfaserkabel fast in Echtzeit. Obwohl gerade die auch heute noch bestehende Verzögerung einen eigenen Diskussionsstrang darstellt, soll der Einfachheit halber als erstes Merkmal faktische Kommunikation in Echtzeit festgehalten werden.

Zweitens: Während die Brieftaube in Spitzenzeiten bis zu 30 Bilder von ihrem Flug mitbringen konnte, sind heutige Drohnen

mit einer Vielzahl von Sensoren und Kameras ausgestattet. Diese produzieren eine große Menge an Daten, die mit jeder technologischen Verbesserung noch größer wird. Kurzum, Drohnen sind heute bereits Daten- und Lebenserfassungsmaschinen, die unter Umständen die Farbe des

Schnürsenkels oder aufgrund von Infrarotkameras den Platz, auf dem jemand vor einigen Momenten gegessen hatte, erkennen können. Kommunikation wird so nicht nur in Echtzeit ermöglicht, sondern sie wird groß und umfangreich – Big Data. Jedoch wird es in der Kombination von den ersten beiden Kommunikationsveränderungen immer schwieriger, die gesendeten Bilder und Daten sinnvoll und kurzfristig auszuwerten. Schon heute werden für größere Drohnensysteme Dutzende von Analyst_innen benötigt, die unterscheiden, welche Bilder relevant oder irrelevant, welche Bilder freundliche oder feindliche Gruppen darstellen, oder ob es sich um Zivilist_innen oder Kombattant_innen handelt. Eine maschinelle Vorsortierung der gesendeten Drohnen-daten wird dabei mit der stetigen Verbesserung der Technologie von Sensoren und Kameras unausweichlich, sie ist in der Drohnentechnologie unumgänglich angelegt. Diese Vorsortierung ist jedoch eine der ethisch problematischsten Dimensionen von Drohnen. Sie stellt aber keine Autonomie dar, die es entweder gibt oder nicht und damit geächtet werden könnte, sondern Vorsortierung ist eine graduelle Entwicklung, die schon heute auf den Weg gebracht wird. Das Drohnenforschungsprojekt SAGITTA ist dafür ein gutes Beispiel.²

Drittens schließlich änderte sich die Kommunikation dahingehend, dass sie nicht mehr nur ein lokales Ereignis ist, wie die von der Taube gesammelten Daten des Munitionsdepots einer Festung, die sie überflogen hat. Kommunikation und damit deren Daten durchweht heute unser aller Leben, sie ist über moderne Wege wie Funkwellen nicht nur in Echtzeit und in großen Mengen vorhanden, sie ist auch aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken und unsere ständige Begleiterin. Das lokale Schlachtfeld wird so mit Hilfe der Drohnen zum globalen Überwachungsfeld.³

Vorsortierung

Aber wie hängt nun die Vorsortierung der von der Drohne gesammelten großen Menge von Daten in Echtzeit mit den Daten zusammen, die wir in unserer alltäglichen Kommunikation fast immer und überall von uns geben, beispielsweise mit unseren Mobiltelefonen. Wie bereits gesagt, benötigt die militärisch sinnvolle Verarbeitung von gesammelten Daten eine Vorsortierung; die Frage stellt sich jedoch, nach welchen Kriterien diese erfolgen soll: Muster und Signaturen sind hierfür die entscheidenden Schlagworte.

Das Überwachungsprojekt INDECT gab dabei einen guten Vorgeschmack, was solche Muster sein könnten. Bei INDECT ging es darum, mit Hilfe von Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen normales von abnormalem Verhalten zu unterscheiden. Dabei sollten jedoch nicht Steckbriefe via Gesichtserkennung abgeglichen werden (also vorhandene Daten mit den neu gesammelten Daten), sondern anhand von Mustern auffälliges Verhalten am besten schon vor einer möglichen Straftat verhindert werden. Als Kriterien für ein solches Verhalten wurde etwa langes Sitzen und schnelles Gehen bezeichnet, sogenannte intelligente Überwachung also, die das Datenmaterial anhand vorgegebener Muster vorsortiert.⁴

Der besondere Clou dabei ist jedoch, dass um das abnormale Verhalten zu erkennen, es zuerst notwendig ist, das gesamte Verhalten Aller zu erfassen. Zudem sind die Muster wiederum keine faktischen Größen, sondern sie entsprechen Wahrscheinlichkeiten und Vorurteilen. Jede Person, die also vorgibt, sie habe nichts zu verbergen, vergisst, dass sie mindestens ihre Normalität preiszugeben hat, was es erst ermöglicht, andere zu erfassen. Was jedoch als normal und abnormal definiert wird, bleibt verborgen, kann mitunter fehlerhaft sein oder sogar politisch instrumentalisiert werden. Beispiele von Menschen, die aufgrund von Rechtschreibfehlern auf eine No-Fly-List geraten sind, gibt es ebenso, wie pakistanische Dissidenten, die vom pakistanischen Geheimdienst auf die US-Drohnen-tötungslisten gesetzt wurden oder irakische Taxifahrer, die aus reiner Gier auf ein Kopfgeld beschuldigt wurden und in Guantánamo landeten. Wie INDECT zeigt, sind mögliche Kriterien mitunter auch so breit gewählt, dass auch Verhalten in den Fokus gerät, das zwar dem Muster entspricht, aber eben nicht der vermuteten Handlung. Die durch Drohnen bombardierten Hochzeitsgesellschaften im Irak und in Afghanistan sind hier sehr eindrücklich, weil hier das vermutete Muster „große Menschenansammlung ist gleich viele Feinde“ nicht entsprechend ist. Dieser Fehler ist jedoch kein Versehen, sondern aufgrund der Beschaffenheit der Muster als Wahrscheinlichkeiten jederzeit möglich.

Muster wiederum, also Vorhersagen anhand von Kriterien für ein bestimmtes Verhalten oder eine Zugehörigkeit, sind zudem mit Vorurteilen belegt, die gesellschaftlich kodifizierte Praxis auf Phänomene überträgt, die mit diesen unter Umständen nichts gemeinsam haben. Die Praxis des „Racial Profiling“ ist hierfür ein gutes Beispiel. Dabei übertragen Polizist_innen gesellschaftlich verankerte rassistische Vorurteile auf ihre Kontrollpraxis. Ihr „Muster“ hier, „dunkle Hautfarbe ist gleich eine erhöhte Wahrscheinlichkeit von Kriminalität“, ist dabei ebenso falsch wie rassistisch.

Fazit

Die Kombination aus Kommunikation in Echtzeit und großen Datenmengen sowie die damit verbundene Notwendigkeit der

maschinellen Vorsortierung über Muster, die aus anderen Daten generiert werden, die wegen Vorurteilen oder/oder aufgrund ihres Charakters von Wahrscheinlichkeiten einer notwendigen Fehlerquote unterliegen, führt zu einem schleichenden Weg der Autonomie von Drohnen, der bereits heute beschritten wird. Die Idee von allgegenwärtiger Kontrolle und Sanktion, wie sie beispielsweise Michel Foucault formulierte, ist dabei ebenso tief in die Drohnentechnologie eingeschrieben, wie die Umkehr von Schuld. Diese beruht nicht mehr auf der Tat die jemand begangen hat, sondern begangen haben soll oder begehen könnte. Gemischt mit Vorurteilen und Fehlern ergibt sich darin eine Gemengelage, die potenziell jede Person zum Ziel von Überwachung, Kontrolle und Sanktion macht. Ob bei der permanenten Überwachung in Kriegsgebieten dann als „Ultima Ratio“ die Drohnen Raketen abfeuern, oder ob die Drohnen nur durch ihre Präsenz ihren Terror wie in Pakistan ausüben, ist in der Wirkung und Schwere zwar unterschiedlich, aber in allen Fällen zerstörerisch.

Drohnen sind so in erster Linie nicht dazu da, als unbemannte Flugzeuge Raketen auf Menschen zu schießen. Ihre Bestimmung liegt außerdem nur im geringen Umfang im Schutz von Soldat_innen, sondern es geht darum, „24 Stunden ununterbrochen ein bestimmtes Gebiet [zu] beobachten und bei Gefahr wohl abgewogene Waffen ein[zu]setzen“, wie der Kommandeur des deutschen ISAF-Kontingents Jörg Vollmer mit seinen Forderungen im Spiegel Anfang 2014 wiedergegeben wird. Mit der Weiterentwicklung von Pfeil und Bogen ist dies nicht zu vergleichen, sondern mit einer flächendeckenden Überwachung, die alles sanktioniert, was einer politisch vorgegebenen Linie, der Norm oder einem mit Vorurteilen aufgeladenen und geformten Bild nicht entspricht.

Nachtrag

Im Zuge des NSA-Untersuchungsausschusses und den Enthüllungen um den Geheimen Drohnen-Krieg, den die USA etwa über das AFRICOM in Stuttgart oder Ramstein nahe Kaiserslautern führt, wurde bekannt, dass auch Deutschland Daten an die USA liefert, die in die Mustererkennung und die Todeslisten mit einfließen. Ein geortetes Handysignal und der daraus folgende Tod aufgrund der Datenweitergabe deutscher Behörden an die USA wie im Falle des Wuppertales Bünyamin E. ist so immer wahrscheinlicher.⁵ Mitte Oktober 2013 wurde zudem die Verstrickung der NSA in den Drohnenkrieg durch die Enthüllungen von Edward Snowden aufgedeckt. Die CIA sei demnach erheblich auf die Fähigkeiten der NSA angewiesen, massenhaft Daten weltweit zu sammeln, um Aufenthaltsorte oder Lebensmuster mit Hilfe von Signals Intelligence (SIGINT) zu erfassen.⁶

Anmerkungen

- 1 Dazu im Weiteren: Hoffmann, Hilmar (1987): Das Taubenbuch. Frankfurt/M.: Wolfgang Krüger Verlag, S. 119. Für den Literaturhinweis danke ich Adelheid Schlott.
- 2 Zu SAGITTA ausführlich: Mickan, Thomas (2013): SAGITTA – auf dem Weg zum autonomen Krieg?. In: Drohnenforschungsatlas der Informationsstelle Militarisation, S. 10-16.
- 3 Baumann, Zygmunt (2000): Liquid Modernity. Polity Press, Cambridge.
- 4 Rye, Kristian M. (2013): Wissen und Macht. Drohnenforschung im Rahmen von INDECT. In: Drohnenforschungsatlas der Informationsstelle Militarisation, S. 4-9.
- 5 Petersmann, Sandra (Tagesschau 22.10.2013): [Half Deutschland bei Drohnenschlägen?](#)
- 6 Miller, Greg/Tate, Julie/Gellman, Barton (Washington Post, 17.10.2013): [Documents reveal NSA's extensive involvement in targeted killing program.](#)



Taube mit Kamera. Foto: Bundesarchiv über Wikipedia

IMI-Aktuell

Gauckismus

Viele Beiträge sind es nicht, die auf dem Portal „Review 2014“ des Auswärtigen Amtes, das primär der Forderung nach einer offensiveren deutschen Weltmacht-politik Nachdruck verleihen soll (siehe u.a. [IMI-Aktuell](#) 2014/380), kritische Töne anschlagen. Besonders wohl-tuend ist deshalb, mit welchem Nachdruck die beiden Autoren [Hanna Pfeifer](#) und [Kilian Spandler](#) in die derzeit den Diskurs dominierende „Verantwortungssuppe“ spucken: „In der Tat weist der ‚Gauckismus‘, dieses Amalgam aus geopolitischen Prämissen und protestantisch geprägter Moral, kaum zu verleugnende Parallelen zum Sendungsbewusstsein der neokon-servativen Bush-Ära in den USA auf. In seinem jüngsten Interview mit dem Deutschlandfunk bemühte der Bundesprä-sident sogar die abgeschmackte Metapher einer Weltpolizei, die überall auf der Welt die eigenen Ordnungsvorstellungen durch-setzen soll. Die zunehmend chaotischen Zustände im Nahen Osten sind vor diesem Hintergrund flott mit dem Mangel der Übernahme von Verantwortung erklärt. Ein beherztes Eingreifen in Syrien zum richtigen Moment, das hätte die Katastrophen im Nahen Osten doch verhindert, so mehren sich nun die Stimmen. Aber was, wenn das nicht stimmt? Welche Art von Verantwortung ist es dann, der wir gerecht werden? Die Pathologien liberaler Hybris sind derzeit im Irak und in Afghanistan, aber auch in Libyen zu beobachten.“ (jw)

Iran: kostspielige Sanktionen

Die Studie „[Losing Billions – The Cost of Iran Sanctions to the U.S. Economy](#)“ des in den USA ansässigen „National Iranian American Council“ (NIAC) beschäftigt sich mit den ökonomischen Kosten der westlichen Sanktionen gegen den Iran. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die USA zwischen 1995 und 2012 zwischen \$137,4 Mrd. und \$175,3 Mrd. an Exporterlösen eingebüßt haben. Von den europäischen Staaten ist Deutschland am stärksten betroffen, das zwischen 2010 und 2012 eine Summe zwischen \$23,1 Mrd. und \$73 Mrd. verlor. Dahinter folgten Italien (\$13,6-42,8 Mrd.) und Frankreich (\$10,9-34,2 Mrd.). (jw)

Gaza: „War is ugly...“

Auf [Telepolis](#) (21.7.2014) wird nicht nur auf die zahlreichen getöteten Zivilisten

eingegangen, die laut der Palästinensi-schen Gesundheitsbehörde bei der aktu-ellen israelischen Gaza-Offensive starben. Der Artikel geht auch auf das immense Ausmaß der Zerstörungen ein, die mit der Offensive einhergehen, was US-Außen-minister John Kerry aber dennoch nur zu folgendem zynischen Kommentar veran-lasste: „War is ugly, and bad things are going to happen“. (jw)

EU: Flüchtlingsbekämpfung

Kürzlich stellte Amnesty International die Studie „[The Human Cost of Fortress Europe](#)“ vor, die detailliert mit der EU-Flüchtlingspolitik ins Gericht geht. Mindestens 23.000 Menschen hätten seit 2000 beim Versuch nach Europa zu gelangen ihr Leben verloren, was auch ein Ergebnis der europäischen Abschottungs-maßnahmen sei, für die zwischen 2007 und 2013 laut Amnesty 1,82 Mrd. Euro ausgegeben worden seien. (jw)

Panzerschmieden: Fusion

Nach gängiger Auffassung braucht es eine kritische Unternehmensgröße, um auf dem Weltmarkt „erfolgreich“ Auf-träge an Land ziehen zu können. Des-halb wird versucht, durch Fusionen und Übernahmen im EU-Rüstungssektor sogenannte Eurochampions zu bilden – riesige Unternehmen, die den Pendanten aus den USA, aus Russland und sonst woher Konkurrenz machen können. Ein solcher Eurochampion scheint sich im Panzersektor anzubahnen, wo immer wieder über eine Fusion der deutschen Firma Krauss-Maffai-Wegmann mit dem französischen Staatsunternehmen Nexter spekuliert worden war. Hierdurch würde ein Eurochampion mit einem Jahresum-satz von etwa 2 Mrd. Euro entstehen: „Es ist eine der größten Rüstungsfusionen in der jüngeren Vergangenheit. Angesichts schrumpfender Wehretats steht die Bran-che in Europa seit Jahren unter Konsolidie-rungsdruck, um sich gegen Großkonzerne etwa aus den USA zu behaupten. [...] Die Eigentümer des deutschen Konzerns Krauss-Maffei Wegmann (KMW) und des französischen Staatsbetriebs Nexter hätten am Dienstag in Paris eine Grundsatzerk-lärung für einen Zusammenschluss bis 2015 unterzeichnet“. ([Reuters](#), 2.7.2014) (jw)

Kolumbien: Illegale Waffen

Dass deutsche Waffen illegal in allen möglichen Bürgerkriegsländern landen,

zeigt etwa der Fall von Heckler & Koch in Mexiko (siehe [IMI-Analyse](#) 2014/011). Nun scheint auch die Firma Sig Sauer in solche Geschäfte verstrickt zu sein – dies-mal in Kolumbien: „Der weltbekannte deutsche Waffen-Hersteller Sig Sauer soll illegal Tausende Pistolen geliefert haben, die im Bürgerkriegsland Kolumbien lan-deten. Die Geschäftsleitung bestreitet das, aber die NDR, WDR und ‚Süddeut-scher Zeitung‘ vorliegenden Indizien sind erdrückend.“ ([SZ](#), 2.7.2014) (jw)

Kissinger-Professur (6)

Einen sehr guten Bericht zur „Henry Kissinger Professur für Internationale Beziehungen und Völkerrechtsord-nung“ wurde im [WDR](#) gesendet, in dem zunächst der Zusammenhang zwischen der Finanzierung und den neuen deut-schen Weltmachtambitionen sowie dem designierten Lehrstuhlinhaber hergestellt wird: „James Bindenagel, ehemaliger US-Botschafter in Berlin, gilt als Befürworter verstärkten militärischen Engagements der Bundeswehr im Ausland. Muss das jemanden interessieren? Seit sich der Bun-despräsident – und mit ihm die Verteidi-gungsministerin – genau dafür starkmacht und damit eine Kontroverse ausgelöst hat, ist die Antwort klar. Denn James Bindena-gel übernimmt die Kissinger-Professur für internationale Beziehungen und Völker-recht an der Universität Bonn. Diese Pro-fessur wird von Verteidigungsministerium und Auswärtigem Amt finanziert.“

Im Sprechtext heißt es kritisch weiter: „Eine wissenschaftliche offensive des Ver-teidigungsministeriums an einer zivilen Uni, das lässt viele hellhörig werden.“ Schließlich zitiert der Bericht noch den bekannten Professor Christoph But-terwegge, der der Professur ebenfalls ablehnend gegenübersteht: „Wenn das Verteidigungsministerium außerhalb der Bundeswehr-Universitäten eine solche Professur einrichtet, dann ist damit offensichtlich bezweckt, eine Instanz zu schaffen, die scheinwissenschaftlich rech-terfertigt, was das Verteidigungsministerium plant, nämlich eine Ausweitung der Ein-satzmöglichkeiten der Bundeswehr.“ (jw)

Alle IMI-Aktuell:

www.imi-online.de/publikationen/imi-aktuell/



**4.10.2014 - Globaler Aktionstag
Gegen Kampf- und Überwachungs-Drohnen**

Macht mit beim Globalen Aktionstag am 4. Oktober 2014 gegen Drohnen!

Die IMI als eine unterstützende Gruppe der Kampagne gegen die Etablierung einer Drohnentechnologie zur Kriegsführung, Überwachung und Unterdrückung (www.drohnen-kampagne.de) ruft dazu auf, dass zahlreiche Gruppen am Globalen Aktionstag am 4. Oktober 2014 vor Ort Anstrengungen unternehmen, die Regierungen ein weiteres Mal aufzufordern, die Produktion und die Anschaffung bewaffneter und bewaffnungsfähiger Drohnen, ebenso wie die Forschung und Entwicklung einzustellen; und an der weltweiten Ächtung dieser Waffen zu arbeiten.

Global sollen dafür so viele Aktionen wie möglich stattfinden, von der Demonstration oder Mahnwache bis zur Kunstaktion, vom Vortrag bis zum Flashmob, der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt.

Alle weiteren Informationen zum Aufruf, über bereits geplante Termine und zu Teilnahmemöglichkeiten finden sich auf der Seite der Drohnenkampagne (www.drohnen-kampagne.de) unter dem Reiter Aktionstag 4.10.2014.



*Herausgeber des AUSDRUCKs ist die
Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.
Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung
der Informationsstelle wieder.*

*Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen,
www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de,
Tel. 07071/49154*